

Anett Browarzik

Die begriffsgeschichtliche Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik

Masterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783668014282

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/143468>

Anett Browarzik

Die begriffsgeschichtliche Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

MASTERARBEIT

Die begriffsgeschichtliche Entwicklung der Zivilgesellschaft am
Beispiel der Tschechischen Republik

*„Der graue Himmel der Langeweile und der betäubenden Erstarrung ist aufgerissen,
und wir können nur staunen, welche Palette an Möglichkeiten ein freier politischer
Himmel bietet und wie er uns, im Guten und wie im Schlechten, immer wieder zu über-
raschen vermag.“*

Václav Havel, Angst vor der Freiheit, S. 178

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Die Geschichte des Begriffs Zivilgesellschaft	3
2.1 Methodik der Begriffsgeschichte	3
2.2 Der Begriff der Zivilgesellschaft im geschichtlichen Verlauf	4
2.3 Der Begriff der Zivilgesellschaft im aktuellen Diskurs	7
2.4 Fazit	10
3 Die Zivilgesellschaft in der Tschechoslowakei vor 1989	12
3.1 Zivilgesellschaftliche Entwicklungen bis 1968	12
3.2 Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Realsozialismus	14
3.3 Zivilgesellschaftliches Denken in der Zeit der Normalisierung	16
3.3.1 Die moralische Krise der tschechischen Nation	16
3.3.2 Die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft	19
3.3.3 Zivilgesellschaft als politische Oppositionsstrategie	22
3.4 Die Charta 77 als zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung	27
3.5 Fazit	29
4 Die Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik nach 1989	33
4.1 Die Transformation der Zivilgesellschaft	34
4.1.1 Revolution der Moral – Zivilgesellschaft in der Zeit der Liberalisierung	36
4.1.2 Aufstieg und Niedergang des Bürgerforums in der Zeit der Institutionalisierung	38
4.1.3 Zivilgesellschaft im Wandel zur Zeit der Konsolidierung	40
4.1.3.1 Dualismus der Konzepte	41
4.1.3.1.1 Václav Havels Moralismus	41
4.1.3.1.2 Václav Klaus' Pragmatismus	42
4.1.3.2 Zivilgesellschaftliche Entwicklungen im Dritten Sektor	46
4.1.3.3 Zivilgesellschaft und Politische Kultur	48
4.2 Fazit	51
5 Resümee	54
6 Literatur	56

1 Einleitung

Seit den achtziger Jahren erlebt der Begriff der Zivilgesellschaft eine Renaissance. In Ostmitteleuropa diente er den Dissidenten als Leitbegriff der demokratischen Oppositionsbewegungen und trug erheblich zur Delegitimierung der dortigen kommunistischen Regime bei. In den demokratischen Ländern Westeuropas erweist sich der Begriff Zivilgesellschaft als „Reflexionsbegriff“¹ der Demokratie, mithilfe dessen das Augenmerk auf systemimmanente Probleme liberaler Demokratien gerichtet wird. Dementsprechend wird der Begriff Zivilgesellschaft von vielen Forschungsgebieten aufgegriffen, von der politischen Philosophie und Ideengeschichte, der Demokratietheorie und Transformationsforschung ebenso wie von der Dritte-Sektor und Politische-Kultur-Forschung. Klaus von Beyme merkt an, dass heute kaum ein Projektantrag ohne Bezug zur Zivilgesellschaft bewilligt werden würde und charakterisiert die Revitalisierung des Konzepts der Zivilgesellschaft als die letzte Ideologie des 20. Jahrhunderts². Die „Beschwörung der Zivilgesellschaft“³ vermag somit Menschen und Gruppen verschiedenster Hintergründe zu begeistern, vom Wissenschaftler bis hin zum Globalisierungsgegner. Dies lässt bereits erahnen, dass sich hinter dem Terminus Zivilgesellschaft ein sehr vielschichtiger Begriff verbirgt, der oftmals zur Projektion populistischer Rhetorik oder utopisch-normativer Hoffnungen wurde.

Um die vielfältigen Essenzen des Begriffs aufzuspüren, versucht diese Arbeit Zivilgesellschaft begriffsgeschichtlich zu rekonstruieren. Dabei orientiert sie sich an der begriffsgeschichtlichen Methodik von Reinhart Koselleck. Prämisse der Arbeit ist, dass sich im Begriff der Zivilgesellschaft historisch-gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln, so dass der Begriff zum Indikator des historischen Wandels wird. Darüber hinaus ist der Begriff der Zivilgesellschaft durch eine normativ-utopische Ausrichtung gekennzeichnet und fungiert oftmals als positiv konnotierter Zukunftsentwurf und/oder politisches Programm. In dieser Funktion tritt die Zivilgesellschaft somit auch als Faktor eines soziopolitischen Wandels auf.

Diese Aussagen werden am Beispiel der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik vor und nach 1989 untersucht. Der Begriff der Zivilgesellschaft wandelte sich in diesem Zeitrahmen von einem stark moralisch fundierten Begriff, der als politische Oppositionsstrategie und angestrebter Zukunftsentwurf gleichermaßen diente, zu einem eher strukturell und funktional verstandenen Begriff, dessen Kerninhalte schrittweise verwirklicht werden. In dieser historischen Skizze tritt die Zivilgesellschaft zum einen als Faktor von Veränderung auf, z.B. beim Systemumbruch, und zeichnet sich zum anderen als Indikator des Wandels während der Systemtransformation aus.

Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der diachronen Analyse des Begriffs der Zivilgesellschaft. Zunächst wird die der Arbeit zugrunde liegende Methodik der Begriffsgeschichte vorgestellt. Ausgehend von der auf Aristoteles zurückgehenden, griechischen *koinonia poli-*

1 KLEIN 2001, S. 26.

2 Vgl. BEYME 1994, S. 100.

3 TAYLOR 1991, S. 52.

tike werden die wichtigsten Entwicklungsstränge des Begriffs Zivilgesellschaft erörtert, anhand prägender Autoren vorgestellt und anschließend im Kontext der aktuellen Diskussion zusammengeführt.

Die im ersten Teil gewonnenen Erkenntnisse dienen im Anschluss als Grundlage einer synchronen begriffsgeschichtlichen Betrachtung der Zivilgesellschaft am Beispiel der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik in einem Zeitrahmen von 1968 bis heute. Der zweite Teil widmet sich der Begriffssemantik von Zivilgesellschaft als Leitbegriff der tschechoslowakischen Opposition vor 1989. Das Konzept der Zivilgesellschaft vor 1989 definiert sich stark über die soziopolitischen Gegebenheiten dieser Zeit. Aus diesem Grunde ist eine historische Hinführung zum Thema unerlässlich. Das Zivilgesellschaftskonzept wird am Beispiel des Denkens und Schreibens von Václav Havel vorgestellt, dessen Schriften die Idee der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie in der Tschechoslowakei maßgeblich beeinflussten. Havels Schriften schaffen somit das Fundament für die Einbeziehung inhaltlicher Nuancen anderer Autoren, um das Konzept der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie in einem breiteren Kontext einzubetten. Als realpolitisches Beispiel einer zivilgesellschaftlichen Oppositionsstrategie wird letztlich das Beispiel der Charta 77 in der Tschechoslowakei beschrieben, deren Aktionen durch die Gedanken und das Wirken Havels beeinflusst wurden.

Der dritte Teil untersucht, inwiefern sich die Semantik von Zivilgesellschaft im Rahmen der Systemtransformation gewandelt hat. Um dies aufzuzeigen, werden drei Phasen der Transformation zivilgesellschaftlicher Entwicklung näher beleuchtet: die Rolle der Zivilgesellschaft beim Systemumsturz, in der Übergangsphase und in der Konsolidierungsphase. Die semantische Veränderung der nachrevolutionären Zivilgesellschaft wird anhand des öffentlich-politischen Diskurses über die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Staat zwischen Präsident Havel und Premier Klaus, der Entwicklung des Dritten Sektors sowie anhand von Merkmalen der Politischen Kultur untersucht. Der Umfang dieser Arbeit erlaubt es, nur einige Aspekte der begriffsgeschichtlichen Entwicklung auf dem Gebiet der Tschechischen Republik darzustellen, die deswegen nur bestimmte Tendenzen erfassen, die tschechische Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft jedoch nicht in Gänze beschreiben.

2 Die Geschichte des Begriffs Zivilgesellschaft

2.1 Methodik der Begriffsgeschichte

Gegenstand der Begriffsgeschichte ist die diachrone und synchrone Analyse von Wörtern, deren besondere Funktion es ist, Leitbegriffe geschichtlicher Bewegungen zu sein. Strukturen und Ereigniszusammenhänge der Geschichte werden durch das Prisma des Begriffs im jeweils spezifischen sozialen und politischen Kontext gelesen. Die Begriffsgeschichte richtet sich daher gegen eine abstrakte Ideengeschichte. Dank der diachronen Methode in Hinsicht auf Dauer und Wandel eines Begriffs können sozialhistorisch relevante Erkenntnisse gewonnen werden, die unter anderem dazu beitragen, chaotisch gewordenen Fachwortgebrauch zu stabilisieren. Auf diese Weise können Begriffsinhalte der Vergangenheit durch die jeweiligen synchronen Begriffsanalysen zur Geschichte des Begriffs summiert und in unser heutiges Sprachverständnis übersetzt werden. Die Begriffsgeschichte untersucht somit die gegenseitige Beeinflussung von Sprache und politisch-sozialer Wirklichkeit.⁴

Begriffe unterscheiden sich darin vom Wort, dass sie „Konzentrate vieler Bedeutungsgehalte“⁵ sind. Der Begriff beansprucht allgemein zu sein, aber gleichzeitig vieldeutige politisch-soziale Bedeutungszusammenhänge zu erfassen, wohingegen ein Wort eindeutig ist. Derart semantisch aufgeladene Begriffe sind nicht nur Indikatoren geschichtlicher Zusammenhänge, sondern können auch deren Faktoren sein. Es geht somit auch um die Frage der sozialen Reichweite von Begriffen und darum, wie soziale Gruppen durch die bindende, bildende und prägende Kraft von Begriffen entstehen und im öffentlichen Raum agieren.⁶

Insbesondere Mitte des 18. Jahrhunderts, der so genannten Sattelzeit, stellt Koselleck substantielle Veränderungen klassischer Begriffsbedeutungen fest. Im Zuge der Demokratisierungsprozesse dehnt sich der potentielle Anwendungsbereich der Begriffe aus. Gesellschaftliche Grundbegriffe werden breiteren gesellschaftlichen Schichten zugänglich und verändern somit ihren sozialen Stellenwert. Es kommt fernerhin zu einer Verzeitlichung der Begriffe, d.h. Begriffe werden zunehmend mit gesellschaftlichen Erwartungen und Zielsetzungen aufgeladen und verlieren ihren systematischen Anspruch. Das Ansteigen des Abstraktionsgrades vieler Begriffe leistet Mehrdeutigkeiten und beliebig besetzbarer Semantik Vorschub. Oftmals werden Begriffe in die politische Programmatik eingebunden, so dass es zu einer Verkehrung des Verhältnisses von Begriff und Begriffenem kommt, indem der Begriff zu einem sprachlichen Vorgriff mit zukunftsprägendem Potential wird.⁷

Der Bedeutungswandel des Begriffs der *societas civilis*, der in verschiedene, semantisch teilweise differierende Begriffe wie bürgerliche Gesellschaft, Bürgergesellschaft, *civil society* oder Zivilgesellschaft übersetzt wurde, von einer politisch verfassten Gesellschaft zu einer

4 Vgl. KOSELLECK 1979, S. 9, 24ff.; KOSELLECK 1972, S. 13ff.; SCHULTZ 1979, S. 44-47; BÖDEKER 2002, S. 119; LÜBBE 1975, S. 13f.

5 KOSELLECK 1972, S. 22.

6 Vgl. KOSELLECK 1979, S. 27ff.; SCHULTZ 1979, S. 45.

7 Vgl. KOSELLECK 1972, S. 15-18.

eigenständigen, von Staat und Wirtschaft unabhängigen Sphäre, lässt sich besonders gut mithilfe der Begriffsgeschichte festmachen.

Obwohl es verschiedene Begriffe dafür gibt, was das Phänomen der *societas civilis* beschreibt, werde ich in dieser Arbeit durchweg den Begriff der Zivilgesellschaft verwenden, sofern es sich nicht um die spezifische Verwendung des Begriffs durch einen bestimmten Autor handelt. Die Entscheidung für den Begriff Zivilgesellschaft hat mehrere Gründe. Zum einen assoziiert man im Deutschen mit dem Begriff des Zivilen eine Art Oppositionshaltung zum Militärischen und zur Gewalt. Fernerhin wird der Bezug zur Zivilisation als Gegensatz zur Barbarei hergestellt, der das Konzept der Zivilgesellschaft somit in den kulturellen Entwicklungsprozess moderner Gesellschaften integriert. Am Wichtigsten erscheint mir aber die Abgrenzung zu einer rein besitzindividualistisch gedeuteten Lesart durch den Liberalismus und vor allem aber zu der Marxschen Begriffsverwendung, in der die bürgerliche Gesellschaft mit der Wirtschaftsgesellschaft der Bourgeoisie gleichgesetzt wird. Klein betont, dass der Begriff der Zivilgesellschaft eine begriffliche Modifikation vornimmt, indem er den Hegelschen Dualismus zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft zugunsten eines Tripartismus von Staat, Markt und Zivilgesellschaft aufhebt.⁸

2.2 Der Begriff der Zivilgesellschaft im geschichtlichen Verlauf

Ideengeschichtlich lässt sich der Begriff der Zivilgesellschaft bis zu Aristoteles zurückverfolgen. Die griechische *koinonia politike* verkörperte eine politisch konstituierte Gesellschaft freier und gleicher Bürger, deren Handlungen durch das Prinzip der Gerechtigkeit unter Ebenbürtigen bestimmt wurden, als Gemeinschaft von Bürgern, die der Zweck des guten, d.h. tugendhaften und glücklichen Lebens einte. In dieser klassischen Denktradition war der Staat (*Polis*) mit der bürgerlichen Gesellschaft (*koinonia politike*) identisch.⁹

Dieser ideengeschichtliche Bedeutungsursprung wurde Koselleck und Kocka zufolge keineswegs in Gänze eliminiert. Rein wortgeschichtlich sind Bedeutungsgehalte der *koinonia politike* oder *societas civilis*, wie die politische Selbstbestimmung und die Herrschaft der Gesetze, bis heute abrufbar.¹⁰ Trotz der Kontinuität wesentlicher Bedeutungsgehalte bezog sich der Begriff immer wieder auf einmalige historische Situationen und politische Kontexte, an die er semantisch angepasst wurde, um etwas Neues sprachlich zu erfassen.

Koselleck stellt diachron drei epochale Schübe fest, die die Semantik des Begriffes der Zivilgesellschaft weg von der ursprünglichen Bedeutung der Stadtgemeinde hin zu einem Verständnis von Zivilgesellschaft als eigenständige gesellschaftliche Sphäre prägten. Zum einen wurde im 1. Jahrhundert das römische Stadtbürgerrecht auf die Mitgliedschaft in ei-

⁸ Vgl. KLEIN 2001, S. 20-24.

⁹ Vgl. zu Aristoteles: RIEDEL 1969, S. 143f., THAA 1996, S. 174.

¹⁰ Vgl. KOSELLECK 1991, S. 118f.; KOCKA o.J.: <http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc>, 31.5.2007.

nem politischen Großverband, dem römischen Imperium, ausgeweitet.¹¹ Mit dem Auftauchen der Augustinischen Lehre der zwei *civitates* wandelte sich der Begriff erneut: Die Menschen waren demzufolge in zwei Gesellschaften zugleich organisiert, einer zeitlichen und einer spirituellen, in der als *Civitas Dei* jeder Mensch erfasst wurde, ungeachtet seiner irdischen sozialen und rechtlichen Lage. Das frühe Mittelalter definierte Gesellschaft zudem nicht mehr in Begriffen ihrer politischen Organisationen, wie es noch in der Antike der Fall war. Das Aufkommen absolutistischer Monarchien in der Neuzeit veränderte die Struktur der mittelalterlichen Ständegesellschaften und somit auch die mittelalterlichen Vorstellungen von Gesellschaft. Die Gesellschaft wurde wieder ausschließlich über ihre politische Organisation definiert. Die Herrschaftsstände verloren politisch und rechtlich betrachtet an Einfluss gegenüber dem Staat. Der Bürger wurde nunmehr als Untertan und Subjekt definiert.¹²

Drei entscheidende Entwicklungen der Neuzeit evozierten die ideengeschichtliche Trennung von Staat und Gesellschaft. Im Einklang mit der aufkeimenden Industrialisierung entwickelte sich der Bereich der Ökonomie immer mehr zu einem theoriefähigen, eigenständigen Komplex, der sich auf anwachsende Bedürfnisvernetzungen bezieht. Arbeit und die damit verbundene Akkumulation von Eigentum wurden zur Voraussetzung politischen Einflusses. Den Bürgern der „modernen“ Zivilgesellschaft ging es nicht darum, politische Herrschaft an sich auszuüben, sondern vor allem um Teilhabe an der Staatsgewalt, um ihre wirtschaftlichen Interessen rechtlich und politisch abzusichern.¹³ Simultan entwickelte sich, forciert durch die vermehrte Verbreitung gedruckter Medien, eine autonome Öffentlichkeit mit eigener Meinung. Außerhalb der Kanäle des politischen und des privaten Umfeldes bildete sich ein durch öffentliche Debatten geformter neuer öffentlicher Raum heraus. Die sich selbst regulierende Ökonomie sowie diese neue Öffentlichkeit verliehen der Gesellschaft eine eigene Identität, die sich zwar außerhalb der politischen Dimension befand, sich aber auf diese bezog.¹⁴ Erst mit der Wiederherstellung der Monarchien und der Konzentration der Herrscher Gewalt in den Händen eines absolutistischen Herrschers erschien zudem die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft sinnvoll. Im Zuge dessen fungierte der Begriff der Zivilgesellschaft zunehmend als Leitbegriff anti-absolutistischer Lehren, charakterisiert sowohl durch traditionskritische als auch normativ-utopische Attribute.¹⁵

Im 18. und 19. Jahrhundert sind drei Hauptpositionen hinsichtlich der Begriffsinterpretation der Zivilgesellschaft erkennbar. In der ersten unterscheidet *John Locke*, der Vater des politischen Liberalismus, zwischen dem Naturzustand, einer vorpolitischen Gemeinschaft, und der Zivilgesellschaft, die aus dem Zusammenschluss der einzelnen Individuen in einem Gesellschaftsvertrag hervorgegangen ist. Die Regierung steht in einer „treuhänderischen Be-

¹¹ Vgl. KOSELLECK 1991, S. 120.

¹² Vgl. KOSELLECK 1991, S. 120f.; TAYLOR 1991, S. 61ff.

¹³ Vgl. KOSELLECK 1991, S. 119-123.

¹⁴ Vgl. TAYLOR 1991, S. 69ff.

¹⁵ Vgl. TAYLOR 1991, S. 64; LEE 1994, S. 77; BEYME 2000, S. 55; KOCKA o.J.: <http://www.kuwi.euw-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc>, 31.5.2007.

ziehung“¹⁶ zur Gesellschaft, indem sie nur dann legitim ist, wenn sie im Dienste der Gesellschaft handelt. Auch wenn Locke den Begriff der Zivilgesellschaft noch bedeutungsgleich mit dem der politischen Gesellschaft gebraucht, bereitet er dennoch der zukünftigen Dichotomie von Gesellschaft und Staat den Boden. Seine Kritik am Absolutismus leitet er aus der Prämisse einer vorpolitischen Identität der Gesellschaft ab, welche dem Handlungsmonopol der Regierung rechtliche Grenzen auferlegt. Ausgestattet mit natürlichen, vom Staat unabhängigen Rechten bildet die Gesellschaft einen eigenen sozialen Schwerpunkt außerhalb der politischen Realität. Locke hebt somit die protektive Funktion einer sich speziell im ökonomischen Sinne selbst organisierenden Gesellschaft gegenüber dem Staat hervor. Seine Konzeption übte unter anderem großen Einfluss auf Thomas Paine sowie die Denker der schottischen Moralphilosophie wie Adam Smith, David Hume und Adam Ferguson aus.¹⁷

Eine gleichfalls gegen den absolutistischen Staat gerichtete Auffassung von Zivilgesellschaft formulierte *Baron de Montesquieu*. Im Gegensatz zu Locke fokussierte er nicht die Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat, sondern die Zivilgesellschaft als integrativen Bestandteil des politischen Systems und Summe der intermediären Instanzen, die zwischen unpolitischer und politischer Sphäre vermitteln. In Montesquieus System der Gewaltentrennung und -verschränkung kommt den rechtlich geschützten, aber von staatlichen Stellen unabhängigen Assoziationen die Aufgabe zu, die Herrschaft der Gesetze und damit die gesellschaftliche Freiheit dauerhaft zu sichern. Zwar geht Montesquieu immer noch von der antiken Identität von Gesellschaft und Staat aus, verleiht aber der Gesellschaft als Vermittlungsinstanz zwischen der Zentralgewalt und den Gesetzen dennoch ein eigenes Schwergewicht.¹⁸ Der in der republikanischen Tradition Montesquieus stehende *Alexis de Tocqueville* greift die von Montesquieu erörterte Vermittlungsfunktion gesellschaftlicher Assoziationen auf und attestiert diesen zusätzlich normatives und politisch-partizipatorisches Potential, welches grundlegend für die Stärkung der Demokratie und die Immunisierung der Gesellschaft gegen jegliche Form des Despotismus ist. Kommunale Selbstverwaltung und ein freies, gedeihendes Assoziationswesen sind Tocqueville zufolge Schulen der Demokratie, notwendig für die Wertebildung und Werteverankerung demokratischer Bürgertugenden. Das Netzwerk intermediärer Organisationen stellt gleichzeitig die Rekrutierungsbasis der zukünftigen demokratischen Elite dar.¹⁹

Im 19. Jahrhundert war *Hegel* dann der Erste, der die klassische Trennung von Staat und Gesellschaft aufhob und durch die Trias Familie, Bürgerliche Gesellschaft und Staat ersetzte. Indem Hegel die politische Sphäre des Staates von der nunmehr bürgerlichen Gesellschaft trennt, wird die bürgerliche Gesellschaft zwar auf eine sozial-ökonomische Sphäre zurückverwiesen, gewinnt aber durch ihre Abgrenzung zum politisch absoluten Staat einen ei-

16 TAYLOR 1991, S. 65.

17 Vgl. zu John Locke TAYLOR 1991, S. 64-67; KOSELLECK 1991, S. 119; BEYME 2000, S. 52f.; MERKEL 2000, S. 11; LOHMANN 2003, S. 14; FREISE 2004, S. 46.

18 Vgl. zu Montesquieu TAYLOR 1991, S. 65ff.; LOHMANN 2003, S. 14; FREISE 2004, S. 46f.; MERKEL 2000, S. 12.

19 Vgl. zu Tocqueville THAA 1996, S. 187; REICHARDT 2004, S. 38; FREISE 2004, S. 47; LOHMANN 2003, S. 14; MERKEL 2000, S. 12.

genen, nämlich bürgerlichen Schwerpunkt.²⁰ Der Bürger wird nun vor allem als Bourgeois begriffen, der seine eigenen Bedürfnisse innerhalb eines Systems der arbeitsteiligen und unregulierten Wirtschaft zu befriedigen sucht. Dennoch glaubt Hegel nicht ohne Einschränkung an die wohltuende Wirkung einer deregulierten Wirtschaft, sondern befürchtet die massenhafte Verarmung.²¹ Dieser Einsicht folgend kombiniert Hegel Elemente der Ansätze von Locke und Montesquieu und setzt der modernen, deregulierten und fragmentierten Gesellschaft vergemeinschaftende, intermediäre Elemente entgegen, zum einen die Polizei als staatliche Verwaltung, zum anderen die Korporationen als aus der Gesellschaft hervorgehende intermediäre Assoziationen.²² Sie integrieren die bürgerliche Gesellschaft politisch in den Staat und helfen, dieselbige sittlich zusammenzuhalten.²³ Mit der konzeptionellen Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft reflektiert Hegel einerseits die neue Rolle einer sozioökonomisch strukturierten Gesellschaft, andererseits das wechselseitige, sich gegenseitig bedingende Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Von Hegel beeinflusst, deutet auch *Karl Marx* das Entstehen einer modernen Gesellschaft und Wirtschaft an, reduziert aber den durch Hegel geprägten Begriff der bürgerlichen Gesellschaft auf eine kapitalistische Klassengesellschaft. Der Staat ist vor diesem Hintergrund nichts anderes als die organisierte Macht der Bourgeois und übernimmt somit die Rolle der politischen Gesellschaft der Zivilgesellschaft. Marx stellt auf diese Weise begriffsgeschichtlich die Identität von Staat, als der politische Ausdruck der Zivilgesellschaft (Überbau), und Zivilgesellschaft (Basis) wieder her.²⁴

Marx Verkürzung von Hegels Begriff der Zivilgesellschaft hat gleichsam dazu beigetragen, dass der Begriff im Westen lange Zeit negativ konnotiert war.

2.3 Der Begriff der Zivilgesellschaft im aktuellen Diskurs

Die negative Konnotation des Begriffs Zivilgesellschaft (bzw. bürgerliche Gesellschaft) bewirkte, dass der Begriff Zivilgesellschaft lange Zeit keine Rolle mehr spielte. Erst mit dem Auftreten zivilgesellschaftlicher Oppositionsbewegungen in Ostmitteleuropa gegen Ende der siebziger Jahre wurde Zivilgesellschaft erneut sowohl als politischer Programmbegriff geendet als auch Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.

Die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft in Osteuropa sowie die friedlichen Revolutionen von 1989 inspirierten darüber hinaus die Zivilgesellschaftsdebatte im Westen. Die gegenwärtige Hochkonjunktur des Begriffs ist gleichzeitig Ausdruck eines tiefgreifenden Utopieverlusts nach dem Zusammenbruch des Kommunismus als einzige Systemalternative zur liberalen Demokratie.²⁵ Während in Osteuropa hauptsächlich die Trennung von Zivilgesellschaft und

20 Vgl. RIEDEL 1969, S. 139-147; BEYME 2000, S. 56.

21 Vgl. HEGEL 1967, §245, S. 201f.

22 Vgl. HEGEL 1967, §188, S. 169; HORSTMANN 1997, S. 209-215.

23 Vgl. HEGEL 1967, §230-259, S. 195-213; HORSTMANN 1997, S. 209; RIEDEL 1969, S. 163f.; TAYLOR 1991, S. 77.

24 Vgl. LEE 1994, S. 88-91; THAA 1996, S. 175; REICHARDT 2004, S. 40.

25 Vgl. KLEIN 2001, S. 26; FREISE 2004, S. 49.

Staat thematisiert wurde, ist das Konzept der Zivilgesellschaft in der aktuellen westlichen Diskussion vor allem Mittel der Kritik an der westlichen Ausprägung der Demokratie. Erstmals wurde das Augenmerk auf systemimmanente Probleme westlicher Demokratien gerichtet: auf die zunehmende Überforderung des Sozialstaates, die Legitimitätsprobleme des politischen Systems, die korporative Abdichtung der öffentlichen Sphäre, die Defragmentierung und Anonymisierung der Gesellschaft, den Rückzug des Bürgers aus der Politik sowie die zügellose Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.²⁶

Angesichts dieser gesellschaftlich-politischen Probleme beinhaltet der Diskurs über Zivilgesellschaft vor allem einen Demokratisierungsanspruch, der seinen Ausdruck in einer bürgerschaftszentrierten Politik findet. Die Zivilgesellschaft, welche sich als „Reflexionsbegriff der liberalen Demokratien“²⁷ erweist, soll Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die zu einer Stärkung der bestehenden Demokratien führen, ohne jedoch die Freiheitsräume individueller Autonomie aufs Spiel zu setzen.²⁸ Der westliche Zivilgesellschaftsdiskurs bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen liberalen und republikanischen Demokratietheorien und bemüht sich daher, Fragen der bürgerschaftlichen Partizipation und politischen Kultur mit Fragen der institutionellen Verfasstheit repräsentativer Demokratien zu verknüpfen. Zivilgesellschaft wird hier als ein Gefüge von Öffentlichkeiten und Assoziationen verstanden, das einen Beitrag zur politischen Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft leisten kann. Sie ist einerseits Ort politischer Lernprozesse, andererseits Voraussetzung einer Demokratisierung und gesellschaftlichen Öffnung der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung.²⁹ Im Rahmen dieses Grundkonsenses gibt es dennoch verschiedene Positionen, von denen drei vorgestellt werden sollen.

Der *Liberalismus*, der in der Tradition Lockes steht, basiert auf dem Wert der autonomen Selbstbestimmung des Individuums, das seine Interessen im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu maximieren sucht. Der Staat ist Garant negativer Freiheiten und ist konzeptionell von der Gesellschaft getrennt, wodurch ein Raum des Privaten geschaffen wird, in dem der Bürger von der Sorge um das politische Gemeinwesen zunächst entlastet ist. Markt, rechtsstaatlicher Konstitutionalismus sowie die bürgerliche Öffentlichkeit sichern dieser Theorie zufolge die Rationalität der Interessenverfolgung und damit langfristig das Wohlfahrtsniveau der Gesellschaft.³⁰ Vertreter des neuen *Kontraktualismus*³¹ befreiten den Liberalismus von der klassisch-utilitaristischen Konnotation und erkannten an, dass die Garantie negativer Freiheiten noch keine ausreichende Bedingung für eine gerechte Gesellschaft ist.³² Kernstück einer liberal geprägten Vorstellung von Zivilgesellschaft ist die Existenz autonomer, nicht-staatlicher Organisationen, welche die Vielfalt individueller Interessenverfol-

26 Vgl. BRINK 1995, S. 9; KOCKA 2000, S. 19; KLEIN 2001, S. 27ff.; FREISE 2004, S. 49ff.; RITTER 2004, S. 1362; KOCKA o.J.: <http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc>, 31.5.2007.

27 KLEIN 2001, S. 26.

28 Vgl. KLEIN 2001, S. 28f. und 378; RITTER 2004, S. 1362.

29 Vgl. KLEIN 2001, S. 270, S. 311 und 380.

30 Vgl. BRINK 1995, S. 8; KLEIN 2001, S. 274-284.

31 Vertreter u.a. John Rawls

32 Vgl. BRINK 1995, S. 12-15.

gung verkörpern. Die Zivilgesellschaft dient somit eher vorpolitischen, individuellen als kollektiven Zwecken, überwacht gleichzeitig aber die Unverletzlichkeit des privaten Freiraums und die Rechtmäßigkeit des Staatshandelns. Die politische Funktion des Bürger beschränkt sich demgemäß auf die kritische Überprüfung des vom Staat gewährten Rechtssystems.³³

Im Gegensatz zum liberalistischen Diskurs bemüht die *republikanische* Begriffsverwendung von Zivilgesellschaft die Tugenden des Bürgers und stellt sie in den Mittelpunkt einer politisch gedachten Gesellschaft. Wichtiger als die private Autonomie des Individuums ist die Selbsterhaltung der Gemeinschaft. Im Zentrum republikanischer Theorien steht die positive Freiheit des Bürgers, an politischen Angelegenheiten teilzuhaben. Durch die Fokussierung demokratischer Selbstregierung werden bürgerschaftliches Engagement und Bürgersinn als unerlässliche Größen des politischen Systems thematisiert. Die Neglektion institutioneller und rechtlicher Fixierung von Menschen- und Bürgerrechten birgt allerdings die Gefahr von Illiberalität und Despotismus in sich.³⁴ Die in den siebziger Jahren aufgekommene *Kommunitarismusdebatte*³⁵ stellt den abstrakten Gerechtigkeitsprinzipien und Prozeduren politischer Willensbildung einer liberalen Demokratie eine durch Werte des guten Lebens integrierte Zivilgesellschaft entgegen, die der Reproduktion gesellschaftlich zentraler Werte und staatsbürgerlicher Tugenden im Sinne Tocquevilles dient. Eine solche Zivilgesellschaft vermag gesellschaftliche Konflikte zu überbrücken sowie Sozialkapital und Vertrauen in einer fragmentierten Gesellschaft aufzubauen.³⁶ Zunehmend wird jedoch auch unter den Vertretern des Kommunitarismus die Ansicht vertreten, dass der Kommunitarismus eher eine notwendige Ergänzung des Liberalismus darstellt. Charles Taylor wie auch Michael Walzer haben jeweils die Eindimensionalität beider Konzepte kritisiert und eine Verschränkung der Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates und einer republikanisch gearteten Zivilgesellschaft gefordert.³⁷

Anhänger der *deliberativen Demokratie*³⁸ vertreten die Ansicht, dass das liberale System subjektiver Rechte und die kommunitaristisch-republikanische Idee der Volkssouveränität sich gegenseitig voraussetzen. Indem Bürger im Liberalismus nur als Adressaten und nicht als Autoren betrachtet werden, ist das Recht der autonomen Selbstbestimmung gefährdet und muss durch die republikanische Idee der Bürgerpartizipation erweitert werden.³⁹ Die Deliberalisten betonen den moralischen Universalismus und die kognitive Rationalität deliberativer Öffentlichkeiten, durch die die Zivilgesellschaft zum Rückhalt und Korrektiv demokratischer Systeme wird. Zivilgesellschaft ist somit ein Raum der Kommunikation, in dem auch im politischen Prozess schwer organisierbare gesellschaftliche Anliegen die Möglichkeit haben, sich öffentlich zu gruppieren und zu artikulieren. Die Institutionen und gewählten Akteu-

33 Vgl. BRINK 1995, S. 15; REICHARDT 2004, S. 44.

34 Vgl. KLEIN 2001, S. 274, 282-285.

35 Vertreter u.a. Michael J. Sandel, Charles Taylor, Benjamin R. Barber

36 Vgl. BRINK 1995, S. 15ff.; MERKEL 2000, S. 13; REICHARDT 2004, S. 43.

37 Vgl. die Aufsätze von TAYLOR 1991, S. 52-84; TAYLOR 1995, S. 73-106 und WALZER 1995, S. 44-72.

38 Vertreter u.a. Jürgen Habermas

39 Vgl. BRINK 1995, S. 19ff.; REICHARDT 2004, S. 46.

re des politischen Systems stehen weiterhin im Zentrum des politischen Geschehens. Der Zivilgesellschaft obliegt es, aus ihrer peripheren Position heraus, beratend und kritisierend Einfluss auf die Politik des Staates zu nehmen, aber nur innerhalb der institutionellen und rechtlichen Vorgaben. Sie ist somit ein tendenziell vopolitischer Raum der Kommunikation, die in unseren komplex organisierten Gesellschaften nur für einen Teil des politischen Prozesses zuständig ist.⁴⁰

2.4 Fazit

Der kurz dargestellte, diachrone Überblick über die Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft bestätigt, dass dieser Begriff vielfältige Bedeutungsgehalte aufweist, die eine allgemeingültige Definition erschweren. Trotz der semantischen Breite des Begriffs, dessen Inhalt sich immer wieder dem Wandel der soziopolitischen Umwelt anpasste, sind einige Grundcharakteristika erkennbar.

Kocka konzeptualisiert Zivilgesellschaft auf drei Ebenen: auf einer bereichslogischen und einer handlungslogischen Ebene sowie als demokratietheoretischer Entwurf mit utopischen Zügen.⁴¹ Zu Beginn war die Zivilgesellschaft ein Synonym für die gesamte Gesellschaft und gleichbedeutend mit ihrer politischen Organisation. Erst infolge des Aufkommens von Gesellschaften mit moderner Ökonomie und autarken Öffentlichkeiten erhielt die Gesellschaft einen eigenen Schwerpunkt, auf den erstmals Hegel hinwies, indem er die bürgerliche Gesellschaft vom Bereich des Privaten und des Staates trennte. In der neueren Debatte ist die Zivilgesellschaft obendrein vom Bereich der Wirtschaft geschieden. Auch wenn diese Bereiche nicht immer klar zu trennen sind und die Zivilgesellschaft in einem Wechselverhältnis mit den anderen Bereichen steht, umschreibt der Begriff der Zivilgesellschaft heutzutage meist Bürgerpartizipation in nicht institutionalisierter sowie institutionalisierter Form, vor allem durch Vereine und Assoziationen im Sinne Tocquevilles, die sich nicht aus der Logik der anderen Bereiche ableiten lässt. Dabei steht die Zivilgesellschaft in einem ambivalenten Wechselverhältnis zum Staat: Einerseits erweist sie sich als Kooperationspartner, als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft (Montesquieu, Tocqueville, Hegel) und ist auf den Schutz des Staates angewiesen, andererseits steht sie dem Staat als kritisches Korrektiv und Schutzpatron gesellschaftlicher Interessen gegenüber (Locke).

Als Typus des sozialen Handelns werden der Zivilgesellschaft verschiedene Eigenschaften zugeordnet. Im Kern geht es meist um Handeln im öffentlichen Raum, das durch Selbstorganisation von Individuen und Gruppen, Ausrichtung am allgemeinen Wohl, Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit gekennzeichnet ist sowie fernerhin die Verschiedenartigkeit von gesellschaftlichen Interessen anerkennt und zwischen diesen vermittelt. Zivilgesellschaft kann folglich ein Raum sein, in dem gesellschaftliche Interessen öffentlich kommuniziert (Haber-

⁴⁰ Vgl. BRINK 1995, S. 20f.; MERKEL 2000, S. 14; KLEIN 2001, S. 276, 314, 380; REICHARDT 2004, S. 45f.; RITTER 2004, S. 1362; FREISE 2004, S. 47

⁴¹ KOCKA o.J.: <http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc>, 31.5.2007.

mas) und den staatlichen Institutionen übermittelt (Montesquieu) werden. Durch die Ausrichtung am öffentlichen Leben und die Betonung bürgerschaftlicher Partizipation reproduziert die Zivilgesellschaft außerdem demokratiestützende Tugenden und Werte und verleiht einem demokratischen System daher Stabilität (Tocqueville).

Nicht zuletzt verdeutlicht die Begriffsgeschichte, dass Zivilgesellschaft nicht selten ein utopisch-normativ konnotiertes Projekt mit uneingelösten Versprechungen war. Es fungierte oftmals als ein positiv aufgeladener Zukunftsentwurf, der die gegenwärtige soziopolitische Situation kritisierte.⁴² In diesem Zusammenhang wurde Zivilgesellschaft häufig als ein Instrument zur Verwirklichung bzw. Vertiefung demokratischer Gesellschaftsformen betrachtet. Als Bestandteil politischer Programmatik und zukunftssträchtiger Entwürfe war der Begriff also nicht nur Indikator, sondern auch Faktor des soziopolitischen Wandels. Kocka betont, dass Zivilgesellschaft niemals rein deskriptiv ist, sondern immer normative Züge trägt, daher nicht ganz identisch mit den real existierenden Gesellschaften ist.⁴³

Diese aus der Begriffsgeschichte abstrahierten Charakteristika der Zivilgesellschaft sind in ihrer spezifischen Gewichtung selbstverständlich abhängig von der gegebenen historischen Situation, den soziopolitischen Bedingungen und dem Regimekontext. Überdies stehen sie in Korrelation mit dem vorherrschenden Demokratieverständnis.

⁴² z.B. die absolutistischen Monarchien

⁴³ Vgl. KOCKA o.J.: <http://www.kuwi.euw-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc>, 31.5.2007.

3 Die Zivilgesellschaft in der Tschechoslowakei vor 1989

3.1 Zivilgesellschaftliche Entwicklungen bis 1968

Das Konzept von Zivilgesellschaft, das in der Tschechoslowakei vor 1989 entsteht, geht aus den Gegebenheiten des soziopolitischen Kontextes hervor und rekurriert auf demokratische Erfahrungen aus der Vorkriegszeit. Daher erscheint eine historische Einleitung sinnvoll. Strukturen der Zivilgesellschaft entwickelten sich auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik in ähnlicher Weise wie in westlichen Regionen. Erst im 19. Jahrhundert wurde die Zivilgesellschaft ideengeschichtlich als eigenständig abgegrenzte Sphäre zum Staat begriffen.⁴⁴ In Böhmen und Mähren lassen sich jedoch einige Unterschiede feststellen. In Westeuropa vollzog sich das Entstehen zivilgesellschaftlicher Strukturen oftmals im Rahmen eines ethnisch homogen geprägten Nationalstaates und war untrennbar mit dem Bürgertum verbunden. In Böhmen und Mähren entwickelten sich diese Strukturen vor dem Hintergrund von Fremdherrschaft und einem Konglomerat verschiedenster Ethnien vereint in einem Vielvölkerstaat.⁴⁵ Die Bedingungen für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen waren dabei in Böhmen und Mähren vergleichsweise günstig, da das ökonomische wie auch kulturelle Entwicklungsniveau relativ hoch war, und die Habsburger Monarchie den Tschechen einen relativ großen politischen und kulturellen Spielraum gewährte.⁴⁶ Symptomatisch für jene Periode war, dass die Deutschböhmen die kulturelle Elite, die Tschechen jedoch das „Bauernvolk“ repräsentierten, so dass, im Zuge der tschechischen nationalen Wiedergeburt, die modernen sozialen und politischen Strukturen hauptsächlich von unten, als Gegensatz zur politischen Macht erwachsen.⁴⁷

Die zivilgesellschaftliche Entwicklung wurde mit der Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik nach dem 1. Weltkrieg nicht unterbrochen. Mit der Einführung der republikanischen Staatsform und einer politischen Kultur, die in hohem Maße demokratisch und zivil war, entwickelte sich der zivilgesellschaftliche Sektor ungebremsst. Die Erste Republik und die demokratiethoretischen Vorstellungen des Präsidenten Masaryks trugen zur Verankerung republikanisch-demokratischen Gedankenguts in der Bevölkerung bei und waren eine wichtige Grundlage für das Entstehen einer demokratisch gesinnten Opposition während des Kommunismus.⁴⁸ Der Entwicklung der Demokratie und der Zivilgesellschaft wurde mit der Annexion durch das Dritte Reich ein jähes Ende bereitet.

Die kommunistische Machtübernahme nach dem Zweiten Weltkrieg verlief in der Tschechoslowakei relativ unspektakulär. Eine Regierungskrise ausnutzend, eroberten die Kommunisten im Jahre 1948 die staatliche Macht (Februarcoup) und führten in den nächsten Jahren ein verschärftes kommunistisches Programm durch: Abschaffung des Pluralismus, Verstaat-

44 Vgl. FREISE 2004, S. 73f.; REICHARDT 2004, S. 38.

45 Vgl. FREISE 2004, S. 74; REICHART 2004, S. 38.

46 Vgl. FREISE 2004, S. 75; KŘEN 2000, S. 179ff.

47 Vgl. KŘEN 2000, S. 179f.

48 Vgl. KŘEN 2000, S. 180-184, 194f.; FREISE 2004, S. 76; REICHARDT 2004, S. 39.

lichung der Industrie und des Handels sowie die komplette Einbindung des Landes in die sowjetische Blockpolitik, Kollektivierung der Landwirtschaft, Unterdrückung der katholischen Kirche und Säuberung der Armee und Verwaltung von subversiven Elementen. Innerhalb kürzester Zeit wurde aus dem einstmals freiem Land eine rigide Diktatur, die im Vergleich zu den Nachbarstaaten „nicht einmal rudimentäre Ansätze eines gesellschaftlichen Pluralismus mit `von unten` entstandenen Organisationen [hatte], die sich gegen oder auch nur unabhängig von dem vom Staat kontrollierten Strukturen entwickeln konnten“^{49, 50}. Mit der rasant um sich greifenden Wirtschaftskrise Anfang der sechziger Jahre wurden Unzufriedenheit und Reformforderungen jedoch immer lauter. Als der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Antonín Novotný dem Liberalisierungsdruck nicht mehr gerecht werden konnte, wurde er durch den slowakischen Politiker Alexander Dubček abgelöst. Die daraufhin eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen hin zu einer *sozialistischen Marktwirtschaft*, die Abschaffung der Pressezensur sowie die weitgehende kulturelle Liberalisierung schufen ein Klima des Aufbruchs – den Prager Frühling. Hoffnungen auf einen dritten Weg, auf einen *Sozialismus mit menschlichem Antlitz*, auf eine Reformierung der Partei von oben keimten auf. Die Sowjetunion sowie die Staatsführungen der kommunistischen Nachbarländer sahen im Prager Frühling eine Bedrohung für ihre eigene Machtbasis, weshalb am 20. August 1968 in Prag Truppen des Warschauer Pakts einmarschierten. Dubček wurde seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Der Eisernen Vorhang verdichtete sich.⁵¹

Dubčeks Nachfolger Gustáv Husák leitete eine Zeit der *Normalisierung* ein, die charakterisiert war durch bescheidenen, aber kontinuierlichen Konsumzuwachs bei gleichzeitiger Tolerierung einer unpolitischen Privatsphäre. Im Gegensatz zu Ungarn und Polen war der politische Kurs ausgesprochen konservativ und repressiv, die Westöffnung wesentlich geringer.⁵² Dem enthusiastischen Gefühl des Prager Frühlings folgte eine Zeit der tiefen gesellschaftlichen Frustration und Depression, eine „Ära der Apathie und umfangreichen Demoralisierung [...], die Ära der grauen, totalitär-konsumorientierten Alltäglichkeit“⁵³. Die Zeit der Normalisierung wird oftmals mit einem Gesellschaftsvertrag zwischen Herrschern und Beherrschten verglichen: Der Staat sichert den Bürgern ein gewisses Maß an Privatsphäre sowie ein akzeptables materielles Auskommen zu, und im Gegenzug enthalten diese sich jeglicher Form des politischen Einmischens.⁵⁴ Obwohl diese Vertragstheorie unangemessen ist, da es sich gerade nicht um eine freiwillige Übereinkunft zwischen Staat und Gesellschaft handelte, spiegelt sie dennoch eine von der Partei gewollte und geförderte Entideologisierung und Entpolitisierung der Bevölkerung wider.⁵⁵ In diese Zeit der Zuspitzung der „sozialen Schizo-

49 MANSFELDOVA/SZÁBO 2000, S. 97.

50 Vgl. JUCHLER 1994, S. 317; SEGERT 2002, S. 14ff.

51 Vgl. JUCHLER 1994, S. 318; SEGERT 2002, S. 16f.

52 Vgl. JUCHLER 1994, S. 319.

53 HAVEL 1990, S. 145.

54 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 5f.; THAA 1996, S. 154.

55 Vgl. SCHMIDT 2001, S. 91.

phrenie“⁵⁶ fällt auch die Gründung der Charta 77 im Jahr 1977, deren erster Sprecher, gemeinsam mit Jiří Hájek und Jan Patočka⁵⁷, Václav Havel wurde.

3.2 Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft im Realsozialismus

In der ČSSR wurde der sozialistische, als totalitär empfundene Staat zum Bezugspunkt jedweder Kritik und zum antagonistischen Gegenentwurf der Zivilgesellschaft. Daher ist es notwendig, den realsozialistischen Staates näher zu charakterisieren. Der Staat im Realsozialismus war ein ideologisch untermauerter Einparteienstaat, der unter Berufung auf die marxistisch-leninistische Ideologie das Machtmonopol über gesamtgesellschaftliche Steuerungsprozesse für sich beanspruchte. Gemäß ideologischer Vorgaben ist der marxistisch-leninistische Staat ein aus dem Klassenkampf hervorgegangenes Steuerungselement der Arbeiterklasse, dessen Aufgabe es ist, den Prozess der Enteignung der Produktionsmittel durchzusetzen sowie den Prozess der Produktion zu überwachen. Dabei hat er jedoch nur transitorischen Charakter und stirbt nach Erfüllung seiner Aufgabe ab. Eine klassenlose und deswegen freie Gesellschaft entsteht.⁵⁸

Der Ideologie zuwider ereignete sich in den sozialistischen Ländern jedoch das Gegenteil. Die für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft notwendige straffe Organisation sowie die Niederstreckung politischer Gegner machten einen starken, zentral gelenkten Staat erforderlich, der im Rahmen des so genannten *Demokratischen Zentralismus* immer mehr Machtfülle in den Händen der aufgeblähten Parteibürokratie konzentrierte. Um die Macht langfristig in den Kreisen der Staatspartei zu sichern, wurde das Kaderprinzip eingeführt. Die kommunistischen Kader ließen eine neue Klasse der Herrscher entstehen und bildeten eine geschlossene Gesellschaft, die gesellschaftlichen Innovationen und Initiativen feindlich gegenüber stand.⁵⁹ Der realsozialistische Staat war vom „Absterben“ weit entfernt.

Mit dem allzu offensichtlichen Abrücken von der ideologischen Legitimationsgrundlage und dem damit einhergehenden Machtverlust bediente sich der sozialistische Staat immer mehr vorpolitischer Zustimmungen. An die Stelle utopisch-ideologischer Wertvorstellungen rückten zweckbasierte, unpolitische Zielformulierungen⁶⁰, die unabhängig von ideologisch-politischen Überzeugungen konsensfähig waren. Indem das Regime allerdings seine Legitimation auf vorpolitische Ziele eines wachsenden Wohlstandsniveaus stützte, ging ihm die Aura des Vorkämpfers einer ideologisch-heilen Welt verlustig, und es konnte mit dem menschlichen Verstand zugänglichen Maßstäben gemessen werden. Die sozialistische Legitimation fußte auf wackliger Grundlage, denn sie basierte nicht auf kommunikativ generierten, sondern staatlich oktroyierten Zielen. Jede Krisenerscheinung, jede Form des Dissens stellte

⁵⁶ THAA 2004, S. 202.

⁵⁷ Jan Patočka war einer der bedeutendsten tschechischen Philosophen, dessen Philosophie wesentlichen Einfluss auf Václav Havel hatte.

⁵⁸ Vgl. LEE 1994, S. 59-65.

⁵⁹ Vgl. LEE 1994, S. 66-74.

⁶⁰ z.B. Ziele wie die Verbesserung der Arbeits- und Wohnsituation, die Beschleunigung des wissenschaftlichen Fortschritts, materieller Wohlstand etc.

somit eine ernstliche Bedrohung für das Machtmonopol der Staates dar. So verwundert es nicht, dass das Moment des Dialogs und der Zivilgesellschaft später zum entscheidenden Delegitimationsprinzip des etatistischen Staates avancieren konnte.⁶¹

Die Idee der Zivilgesellschaft gewann in den siebziger Jahren in Ostmitteleuropa an Bedeutung und begründete eine neue politische Strategie, die den Kampf der Bürger um politische Handlungsmöglichkeiten und den Aufbau autonomer Öffentlichkeiten in den Fokus des Geschehens rückte. In Abgrenzung zum marxistisch definierten Parteistaat bezeichnet die Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa eine vom Einheitsstaat unabhängige Sphäre gesellschaftlicher Beziehungen, Strukturen und Prozesse, die sich außerhalb des Privaten und außerhalb der staatlich kontrollierten Organisationen etabliert.⁶² Zivilgesellschaft ist dieser Minimaldefinition zufolge nach Charles Taylor das,

„... was diesen Ländern vorenthalten worden war und was sie zurückzugewinnen trachteten: ein Netz selbstständiger, vom Staat unabhängiger Vereinigungen, die die Bürger in gemeinsam interessierenden Dingen miteinander verbanden und die durch ihre bloße Existenz oder Aktivität Auswirkungen auf die Politik haben konnten.“⁶³

Die analytische Unschärfe des Begriffs, der sich verschiedene ideengeschichtliche Lesarten des Begriffs Zivilgesellschaft zu eigen machte, wurde des Öfteren kritisiert.⁶⁴ Diese Kritik vernachlässigt jedoch, dass Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa konzeptionell etwas Anderes leisten musste als in Westeuropa. Das Konzept der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa diente einerseits zur Beschreibung der neu entstehenden unabhängigen Strukturen, andererseits fungierte es als Oppositionsstrategie, die dem übermächtigen Staat schrittweise Bürger- und Menschenrechte abzutrotzen trachtete und diesen damit zu delegitimieren drohte. Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie sollte dabei Folgendes leisten: Zum einen distanzierte sie sich vom Reformkommunismus und der Idee der Reformierbarkeit des Staates. Somit schuf sich die Gesellschaft eigene normative Grundlagen, von deren Warte aus sie das Verhältnis Staat-Gesellschaft als grundsätzlich verfehlt demaskieren konnte. Sollte das Konzept der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie Erfolg haben, musste es zudem den Widerspruch zwischen Einheit und Vielfalt lösen, d.h. eine Einheit gegenüber dem Staat bilden und eine tatsächliche Vielfalt angesichts dessen uniformierenden Tendenzen garantieren. Und drittens symbolisierte der Weg der zivilgesellschaftlichen Opposition eine Chiffre zurück nach Europa, eine Art Selbstvergewisserung westlicher Werte und Denktraditionen.⁶⁵ Vor diesem Hintergrund ist auch die moralische Grundierung des Terminus zu verstehen, dem eben nicht sozioökonomische Ausdifferenzierungen vorausgehen, sondern dem eine Wertorientierung zugrunde liegt, die stark an das vormoderne Tugendverständnis der *societas civilis* erinnert. Die Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie begründet eine moralische,

61 Vgl. THAA 1996, S. 151-157.

62 Vgl. THAA 1996, S. 163.

63 TAYLOR 1991, S. 52.

64 So z.B. ARATO 1992, S. 106.

65 Vgl. LEE 1994, S. 45; SCHMIDT 2001, S. 105ff.

kulturelle und letztlich politische Gemeinschaft, die sich im diametralen Gegensatz zum etatistischen Staat befindet.⁶⁶

3.3 Zivilgesellschaftliches Denken in der Zeit der Normalisierung

3.3.1 Die moralische Krise der tschechischen Nation

Das Konzept der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie entwickelte sich basierend auf einer kritischen Analyse der bestehenden gesellschaftlich-politischen Verhältnisse, die daraufhin mit den eigenen Vorstellungen vom „besseren“ gesellschaftlichen Leben kontrastiert wurden.⁶⁷ Das in den folgenden Kapiteln vorgestellte Verständnis von Zivilgesellschaft soll jeweils am Beispiel von Václav Havels Schriften vorgestellt und daraufhin in einen breiteren Kontext eingeordnet werden. Václav Havel, Dissident, Schriftsteller und Freidenker, beeinflusste als Mitglied der Charta 77 maßgeblich die Rolle und das Selbstverständnis der tschechoslowakischen Opposition. Auch wenn es verfälschend wäre zu behaupten, seine Schriften seien ein allgemein akzeptiertes Programm der Charta gewesen, schrieb er doch in seinem 1978 erschienenen Essay *Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen* die „umfassendste Formulierung der Philosophie der antitotalitären Bürgerbewegung“⁶⁸ nieder. Mit diesem Essay stellte Havel eine zeitkritische Diagnose des totalitären Sozialismus und formulierte zugleich ein Credo an den Formenreichtum des menschlichen Daseins, der im Widerspruch steht zu der oktroyierten Uniformität des totalitären Regimes.⁶⁹

Havel bezeichnet das System, das ihm, seinen Mitbürgern und allen Menschen im Ostblock auferlegt wurde, als *posttotalitäres System*: posttotalitär, weil der Sozialismus eine gänzlich neue Ausprägung einer totalitären Diktatur mit sich brachte, die sich, aufgrund der Pattsituation des nuklearen Gleichgewichts, der ausgeklügelten Manipulation und Entmündigung der Gesellschaft, der anonymisierten und nicht lokal beschränkten Macht und der fast religiösen Ideologie, vor allem durch eine ungewöhnliche Stabilität auszeichnet.

Die Ideologie spielt diesbezüglich eine maßgebliche Rolle, tritt sie doch in Erscheinung als Projektion überpersönlicher und endgültiger Werte und verschleiert zugleich die wirklichen Intentionen der Macht. Sie maßt sich an, das Leben erklären zu können, ist aber nur eine Machtinterpretation der Wirklichkeit. Ohne ein gesellschaftliches Korrektiv in Form von Wettbewerb und Machtkontrolle emanzipiert sich die Ideologie gleichwohl zusehends von der Realität, da die Macht sich immer mehr in Lügen verstricken muss, damit die Realität den ideologischen Thesen genügt. Sie schafft eine von der Realität des Lebens abweichende Pseudowirklichkeit, die sowohl den Gang der Geschichte als auch der Zukunft vollständig

⁶⁶ Vgl. THAA 1996, S. 159-169; SCHMIDT 2001, S. 111f.

⁶⁷ Grundlage dieses Kapitels sind die im Literaturverzeichnis angeführten Werke und Texte von Václav Havel. Andere Referenzen werden extra ausgewiesen.

⁶⁸ MICHNIK 1992, S. 114.

⁶⁹ Das Essay *Versuch, in der Wahrheit zu leben* ist die komprimierte und systematisierte Darstellung der bereits in seinen offenen Briefen an Alexander Dubček (1969) und Gustáv Husák (1975) entwickelten Gedanken und Kritik, die er in seinen Essays *Über Macht und Manipulation* (1984) und *Anatomie einer Zurückhaltung* (1985) sowie in diversen Reden immer wieder aufgreift.

begriffen zu haben glaubt. Das eschatologische Anliegen der marxistischen Ideologie ist jedoch ein Garant der Kontinuität und Stabilität des Regimes, weil es ein System ritueller Verhaltensweisen und Kommunikation innerhalb der Macht kreiert, eine Welt des Scheins, in der Macht nicht länger personengebunden ist, sondern anonymisiert wird und damit von auswechselbaren Funktionären und Technokraten ausgeführt werden kann.

In diesem System ist jeder Mensch zugleich Herrscher und Beherrschter, Instrument und Opfer der Macht. Indem er sich nach den von der Ideologie vorgegebenen Spielregeln verhält, ordnet er sich der beschriebenen Eigenbewegung des Systems, dem *Autototalitarismus* unter, trägt aber zugleich zur Konservierung der bestehenden Verhältnisse bei. Die Konfliktlinie teilt in einem posttotalitären oder auch autototalitären System nicht die Mächtigen und Machtlosen, sondern verläuft in jedem Menschen, der das Lügengespinnst der Ideologie akzeptiert und sich, zumindest rein äußerlich, assimiliert. Die Menschen sind zwar nach Maß an Schuld und Verantwortung differenzierbar, aber keinen trifft die volle und unbedingte Schuld. Havel zufolge ist ein posttotalitäres System nicht bestimmt durch den Konflikt zweier sozialer Gruppen, sondern durch den Konflikt zwischen den Intentionen des Lebens, die jedem Menschen innewohnen, und den ideologischen Intentionen des Systems.

In der Schrift *Offener Brief an Gustáv Husák* weist Havel Husák jedoch auf die Gefahren dieses *Lebens in der ideologischen Lüge* hin: Havel befürchtet, dass die erzwungene, aber nur scheinbare Konsolidierung nach dem Aufruhr des Prager Frühlings eine tiefgehende Demoralisierung sowie einen beständigen Werteverfall der Menschen zufolge hat. In einer Welt, in der jegliche öffentliche und freie Lebensäußerung eingeschränkt, die Kultur zensiert und abgeschafft ist, wird „vorläufig [...] das Schlechteste in uns systematisch aktiviert und entwickelt – Egoismus, Heuchelei, Gleichgültigkeit, Feigheit, Angst, Resignation, das Streben, sich aus allem persönlich herauszuhalten, ohne Rücksicht auf allgemeine Folgen“⁷⁰. Havel fragt Husák: „Wie groß wird morgen die geistige und moralische Impotenz der Nation sein, deren Kultur man heute kastriert?“⁷¹ Er ist davon überzeugt, dass die beharrliche Demoralisierung und Degradierung der Bevölkerung, das Auseinanderdriften öffentlicher und privater Werte nicht nur die allgemeine Krise des Kommunismus versinnbildlichen, sondern sich zu einer allgemeinen *Identitätskrise* des Individuums und damit zu einer *moralischen Krise* der tschechischen Gesellschaft ausgeweitet haben. Havel ist der Auffassung, dass die Wurzeln dieses Autototalitarismus aus der Verbindung der klassischen Diktatur mit der Konsumgesellschaft erwachsen sind. In der Konsumgesellschaft, auch auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau der Ostblockstaaten, sind die Menschen viel eher bereit, geistige Werte und sittliche Integrität zugunsten materieller Sicherheit zu opfern und damit eine bewusste Adaption an das „Leben in der Lüge“ in Kauf zu nehmen..

⁷⁰ HAVEL 1990b, S. 79.

⁷¹ HAVEL 1990b, S. 63.

In diesem Dilemma des „Lebens in der Lüge“ erscheint auch der Westen nicht als die ersehnte Lösung, als normativer Fluchtpunkt und Projektion der Hoffnung schlechthin. Havel konstatiert vielmehr eine Krise der modernen technischen Zivilisation insgesamt, in der der Kommunismus lediglich „das grotesk vergrößerte Bild seiner eigenen [der des Westens; Anm. d. Verf.], tiefen Gerichtetheit“⁷² ist:

„Dieser ganze statische Komplex der erstarrten, konzeptionslosen und politisch nur noch zweckbedingt handelnden politischen Massenparteien, die von professionellen Apparaten beherrscht werden und den Bürger von jeglicher konkreter und persönlicher Verantwortung entbinden, diese ganzen komplizierten Strukturen der versteckt manipulierenden und expansiven Zentren der Kumulation des Kapitals, dieses allgegenwärtige Diktat des Konsums, der Produktion, der Werbung, des Kommerzes, der Konsumkultur, diese ganze Informationsflut – all dies [...] kann man wahrhaftig nur schwer als eine Perspektive, als einen Weg betrachten, auf dem der Mensch wieder zu sich selbst findet.“⁷³

Havel entwickelt seine politischen Überzeugungen von Zivilgesellschaft und Demokratie somit vor einem modernitätskritischen Hintergrund, indem er die Wurzeln des Kommunismus und Totalitarismus in Osteuropa in gemeineuropäischen Ideenbeständen, einem instrumentell verkürzten Vernunftverständnis und der Abkehr vom Humanismus verortet.

Havel und andere ostmitteleuropäische Dissidenten rezipierten in ihrer Regimekritik westliche Totalitarismuskonzepte und entwickelten sie weiter im Lichte der gewandelten und verfeinerten Repressionsmethoden der kommunistischen Systeme. Während in westlichen Konzepten das Zusammenspiel von Terror und Gewalt, von ideologischer Mobilisierung und charismatischer Führerschaft sowie Wirtschaft, Militär und zentralistischer Massenpartei im Vordergrund stand, fokussierten die ostmitteleuropäischen Regimekritiker vielmehr das Zusammenspiel des politischen Machtmonopols mit dem ideologischen Wahrheitsmonopol. Das ideologische Wahrheitsmonopol legitimierte die Macht von oben und legte die Verhaltensregeln für die Mitglieder der Gesellschaft wie auch der Macht fest. Dadurch zeichneten sich die kommunistischen Regime durch eine erstaunliche Stabilität aus. Von den atomisierten Mitgliedern der Gesellschaft wurde kein Glaubensbekenntnis erwartet, dafür aber stiller politischer Gehorsam. Im Gegenzug gewährte das Regime der Bevölkerung private Rückzugsmöglichkeiten.⁷⁴ Besonders zu Zeiten der Normalisierung, nach dem Scheitern der Prager Reformversuche, spitzte sich diese soziale Schizophrenie zu. Die Ideologie versinnbildlichte den öffentlich geforderten Anpassungsrahmen, dem sich die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund von Resignation, Enttäuschung oder materiellen Anreizen durch das Regime beugte. Die privaten, nicht öffentlich geäußerten Meinungen divergierten jedoch erheblich von den öffentlich verkündeten, stellte die Ideologie doch schon lange nur noch eine Welt des Scheins dar, an deren Einlösbarkeit keiner mehr glauben konnte. Namentlich beruhte das tschechoslowakische System, Thaa zufolge, auf zwei Lügen: die von der Konterrevolution und die von der zeitlich befristeten Anwesenheit sowjetischer Truppen.⁷⁵ Eine Gesell-

72 HAVEL 1990a, S. 21.

73 HAVEL 1980, S. 85.

74 Vgl. KLEIN 2001, S. 37; SCHMIDT 2001, S. 91.

75 Vgl. THAA 1996, S. 211; THAA 2004, S. 202.

schaft aber, die aus einem Netz aus Lügen und Ängsten besteht, hinterlässt auch ihre Spur in der Persönlichkeitsstruktur der Einzelnen:

„Mangels lebbarer Alternativen faßte das fremdzwangdominierte Zivilisierungsmuster daher sehr wohl Wurzeln in den Persönlichkeitsstrukturen, erzeugte es Anpassungsleistungen an autokratische Macht- und provinzielle Lebensverhältnisse, führte es zu einer Fixierung auf eindeutige Verhaltensvorgaben und Wegweisern durch den sozialen Raum, auf Existenz- und Laufbahngarantien, löste es Unsicherheiten und Unlustgefühle in bezug auf das Füllen eigener, ungedeckter Entscheidungen und große emotionale Reserve gegenüber offen, aber in der Sache hart ausgetragenen Konkurrenzen um Macht- und Einflusschancen aus.“⁷⁶

Da Kritik an den gesellschaftlich-politischen Missständen nicht öffentlich artikuliert werden durfte, gewann die Ebene privater Moralvorstellungen und der Rückzug in ein moralisch integrires Privatleben immer mehr an Bedeutung. Mit der Idealisierung der privaten Freundes- und Familiennetzwerke spitzte sich die dichotomische Trennung von Staat und Gesellschaft zu, gleichzeitig aber auch die Bewusstseinspaltung und die Ablehnung von Verantwortung eines jeden Einzelnen, indem das positiv konnotierte Privatleben (WIR) dem als negativ wahrgenommenen Staat (SIE) gegenübergestellt wurde. Denn wie Havel erkannte, existierte keine reale Trennung von Gesellschaft und Staat.⁷⁷

Der Bereich privater Moralvorstellungen konnte jedoch zum Ausgangspunkt einer Revolte gegen die Willkür der Macht, gegen die Demoralisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und gegen die offensichtlichen systeminternen Paradoxien werden. Die posttotalitären Gesellschaften wurden mehr und mehr mit dem Problem konfrontiert, dass sie auf gesellschaftlichen Konsens angewiesen waren, diesen aber nicht über eine konfliktive, plurale Öffentlichkeit erzeugen konnten.⁷⁸ Die im privaten Bereich geäußerten, authentischen Wertvorstellungen gerieten zunehmend in Widerspruch zu den Einheitsansprüchen des Regimes und forcierten eine anfangs kaum bemerkbare Legitimitätskrise, denn „die Erzeugung einer auf inhumane Weise klassenlosen Gesellschaft, die gewaltsame Vertreibung der Differenz, konnte nur um den Preis ihrer Wiederkehr gelingen.“⁷⁹

3.3.2 Die Wiedergeburt der Zivilgesellschaft

Havel kann sich natürlich nicht mit seiner apokalyptischen und niederschmetternden Analyse der Wirklichkeit zufriedengeben und entwickelt eine aus dem negativ behafteten Ist-Zustand abgeleitete Lösungsstrategie.⁸⁰ Zudem ist er davon überzeugt, dass der Keim des Nichtigwerdens jeder Ideologie inhärent ist, da sie immer eine dogmatische Beschreibung des Lebens ist, die selbstbewusst davon ausgeht, dieses komplett begriffen zu haben, dabei jedoch nicht der Mannigfaltigkeit und Wandlungsfähigkeit des Lebens gerecht wird. Die wirklichen Interessen des Lebens schlummern unter der Oberfläche der offiziell deklarierten Wirklichkeit und müssen irgendwann zwangsweise mit dieser kollidieren, wenn die Anpas-

⁷⁶ ENGLER 1992, S. 46f.

⁷⁷ Vgl. TATUR 1991, S. 235-238.

⁷⁸ Vgl. SCHMIDT 2001, S. 155.

⁷⁹ ENGLER 1992, S. 32.

⁸⁰ Grundlage dieses Kapitels sind die im Literaturverzeichnis angeführten Werke und Texte von Václav Havel. Andere Referenzen werden extra ausgewiesen.

sungsleistung an den staatlich vorgegebenen Ritus allzu große Konzessionen zuungunsten der eigenen Wünsche erforderlich macht. Diese Wünsche können ganz unterschiedlicher Natur, materiell, sozial oder geistig ausgerichtet sein. Sobald ein Individuum sich zu seinen ureigensten Interessen bekennt, die Ebene der Scheinwelt verlässt, verlässt es auch sein „Leben in der Lüge“ zugunsten eines *Lebens in der Wahrheit*. Ausgangspunkt für die Überwindung der sozialen Schizophrenie ist somit die Ablehnung des „Lebens in der Lüge“, durch welches das ideologische Spiel als solches abgeschafft wird.

Das *Leben in Wahrheit* beinhaltet zunächst eine moralische Dimension: Der Einzelne beginnt wieder in Eigenverantwortung zu denken und zu handeln und erlangt somit seine menschliche Würde wieder. Im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Lehre begreift Havel somit den Menschen nicht als ein vom materiellen Sein bestimmtes, sondern als ein selbstbestimmtes Wesen, das sich durchaus von seinen Lebensbedingungen emanzipieren kann, indem es diese selbstständig reflektiert und analysiert, zu höheren Werten zurückfindet und bereit ist, für diese moralischen Ziele und Ideale einzustehen.⁸¹ Der selbstbestimmte Mensch kann aber den Status quo nicht länger als naturgegeben und unabänderlich hinnehmen und ist somit das Maß aller Dinge, der Ausgangspunkt und dynamische Faktor jeglichen Wandels. Indem er das ideologische Spiel entlarvt und dessen Regeln bricht, zeigt er auf, dass das Leben in der Wahrheit eine realistische und lebbare Alternative ist. Die Bewusstwerdung der eigenen menschlichen Existenz und die geistige Erneuerung der Gesellschaft in allen Bereichen betitelt Havel mit dem Begriff der *existentiellen Revolution*, als sittliche Rekonstruktion der Gesellschaft, als Wiederherstellung von Identität und Authentizität. Nur mittels der Erneuerung der menschlichen Beziehungen im Sinne von Verantwortung für alle, der Entmachtung des technischen Rationalismus durch den Menschen und der Befreiung aus der irrationalen Eigenbewegung des Systems kraft der Abwehr der komplexen Manipulationsmechanismen⁸² ist ein Ausweg aus der moralischen Krise des Individuums und der Nation gegeben.⁸³

Aus der individuellen Befreiung des Einzelnen von dem ihm auferlegten „Leben in der Lüge“ erwächst somit in einem zweiten Schritt die Befreiung der ganzen Gesellschaft aus den perfiden Machtmechanismen des Systems. Denn in einem totalitären System ist jede kleinste, nicht offiziell genehmigte Lebensregung bereits ein Angriff auf das System selbst. In einer Welt, die sich in den festgesetzten Grenzen des Parteimarxismus bewegt, kann insbesondere die Kultur zum Keim des Widerstands werden und einen Beitrag zur Detotalisierung der Gesellschaft leisten, denn „durch die Kultur vertieft die Gesellschaft ihre Freiheit und entdeckt die Wahrheit“⁸⁴. Es geht also um die Errichtung einer autonomen, kulturellen Öffent-

81 Diesbezüglich zitiert Havel immer wieder seinen geistigen Lehrer und Sprecher der Charta 77, Patočka, der sagte: „Ein Leben, das nicht bereit ist, sich selbst für seinen Sinn zu opfern, ist es nicht wert, gelebt zu werden.“, in HAVEL 1990b, S. 26.

82 Manipulationsmechanismen sind für Havel z.B. Konsum, Technik, Reklame, Ideologie etc., d.h. alle Mechanismen, welche das Bedürfnis nach materieller Sicherheit und vorgefertigten Denkschemata im Menschen ansprechen und die Idee eines geistig selbstbestimmten Lebens negieren, indem der Mensch hinter ihnen zurücktritt.

83 Hierbei greift Havel explizit auf Thesen des ersten tschechoslowakischen Staatspräsidenten Tomáš G. Masaryk zurück; Vgl. HEJDÁNEK 1989, S. 85f.

84 HAVEL 1990b, S. 53.

lichkeit, die nicht an abstrakte Utopien glaubt, sondern sich schrittweise kulturelle Freiheitsräume zurück erkämpft und die Gesellschaft, aus dem privaten Bereich heraus, mit Werten und Tugenden beseelt.

Die Einführung einer wertorientierten Zivilgesellschaft in die intellektuelle Debatte kontrastierte Marx' sozioökonomisch definierte bürgerliche Gesellschaft und schuf eine neue normativ-analytische Grundlage. Analytisch verwies das Konzept der Zivilgesellschaft auf das grundsätzlich verfehlte Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Kommunismus. Stattdessen sollte die Differenz zwischen Staat und Gesellschaft restituiert werden. Normativ befreite sich das Konzept von objektiv feststehenden geschichtlichen Zielen und rückte die subjektive, auf der Integrität des Individuums basierende Moralität in den Mittelpunkt. Durch den schrittweisen Aufbau einer autonom agierenden und rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft wurde der Parteistaat als dysfunktional, unmenschlich und damit als gesellschaftsfremd entlarvt.⁸⁵

In den etatistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas mangelte es an einer ausdifferenzierten Sozialstruktur. Durch die scharfe, eher symbolisch-konzeptionelle Trennung von Staat und Gesellschaft kreierte die Opposition eine neue Form der Sozialintegration. Mittels der „Weltbild-Produktion“⁸⁶ der Opposition, der Revitalisierung moralischer, dem Privatbereich entstammender Einstellungen und Bürgertugenden vermochte die Opposition, eine neue Sozialstruktur zu lancieren und die Gesellschaft als gemeinsam und autonom handelndes, sich selbst organisierendes Subjekt zu konstituieren. Die oftmals kritisierte normative Orientierung der ostmitteleuropäischen Intelligenz, die starke Fokussierung von Begriffen wie Wahrheit, Würde, Gerechtigkeit und Humanität unter Auslassung sozioökonomischer Aspekte fungierte als identitätsstiftende, integrierende Konsensbedingung einer Gesellschaft, die eben nicht auf sozioökonomischer Ausdifferenzierung basierte.⁸⁷ Staniszki weist indes daraufhin, dass das neue, von der Opposition beschworene Gesellschaftsbild der Opposition seine Kohäsionskraft vor allem aus der Feindsymbolik gegenüber dem repressiven Staat gewann.

„Fundamentalistische Bewegungen und gemeinschaftliche Formen der Integration waren das einzige, was die atomisierten Menschen der etatistischen Ordnung entgegenstellen konnten. Diese Bewegungen waren Produkt, Negation in der Negation und damit ihrerseits Abbild der geschlossenen Gesellschaft, die sie kritisierten. Aber zugleich bildeten sie die einzig mögliche soziale Basis, die den politischen Durchbruch von innen tragen konnte. Sie formulierten das Interesse der Gesellschaft, den gesellschaftlichen Zustand als ganzen aufzuheben und die kulturelle Gemeinschaft der Menschen als civil society zu konstituieren.“⁸⁸

Prägend für diese Rückkehr der Gesellschaft in die Systemdebatte waren die 1971 publizierten *Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit* des polnischen Philosophen Leszek Kołakowski. Er verließ die Ebene der systemimmanenten Reformdiskussion und führte die Gesellschaft als neues Subjekt der Veränderung in den Diskurs ein. Obwohl Kołakowski die

85 Vgl. THAA 2004, S. 200f.; THAA 1996, S. 165ff.; LEE 1994, S. 123; KLEIN 2001, S. 48.

86 SCHMIDT 2001, S. 101.

87 Vgl. FEHR 2004, S. 48-51; TATUR 1991, S. 238f.; SCHMIDT 2001, S. 79, 101-104, S. 150.

88 STANISZKIS 1991, S. 226f.

Wirksamkeit kommunistischer Strukturen anerkannte, war für ihn dennoch die Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft das entscheidende Moment der Veränderung. Denn die Rigidität des Systems hänge davon ab, „inwiefern die in ihm lebenden Menschen von *dieser Rigidität überzeugt sind*“⁸⁹. Diese Strategie, die nicht nur in Polen aufgegriffen wurde, sondern auch der tschechischen Opposition zu eigen war, wird auch als *Als-Ob-Strategie* bezeichnet: Ungeachtet der externen Repressionen agiert das Individuum so, als ob es eine freie und unabhängige Persönlichkeit wäre und kreiert sich gerade dadurch seine eigenen Freiräume, durchbricht das „Leben in der Lüge“ zugunsten eines „Lebens in der Wahrheit“.⁹⁰

Winfried Thaa stellt fest, dass das Leben in der Wahrheit, *als-ob* man eine freie Persönlichkeit wäre, die vorpolitische Voraussetzung zur Herstellung geeigneter gesellschaftlicher Kommunikationsbedingungen ist. In diesem Sinne ist die moralisch fundierte Zivilgesellschaft vor allem eine auf authentischen, nicht ideologisch verzerrten und der Wahrheit verpflichteten Dialog gegründete Kommunikationsgemeinschaft. Besonders Havel führt die Begrifflichkeiten der Wahrheit und Lüge als substantielle Werte eines jedweden gesellschaftlichen Lebens ein, als Vorbedingung einer diskursiven gesellschaftlichen Strukturierung. Und erst aus dieser authentischen Öffentlichkeit konnten sich in einem nächsten Schritt dezidiert politische Aktivitäten gegen das menschlich und gesellschaftlich entartete System entwickeln.⁹¹

Großen Einfluss auf die ideelle Ausprägung der Opposition übte neben Václav Havel außerdem Václav Benda mit seinem Essay *Parallel Polis* aus. Im Gegensatz zu Havel betonte Benda viel stärker den organisierten Charakter der erstarkten, zum Handlungssubjekt gewordenen Gesellschaft. Benda orientierte sich dabei an Kołakowskis These des Als-Ob-Lebens und plädierte für den Aufbau paralleler Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen: in der Kultur und Bildung, den Medien und der Wirtschaft und letztlich gar im Bereich der Politik. Doch ebenso in Bendas Verständnis bereiteten die neuen gesellschaftlichen Initiativen den Boden für Veränderungen auch im politischen Bereich.⁹²

3.3.3 Zivilgesellschaft als politische Oppositionsstrategie

Havel zufolge wird die Grenze der individuellen Rebellion irgendwann überschritten und so genannte Bürgerinitiativen entstehen.⁹³ „Diese Grenze, an der das ‚Leben in der Wahrheit‘ aufhört, ‚nur‘ die Negation des ‚Lebens in Lüge‘ zu sein, und anfängt, sich selbst auf eine gewisse Art schöpferisch zu artikulieren, ist der Ort, an dem das geboren wird, was man das *unabhängige geistige, soziale und politische Leben der Gesellschaft* [Herv. d. Verf.] nennen könnte.“⁹⁴ Ausgangspunkt des „Lebens in der Wahrheit“ ist demzufolge das individuelle Auf-

⁸⁹ Leszek Kołakowski zitiert nach THAA 1996, S. 196.

⁹⁰ Vgl. SCHMIDT 2001, S. 150; THAA 1996, S. 195f.

⁹¹ Vgl. THAA 1996, S. 211-214.

⁹² Vgl. BENDA 1991, S. 35-41; SKILLING 1989, S. 177f.; FEHR 2004, S. 51; RENWICK 2006, S. 291.

⁹³ Grundlage dieses Kapitels sind die im Literaturverzeichnis angeführten Werke und Texte von Václav Havel. Andere Referenzen werden extra ausgewiesen.

⁹⁴ HAVEL 1980, S. 56

begehren gegen das „Leben in der Lüge“. Diesem individuellen Befreiungsschlag folgen in einem zweiten Schritt verschiedentliche freie gesellschaftliche Initiativen, die bevorzugt der Schaffung einer „zweiten Kultur“⁹⁵ dienen und Parallelstrukturen neben den offiziellen Strukturen bilden. Erst in einem dritten Schritt leiten sich aus diesen vielfältigen pluralen Ansätzen und Initiativen dezidiert politische Aktivitäten ab, nicht in Form einer politischen Revolution, sondern vielmehr durch die Sensibilisierung der verborgenen Sphären des menschlichen Bewusstseins für die Missstände des herrschenden Regimes und die gesellschaftlichen Deformierungen.

„Die verborgenen Bewegungen, die sie (die Macht, Anm. d. Verf.) da hervorruft, können aber - und es ist schwierig, im voraus auszurechnen, wann, wo, wie und in welchem Ausmaß - in etwas Sichtbares übergehen: In eine reale politische Tat oder ein Ereignis, in eine gesellschaftliche Bewegung, in einen plötzlichen Ausbruch der Unzufriedenheit der Bürger, in einen scharfen Konflikt innerhalb der bisher scheinbar monolithischen Machtstruktur oder einfach in einen unaufhaltsamen Wechsel des gesellschaftlichen und geistigen Klimas.“⁹⁶

Diese verborgene politische Dimension, die Havels Zivilgesellschaft innewohnt, äußert sich insbesondere in der Betonung des Legalitätsprinzips. Aus der Tatsache, dass gewaltsamer Widerstand gegen ein bis an die Zähne bewaffnetes Regime vergebens war, erwuchs die Erkenntnis, dass Systemveränderungen nur durch Gewaltfreiheit und Wahrhaftigkeit des Handelns induziert werden können. Deswegen ist in Havels Augen eines der Hauptanliegen der Opposition die Verteidigung der selbst in der Tschechoslowakei gesetzlich garantierten Menschenrechte. Die politische Brisanz dieses „minimale[n] und negative[n] Notprogramm[s]“⁹⁷ ergibt sich daraus, dass die Rechtsordnung, wie die Ideologie, als Brücke zwischen Mensch und System fungiert und den Einzelnen in ein System ritueller Kommunikation integriert. Das Bekenntnis des Regimes zu weltweit anerkannten Menschenrechten dient darüber hinaus der Wahrung des Anscheins eines äußerlich modernen und zivilisierten Staates nach dem Muster westlicher Staaten.⁹⁸ Das Legalitätsprinzip ist deshalb ein deutlicher Fingerzeig auf den Machtmissbrauch und die Verlogenheit des Regimes, gleichzeitig bringt es „die Politik endlich wieder zu dem einzigen Punkt zurück, von dem sie ausgehen kann, falls sie die alten Fehler vermeiden will – nämlich zu dem *konkreten Menschen*.“⁹⁹

Das politische Programm dieser Subjekt gewordenen Zivilgesellschaft umschreibt Havel mit dem etwas irreführenden Begriff der Antipolitik:

„Ich bin für eine `antipolitische Politik`. Nämlich für eine Politik nicht als Technologie der Macht und der Manipulation mit ihr oder als eine kybernetische Menschenführung oder als Kunst des Zweckmäßigen, Praktischen und der Intrige, sondern für eine Politik als eine der Arten, wie man im Leben Sinn suchen und erlangen kann; wie man es schützen und ihm dienen kann; für eine Politik als praktizierte Sittlichkeit; als Dienst an der Wahrheit; als wesentlich menschliche und nach menschlichen Maßstäben sich richtende Sorge um den Nächsten.“¹⁰⁰

In der Definition des ungarischen Schriftstellers György Konrád tritt die eigentlich politische Dimension des Konzepts der Antipolitik noch deutlicher hervor:

⁹⁵ Dies ist ein von Ivan Jirous geprägter Begriff. HAVEL 1980, S. 68-71.

⁹⁶ HAVEL 1980, S. 30.

⁹⁷ HAVEL 1980, S. 60.

⁹⁸ Vgl. dazu auch BAER 1998, S. 218.

⁹⁹ HAVEL 1980, S. 60.

¹⁰⁰ HAVEL 1990b, S. 31.

„Antipolitik ist das Politisieren von Menschen, die keine Politiker werden und keinen Anteil an der Macht übernehmen wollen. Antipolitik betreibt das Zustandekommen von unabhängigen Instanzen gegenüber der politischen Macht. Antipolitik ist eine Gegenmacht, die nicht an die Macht kommen kann und das auch nicht will. Die Antipolitik besitzt auch so schon und bereits jetzt Macht, nämlich aufgrund ihres moralisch-kulturellen Gewichts.“¹⁰¹

Die Begrifflichkeit der Antipolitik reflektiert insofern eher das Bedürfnis nach Abgrenzung von der als Machtkorruption empfundenen Politik des Parteistaates, als dass sie ein unpolitisches Verständnis von Zivilgesellschaft nahelegt. Havels Antipolitik bezeichnet somit kein sich Abwenden von der Politik als solches, sondern strebt die Wiedereinführung des Menschen als Maßstab des Politischen an. „Uns geht es darum, daß man würdiger leben kann, daß das System dem Menschen dient und nicht der Mensch dem System.“¹⁰² Die Antipolitik fungiert ergo als grundlegendes Prinzip der Zivilgesellschaft, indem sie diese als nicht vermachte, aber dennoch, im Sinne Hannah Arendts, genuin politische, auf authentischen Kommunikationsbedingungen beruhende Macht etablieren möchte. Havels Antipolitik möchte die Humanisierung, die Zivilisierung der Gesellschaft betreiben, die Wiederbelebung republikanischer Tugenden wie Sittlichkeit und persönliche Verantwortung in der Politik forcieren. Havels antipolitische Vorstellungen sind ferner Grundlage für eine zukünftige politische Alternative zum herrschenden System. Kennzeichnend für Havel wie auch die meisten anderen Dissidenten ist jedoch die Tatsache, dass sie Zukunftspläne nur sehr vage skizzierten, sich vielmehr auf die Strategie der kleinen Schritte in der Gegenwart konzentrierten. Aufgrund des „Tatbestand[s] des Nichtwissens“¹⁰³ erschien es Havel und seinen Mitstreitern jedoch als unrealistisch und vergeudet, bereits zum damaligen Zeitpunkt über konkrete politische Alternativen zu spekulieren. Politische Forderungen verblieben demnach im abstrakten Bereich und verloren sich eher in moralischen Postulaten. Gleichzeitig erschien auch der Westen nicht durchweg als Hort der Hoffnung und mögliche Inspirationsquelle. In Havels Vorstellungen von der Zukunft ist die Vereinigung von Bürgern in unterschiedlichsten Organisationen, Bewegungen, Vereinen und Gewerkschaften die Voraussetzung für eine funktionsierende Zivilgesellschaft und ein farbenfrohes Miteinander der verschiedensten Menschen. In der Vision eines *postdemokratischen Systems*, das „immer neu, aus dem Leben, aus der neuen Atmosphäre und aus dem neuen `Geist‘“¹⁰⁴ entsteht, soll dann auch Havels Konzept der Antipolitik, einer anderen, menschenorientierten Politik verwirklicht werden. Postdemokratisch ist in diesem Zusammenhang das Pendant zu posttotalitär und stellt keine Negierung der Demokratieidee dar, sondern suggeriert die Überwindung des klassischen Demokratieverständnisses des Westens zugunsten einer von Havel anvisierten menschlichen und zivilen Demokratie. Die Art von Demokratie, die Havel vorschwebt, soll also wieder dem Grundgedanken der Demokratie als Bürgerpartizipation, als Werk des Menschen näher kommen. Hier wird Demokratie nicht als ein ausgeklügeltes System verschiedenster Hemm- und Verschränkungsmechanismen verstanden, sondern als Inkarnation von Werten, als

101 KONRAD 1985, S. 213.

102 HAVEL 1980, S. 43.

103 ENGLER 1992, S. 47.

104 HAVEL 1980, S. 89.

Spiegel des moralischen Fortschritts der Gesellschaft und als Instrument der Selbstverwirklichung eines jeden Einzelnen. Demokratie muss im Sinne der Zivilgesellschaft immer und überall gelebt und praktiziert werden. Und da Demokratie als Konstitution der Vielfalt für Havel die Möglichkeit zu Veränderung beinhalten soll, dürfen in einem postdemokratischen System keine formalisierten politischen Beziehungen bestehen. Stattdessen fordert er offene, dynamische Strukturen, die den Wandel der Machtverteilung nicht beschränken, sich aber immer auf menschlich immanente Werte wie Vertrauen, Offenheit, Verantwortung, Solidarität und Liebe berufen. „Besser als ein statischer Komplex formalisierter Organisationen, sind Organisationen, die *ad hoc* entstehen, voller Begeisterung für ein konkretes Ziel, und sich nach der Entstehung des Ziels auflösen.“¹⁰⁵ Voraussetzung aber ist sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft, dass ein ausgeprägtes und lebendiges gesellschaftliches Werte- und Traditionssystem vorhanden ist, welches als Handlungsmaßstab dienen kann. Diese normativen Richtlinien werden unter anderem durch die angestrebte Selbstverwaltung, die gesellschaftliche und individuelle Verantwortlichkeit in allen bedeutsamen Entscheidungsmomenten des Lebens entwickelt. Ähnlich wie Tocqueville misst Havel von daher speziell der Erziehungs- und Selbsterziehungs-, Bildungs- und Selbstbildungsarbeit des Staates eine immense Bedeutung bei, um aus dem ferngesteuerten Staatsmenschen einen mündigen Bürger zu machen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft, das sich in Ostmitteleuropa in den siebziger und achtziger Jahren zu entwickeln begann, war ein in starkem Maße den historischen Gegebenheiten geschuldetes Konzept, das dem kommunistischen Staat authentische Öffentlichkeiten einer politisch verstandenen Zivilgesellschaft gegenüberstellte. Es diente nicht allein der Formulierung gesellschaftspolitischer Alternativen zum Parteikommunismus, sondern in erster Linie der Aufstellung einer Oppositionsstrategie mit zukunftsweisenden Charakter. Angesichts des als totalitär empfundenen Charakters des Regimes erschien den ostmitteleuropäischen Dissidenten das minimale Programm der Detotalisierung der Gesellschaft durch den Aufbau einer Zivilgesellschaft, die zum einen liberale Bürger- und Menschenrechte einklagte (Charta 77), und zum anderen an republikanische Tugendbegriffe appellierte, am sinnvollsten.

Die von Havel aufgestellte Handlungsprämisse eines „Lebens in der Wahrheit“, basierend auf einfachen menschlichen Werten wie Toleranz, Würde und Gerechtigkeit, war nicht allein Ausdruck eines moralisch überhöhten, aber die Realität ignorierenden Pathos, sondern verkörperte eine identitätsstiftende Konsensbedingung, welche die entlang ideologischer Auffassungen und politischer Einstellungen zersplitterte dissidentische Sammelbewegung zusammenzuhalten vermochte. Gleichzeitig stellten die von Havel propagierten Wertvorstellungen politische Handlungsimperative dar, da sie letztlich für Selbstorganisation und Gesell-

105 HAVEL 1980, S. 87.

schaftspluralismus standen und somit eine ernst zunehmende Gefahr für die monolithische Staatsstruktur waren.¹⁰⁶

Der Weg zu einer pluralistischen Zivilgesellschaft durfte angesichts der externen Beschränkungen nicht über die totale Konfrontation gehen, sondern musste graduell begangen werden, unter Vermeidung radikalen Drucks sowie durch vernünftiges und verständiges Handeln. Die Charta 77 betonte diesbezüglich ausdrücklich immer wieder ihre Bereitschaft zum Dialog. Es galt das Gebot der Gewaltlosigkeit, um Gegengewalt des Staates oder der Sowjetunion zu vermeiden, und das Prinzip der Mäßigung. Die demokratische Opposition strebte im Sinne der Antipolitik danach, die Macht zu beschränken und zu kontrollieren, jedoch nicht zu beseitigen oder selbst Macht zu sein. Mit dem Verzicht auf Macht verzichtete die Opposition jedoch gleichzeitig auf die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft und versuchte, die Zivilgesellschaft als konfliktive Sphäre der Selbstorganisation und Artikulation aller sozialen Kräfte, als Gegensatz zum Staat auch nach der Überwindung des Kommunismus, zu institutionalisieren. In Polen kam für dieses Konzept die Bezeichnung der *selbstbeschränkenden Revolution* in Gebrauch, denn nur durch die selbst auferlegte Selbstbeschränkung vermochten die zivilgesellschaftlichen Akteure die Beibehaltung ihrer sozialen Rolle und ihres Einflusses zu sichern.¹⁰⁷

Die Rekonstruktion einer authentischen unabhängigen Öffentlichkeit als Antipode zum gesellschaftsfeindlichen oder -fremden Staat gestaltete sich jedoch vielerorts nicht nur aufgrund des bestehenden Informations- und Organisationsmonopols des Staates schwierig, sondern der gegenidentitären Mobilisierung der Gesellschaft stand oftmals ein paternalistisches System der Legitimation und Sozialintegration im Wege, das, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei, eine gegenstaatlich gerichtete Massenmobilisierung der Gesellschaft verhinderte.¹⁰⁸ Die Solidarność-Bewegung in Polen, die unter anderen historisch-politischen Vorzeichen agierte als die Charta 77, repräsentierte dennoch auf eindruckliche Weise die erfolgreiche Rekonstruktion der Gesellschaft als Opposition zum totalitären Staat. In den Kreisen der tschechischen Opposition bildete sich jedoch am deutlichsten in Ostmitteleuropa das Konzept einer diskursiven und verständigungsorientierten Politik heraus, das die Charta 77 eindrucklich demonstrierte. Insbesondere in Havels Ausführungen basiert das Politische – in einem an Hannah Arendt und ihre Unterscheidung von Macht und Gewalt erinnernden Sinne – auf vorpolitisch herzustellenden Kommunikationsbedingungen. Mittels der Integrationskraft einer gemeinsamen politischen Praxis, basierend auf moralischen, am Bürger orientierten Ansprüchen, rekonstruiert Havel eine im Kern republikanische Zivilgesellschaft.¹⁰⁹ Auch wenn die Opposition im liberalistischen Verständnis gesellschaftliche Autonomie ge-

106 Vgl. SCHMIDT 2001, S. 106f.; FEHR 2004, S. 51.

107 Vgl. SKILLING 1989, S. 222f.; DUBIEL 1995, S. 25f.; LEE 1994, S. 112; THAA 1996, S. 164.

108 Vgl. THAA 1996, S. 229.

109 Vgl. THAA 1996, S. 214-218; SCHMIDT 2001, S. 156.

genüber dem Staat erkämpfen wollte und Bürger- und Menschenrechte einforderte, ähnelte die Vision von Zivilgesellschaft dennoch vielmehr dem antiken Ideal einer *societas civilis*.¹¹⁰

Unklar blieb jedoch, inwiefern diese zivilgesellschaftlichen Strukturen einen spezifisch osteuropäischen Dritten Weg darstellten oder Wegbereiter einer von Staat und Privatsphäre abgetrennten Zivilgesellschaft innerhalb eines zukünftigen demokratischen Systems sein sollten.¹¹¹

3.4 Die Charta 77 als zivilgesellschaftliche Oppositionsbewegung

„Die heutige Tschechoslowakei kann man mit einem See vergleichen, der ständig von einer dicken Eisschicht bedeckt ist. Aber unter dem Eis, zwischen den kohleschaukelnden Philosophen, den fensterputzenden Journalisten und den geistlichen Nachtportiers, da sind die Dinge in Bewegung.“¹¹²

Mit diesen Worten deutet Timothy Garton Ash in seinem 1984 erschienenen Essay über die Tschechoslowakei die Entstehung der langlebigsten Menschenrechtsbewegung in Ost- und Ostmitteleuropa, der Charta 77, in einem der repressivsten Systeme des sowjetischen Einflussbereichs an. Der sozialistische Staat hatte sich im real existierenden Sozialismus jeglicher normativer Zielvorstellungen entledigt, da er sich selbst als die geschichtliche Krönung der kommunistischen Bewegung betrachtete.¹¹³ Nichtsdestotrotz wurden hunderttausende Menschen Opfer von Regimeverfolgungen und schwerwiegenden Diskriminierungen¹¹⁴. Die Bevölkerung war sämtlicher Illusionen über den Charakter des sozialistischen Regimes beraubt, gleichzeitig aber auch sämtlicher Hoffnung auf eine Veränderung ihrer Lage.¹¹⁵

In dieser Zeit der individuellen Resignation und Atomisierung der Gesellschaft kam die Bekanntgabe der Gründung der Charta 77 am 6. Januar 1977 sowohl für die Bevölkerung als auch für das sich in Sicherheit wiegende Regime vollkommen überraschend. Die Entscheidung zur Gründung der Charta wurde vor allem durch die Ratifizierung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki im Jahr 1975 durch den tschechoslowakischen Staat evoziert. Dieser bekannte sich darin offiziell zum Schutz grundlegender Menschen- und Bürgerrechte. Die Missachtung derselbigen führte zum kooperativen Zusammenschluss verschiedener Bürgerrechtsbewegungen und Individuen und zeigte auf, dass Zusammenarbeit basierend auf dem Minimalkonsens der Verteidigung der rechtlich garantierten Bürger- und Menschenrechte möglich war.¹¹⁶

Die Charta selbst betrachtete sich im Verständnis der Havel'schen Antipolitik nicht als politische Opposition im klassischen Sinne, da sie keine politische Alternative formulierte. Vielmehr sah sie sich als

110 Vgl. SCHMIDT 2001, S. 156.

111 Vgl. THAA 1996, S. 170.

112 ASH 1990, S. 63.

113 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 5; SAMAL 1988, S. 472f.; KUSÝ 1985, S. 153-157.

114 insbesondere die Intellektuellen und Verantwortlichen des Prager Frühlings, die sog. Reformkommunisten

115 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 5f.

116 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 10ff.; SAMAL 1988, S. 469.

„eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen“¹¹⁷.

Die Weigerung, konkrete politische Alternativen aufzuzeigen, ist neben moralischen Handlungsimperativen auf taktische Erwägungen im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Oppositionsstrategie zurückzuführen. Die Charta wollte bewusst öffentlich agieren, da sie sich im Einklang mit den ihr garantierten Rechten sah und den öffentlichen Dialog mit der Regierung suchte. Als offen deklarierte politische Opposition hätte sie hingegen automatisch den Status der Illegalität gewählt, damit aber gleichzeitig an moralisch-politischem Überzeugungspotenzial eingebüßt. Ihr Anliegen war es jedoch, auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, das Bewusstsein der Bürger für ihre Rechte zu stärken sowie als Mittler zwischen Staat und Bevölkerung einzutreten. Dass die Parteispitze sich tatsächlich auf einen Dialog mit der Charta einlassen würde, hielten selbst die Chartisten für unrealistisch, denn dies hätte die Negierung der ideologisch begründeten Unfehlbarkeit bedeutet. Vielmehr hoffte die Charta, eine Sphäre des kritischen Bewusstseins zu kultivieren, die bei günstigeren nationalen und internationalen Bedingungen möglicherweise in einem Aufbegehren der Bevölkerung gegen das Regime kulminieren könnte. Indem die Charta sich organisatorischen Strukturen und konkreten politischen Konzepten verweigerte, vermochte sie Individuen und Gruppen verschiedener politischer Richtungen zu vereinen und dementsprechend als geschlossene Gegenkraft den Staat zu konfrontieren.¹¹⁸

Das Regime reagierte hart und repressiv auf die Gründung der Charta, so dass die über tausend namentlich angegebenen Unterzeichner des Dokuments sowie deren Angehörige spürbaren Repressionen ausgesetzt waren, teilweise jahrelange Gefängnisstrafen in Kauf nehmen mussten. Der Versuch, die Charta durch äußerst harte Verfolgung zu liquidieren, wirkte sich allerdings kontraproduktiv aus, da infolgedessen eine gewaltige politische Kampagne entfesselt wurde, die die Glaubhaftigkeit des Regimes unterminierte und der Charta zu nationaler und internationaler Bekanntheit verhalf.¹¹⁹ Trotz zahlreicher persönlichen Strapazen, denen die Charta-Mitglieder ausgesetzt waren, blieb die Charta weiter bestehen und schaffte es, in begrenztem Ausmaß, im In- und Ausland ein kritisches Bewusstsein für die Situation in der Tschechoslowakei aufzubauen. Die Haupttätigkeit der Charta bestand in der Herausgabe von Materialien, Dokumenten und Briefen an staatliche Stellen oder international renommierte Persönlichkeiten. Zudem entwickelte sie eine rege Samizdat-Tätigkeit¹²⁰ und etablierte in bestimmten Bereichen parallele Strukturen im Sinne der Parallel Polis Václav Bendas¹²¹.

117 Die Charta 77, in: RIESE 1977, S. 48.

118 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 13ff. und 39; SAMAL 1988, S. 470-474; SKILLING 1989, S. 43-71.

119 Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 37-40.

120 Die meisten hervorragenden tschechischen Schriftsteller, wie der Nobelpreisträger Jaroslav Seifert, publizierten fast ausschließlich im Samizdat.

121 Hier zu nennen ist z.B. die inoffizielle Patočka-Universität, die im Untergrund agierte, oder eine ausgeprägte kulturelle Untergrundszene in den 80er Jahren, die durch inoffizielle Konzerte, Lesungen, Ausstellungen u.ä. charakterisiert war.

Aufgrund des repressiven Charakters des Regimes, der ausgeprägten Desillusionierung und Atomisierung der Bevölkerung, des Fehlens unabhängiger Instanzen in der Gesellschaft sowie einer gewissen historisch begründeten Passivität der Bevölkerung konnte die Charta 77 sich jedoch niemals in ähnlicher Weise wie die polnische Solidarność zur Massenbewegung emporschwingen. Obwohl das Regime nicht in der Lage war, die Charta zu zerstören, wie anfangs intendiert, so war es dennoch darin erfolgreich, die Chartisten von der Mehrheit der Bevölkerung zu isolieren.¹²²

Wenngleich die polnische Solidarność-Bewegung aufgrund unterschiedlicher politischer, historischer, kultureller und wirtschaftlicher Voraussetzungen somit ungleich erfolgreicher agierte als die Charta 77, gelang es doch auch der Charta, trotz aller Kritik¹²³, eine gewisse selbstbestimmte Sphäre zu etablieren, die sich den Zugriffen des Staates entzog, das Machtmonopol der Partei in Frage stellte und die Angstbarriere sowie das Informationsdefizit in der Bevölkerung abbaute. Die Charta nahm im Laufe der Zeit immer mehr die Rolle eines inoffiziellen Sprechers der tschechischen Gesellschaft ein und verlieh ihr eine eigene Stimme. Wiewohl der Erfolg der Charta 77 geringer und schwerer messbar als der von Solidarność war, trug sie dennoch nicht unerheblich zur Delegitimierung des kommunistischen Regimes und zum Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenidentität bei, die ihren Ausdruck in der Samtenen Revolution von 1989 fand.¹²⁴

3.5 Fazit

„Ein Leben in der Niederlage zerstört. Aber es bringt auch heilsame kulturelle Werte hervor. [...] In der Niederlage leben zu können bedeutet, dem Schicksal ins Angesicht sehen und einen Misstrauensantrag gegenüber Mächten stellen zu können, die den Anspruch erheben, selber Schicksal spielen zu wollen.“¹²⁵

Diese heilsamen kulturellen Werte, welche Ash als die „Früchte der Widerwärtigkeit“¹²⁶ bezeichnet, sind die auf dem Boden des Autototalitarismus des Regimes und der beständigen Demoralisierung der Bevölkerung gewachsenen Vorstellungen von einer Zivilgesellschaft. Das Konzept einer normativ und in letzter Konsequenz auch politisch konnotierten Zivilgesellschaft im Sinne der Subjektwerdung des Menschen in Politik und Gesellschaft, der Moralisierung politischen Handelns und des Aufbaus vielfältiger und pluralistischer Strukturen formulierte Václav Havel in seinem Essay über die *Macht der Ohnmächtigen*. Darin diagnostizierte er eine moralische Krise des Individuums. Die Krise des Individuums mündet jedoch in einer allgemeinen Krise der Gesellschaft, in der die Kluft zwischen den öffentlichen, durch die Ideologie vorgegebenen Zielen und den tatsächlichen gesellschaftlichen Ansprüchen immer größer wird. Obwohl Havel, wie auch andere ostmitteleuropäische Denker, den ausgeklügelten Mechanismus und Perfektionismus des sozialistischen Systems anerkennen, gilt

¹²² Vgl. BUGAJSKI 1987, S. 33ff.

¹²³ Die bis zum Schluss währende Weigerung der Charta, als politische Opposition aufzutreten und politische Alternativen aufzuzeigen, war auch in der Charta selbst heftig umstritten.

¹²⁴ Vgl. THAA 1996, S. 201-204; MÜLLER 1994, S. 55ff.; SKILLING 1989, S. 69ff.

¹²⁵ MICHNIK 1985, S. 15.

¹²⁶ ASH 1990, S. 15.

es so zu leben, *als ob* es Alternativen gäbe, um sich auf diesem Wege die Authentizität des individuellen und gesellschaftlichen Lebens Schritt für Schritt zurückzuerobern. Sobald dieses zunächst vereinzelte *Leben in der Wahrheit* beginnt, sich zu pluralistischen Netzwerken zusammenzufinden, können aus diesen Inseln des gesellschaftlich unabhängigen Lebens dezidiert politische Aktivitäten hervorgehen.

Die Sprengkraft der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie leitete sich zum einen daraus ab, dass sie es vermochte, eine gesellschaftliche Gegenidentität aufzubauen. Zum anderen forderte sie die ideologisch brüchig gewordene Legitimität des Staates heraus und zersetzte sie unbemerkt. Bei allen Differenzen zwischen den verschiedenen ostmitteleuropäischen Denkern besteht ein Konsens über bestimmte Wesensmerkmale der Zivilgesellschaft als Oppositionsstrategie, die sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen und Ungarn grundlegend waren: das Bestreben, selbstverwaltende, von Partei und Staat unabhängige gesellschaftliche Kräfte aufzubauen; ein grundsätzliches Bekenntnis zum Prinzip des Pluralismus und zum Aufbau diskursiver Öffentlichkeiten als gegenidentitäres Prinzip zum totalistischen Staat; die Überzeugung, dass der graduelle Aufbau einer sich selbst organisierenden Zivilgesellschaft bereits unter kommunistischer Herrschaft möglich sei; die Betonung unabhängiger kultureller Aktivitäten, die sich parallel zur offiziellen Zielkultur entwickeln und sich dem Staat auf symbolischer Ebene entgegenstellen, ohne selbst Macht werden zu wollen; ein stark moralisch fundiertes, oft als antipolitisch beschriebenes Selbstbild der Akteure; sowie oftmals eine kritische Haltung gegenüber kapitalistischen Wirtschaftsverfassungen und westlich institutionalisierter Parteiendemokratie, worin wiederum Hoffnungen auf einen dritten, neuen Weg mitschwangen.¹²⁷

Der Aufbau einer moralisch fundierten, antietatistischen Zivilgesellschaft kann in folgende Phasen unterteilt werden.

- I. In einem ersten Schritt wurde die Notwendigkeit der moralischen Befreiung des Individuums aus der sozialen Bewusstseinsspaltung gefordert als Fundierung einer lebensweltlich verankerten Zivilgesellschaft.
- II. Daraus erwuchsen unabhängige Öffentlichkeiten als Grundlegung einer politisch verstandenen Zivilgesellschaft.
- III. Diese politisch verstandene Zivilgesellschaft war in authentisch gesellschaftliche Wertvorstellungen eingebunden und vermochte es, vor allem in Polen, die Gesellschaft gegen das kommunistische Regime gegenidentitär zu mobilisieren und diesem alternative Legitimitätsansprüche entgegenzusetzen. Dies ging jedoch auf Kosten eines stark fundamentalistisch und dualistisch konzipierten Weltbildes.¹²⁸

Diese idealtypisch aufgestellten Phasen der zivilgesellschaftlichen Bewusstwerdung verdeutlichen bereits, dass die zivilgesellschaftliche Oppositionsstrategie sich verschiedener

¹²⁷ Vgl. THAA 1996, S. 164f.

¹²⁸ Vgl. zu diesen Stadien auch: THAA 1996, S. 193f.; KLEIN 2001, S. 37f. und SKILLING 1989, S. 222f.

ideengeschichtlicher Konzepte bediente und sich aus der politischen Konfrontationsstellung zum kommunistischen Staat heraus entwickelte. Das Einklagen schriftlich fixierter Menschen- und Bürgerrechte, wie es sich die Charta 77 zum Ziel gemacht hatte, die scharf postulierte Absetzung vom als feindlich empfundenen Staat sowie der Versuch, eine staatsfreie gesellschaftliche Sphäre zu erkämpfen, erinnert stark an die liberale Vertragstheorie, namentlich John Locke. Im Kern strebten die Mitglieder der Charta 77, explizit Václav Havel, eher eine grundsätzlich republikanische Zivilgesellschaft an, die auf moralische Tugenden der Bürger rekurrierte und eine pluralistisch strukturierte unabhängige Öffentlichkeit anstrebte, die ihren Ausdruck in Netzwerken freiwilliger gesellschaftlicher Zusammenschlüsse fand. Die Zivilgesellschaft sollte somit eine sowohl von der Ökonomie als auch vom Staat abgegrenzte Sphäre sein, in der sich politisches Handeln selbst schon vergesellschaftend auswirkt. Die Zentralität der öffentlichen Sphäre sowie die Herausbildung alternativer Gerechtigkeits- und Legitimitätsprinzipien im Sinne des Republikanismus vermag laut Thaa das Entstehen der Zivilgesellschaften in Ostmitteleuropa als politische Antipoden zum kommunistischen Staat bereits vor dem Einsetzen der sozioökonomischen Transformation allerdings besser zu erklären als die liberale Vertragstheorie.¹²⁹

Der Moralismus der Dissidenten sowie die Weigerung, konkrete politische Alternativen auszuarbeiten, war auch in den Kreisen der Oppositionellen nicht unumstritten. Einige fürchteten, dass das vorsichtige Taktieren der Charta 77 auf dem Gebiet des politischen Dissens in eine Sackgasse von Impotenz führen würde¹³⁰, in der sich die Opposition, als entrückter intellektueller Kreis, zunehmend von der Gesellschaft entfremde. Ash ergänzt zudem, dass die innenpolitischen Analysen der ostmitteleuropäischen Opposition durch eine Vernachlässigung der gesamten materiellen Seite des Lebens gekennzeichnet waren und somit bisweilen die eigentlichen Interessen der Gesellschaft übersahen.¹³¹ Diese Kritik ignoriert jedoch, dass es der Opposition zunächst nicht um die Verteidigung ökonomischer Ressourcen ging, sondern um „kulturelle Entfaltungs- und Sinndeutungsmöglichkeiten“¹³², um moralische, kulturelle und nationale Gegenidentitäten, die das soziale Vakuum der realsozialistischen Gesellschaft füllten und eine neue eigenständige Sphäre von Öffentlichkeit herstellten.¹³³ Ohne diese Form der Sozialintegration wären die Erfolge von Solidarność und der Samtenen Revolution in der ČSSR undenkbar gewesen. Dennoch war es ein den historischen Gegebenheiten geschuldetes Konzept, das seine gesellschaftliche Kohäsionskraft nach dem Kollaps der alten Herrschaftsordnung angesichts der sich radikal wandelnden Umstände schnell verlor. Das Konzept der Zivilgesellschaft unterlag im Rahmen der politisch-gesellschaftlichen Umgestaltung nach 1989 gleichermaßen einem Bedeutungswandel. Anstelle des Aufbaus unabhängiger Öffentlichkeiten rückte mehr und mehr die Notwendigkeit in den Vordergrund,

129 Vgl. THAA 1996, S. 187-190.

130 so etwa BENDA 1991, S. 35-41.

131 Vgl. ASH 1992, S. 216.

132 SCHMIDT 2001, S. 93.

133 Vgl. SCHMIDT 2001, S. 93.

die ökonomischen, soziostrukturellen und kulturellen Voraussetzungen politischer Systeme westlichen Typs zu schaffen.

4 Die Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik nach 1989

Ausgehend von den Mitte der achtziger Jahre initiierten Perestroika-Reformen brachen die kommunistischen Regime der östlichen Hemisphäre eines nach dem anderen wie ein Kartenhaus zusammen. Insbesondere in Polen und der Tschechoslowakei spielte die Zivilbevölkerung eine federführende Rolle bei der Durchführung und Ausgestaltung des Systemumbruchs, so dass der von der Opposition eingeführte Begriff der Zivilgesellschaft zum Leitbegriff der Samtenen Revolutionen avancierte, der den Weg in Richtung Europa und Demokratie ebnen sollte.

Es herrschte sowohl unter östlichen wie auch westlichen Theoretikern die Annahme vor, dass der autoritäre Staat sich lediglich aus den sozialen Bereichen der Gesellschaft zurückziehen brauche, und die Zivilgesellschaft würde sich explosionsartig entfalten.¹³⁴ Das Machtvakuum, das in der Liberalisierungsphase mit dem Schwinden der Institutionen des alten Staates entstand, wurde durch Akteure der Zivilgesellschaft, hauptsächlich vormalige Dissidenten, ausgefüllt. Die Tatsache der plötzlichen politischen Mitgestaltung erzeugte Smolar zufolge die Illusion der „civil society in power“¹³⁵. Die Hochkonjunktur des Konzepts der Zivilgesellschaft ließ nur wenige kritische Stimmen in den Diskurs vordringen. Kritiker wie Smolar, Beyme oder Dahrendorf warnten schon früh, dass das dissidentische Konzept einer moralischen Zivilgesellschaft nach 1989 keine Tragfähigkeit mehr habe. Es sei eine Idee, die den politisch-sozialen Gegebenheiten der damaligen Zeit entsprach.¹³⁶ Die von Havel prognostizierte existentielle Revolution des Menschen und der Gesellschaft blieb aus. Die Samtene Revolution von 1989 war ein politischer Umbruch und keine moralische Transformation. Das was zum Vorschein kam, ironisiert Beyme gar als eine „populistische Entartung“¹³⁷, ein auf die „frühmoderne Konzeption der bürgerlichen Gesellschaft“¹³⁸ reduziertes Konzept der Zivilgesellschaft, das seinen Ausdruck in einer rücksichtslosen „Ellbogengesellschaft“¹³⁹ findet. Sukzessive setzte sich im Laufe der neunziger Jahre die Ansicht durch, dass Zivilgesellschaft weder eine natürliche Folge der Aufhebung des Kommunismus, noch eine Systemalternative zu den liberalen Demokratien ist, sondern mittels externer Unterstützung erst (wieder) aufgebaut werden muss.¹⁴⁰ Der damalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki stellte bereits 1989 fest:

„Notwendig und wichtig ist nicht nur die Abschaffung des Schlechten, sondern auch der Aufbau der Zukunft. Bisher genügte der Widerspruch gegen den Totalitarismus. Jetzt muß man gesellschaftliche Strukturen der Demokratie herausbilden. Bisher redeten wir über die Notwendigkeit des Pluralismus. Jetzt muß man diesen Pluralismus praktizieren können. Bisher richteten wir alles gegen die Gegner; jetzt müssen wir uns selbst an den Werten messen, für die wir uns einsetzen.“¹⁴¹

134 Vgl. MARADA 1997, S. 16.

135 SMOLAR 1996, S. 28.

136 SMOLAR 1996, S. 24-38; BEYME 1994, S. 100-123.

137 BEYME 1996, S. 105.

138 BEYME 1996, S. 105.

139 BEYME 1996, S. 106.

140 Vgl. MARADA 1997, S. 16.

141 Mazowiecki zitiert nach FEIN 1997, S. 34.

Das Ziel eines extern geförderten (Wieder-)Aufbaus der Zivilgesellschaft unterliegt der Prämisse, dass eine vitale Zivilgesellschaft notwendig für die Konsolidierung der Demokratie ist. „Eine freiheitliche Verfassung kann sich nur am Leben erhalten, wenn die Demokratie fest in einer *civil society* verankert ist“¹⁴², betont Dahrendorf. Merkel und Lauth abstrahieren aus der Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft sechs demokratietheoretische Potentiale:

- I. Die Zivilgesellschaft schützt vor Übergriffen des Staates in die Privatsphäre der Bürger.
- II. Sie dient der kritischen Beobachtung und Kontrolle staatlicher Macht.
- III. Im Sinne Tocquevilles ist die Zivilgesellschaft eine Schule der Demokratie und vermittelt über zivilgesellschaftliche Organisationen zivile Tugenden, dient der demokratisch-partizipatorischen Sozialisation sowie der Rekrutierung demokratisch gesinnter Eliten für staatliche Ämter.
- IV. Die Zivilgesellschaft ermöglicht das Handeln im öffentlichen Raum und somit eine ausgewogene Interessenvermittlung.
- V. Sie bezieht verschiedene Schichten und lokale Ebenen in den demokratischen Prozess mit ein.
- VI. Und letztlich trägt eine aktive Zivilgesellschaft zur Zivilisierung der Konfliktaustragung und zur Verinnerlichung ziviler Verhaltensweisen bei und überbrückt somit bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien.¹⁴³

Die Zivilgesellschaft mit ihren idealtypisch angenommenen, demokratietheoretischen Potentialen ist vor allen Dingen eine Analysekategorie, mithilfe derer die Demokratieentwicklung der jungen Demokratien Osteuropas beurteilt wird. Zur Untersuchung zivilgesellschaftlicher Entwicklungen wird meist auf empirisch erfassbare, benachbarte Forschungsgebiete wie die Politische Kultur oder die Dritte-Sektor-Forschung zurückgegriffen, die Aspekte der Zivilgesellschaft umschreiben können.¹⁴⁴

4.1 Die Transformation der Zivilgesellschaft

In den Transformationsprozessen der postkommunistischen Länder wird besonders gut deutlich, wie stark sich in diesem Prozess der radikalen soziopolitischen Veränderung das Konzept sowie Rolle und Funktion der Zivilgesellschaft verändern. Merkel und Lauth haben, in Anlehnung an die Transformationsphasen, versucht, diesen Wandlungsprozess der Zivilgesellschaft in idealtypischen, jedoch dynamisch-offenen Phasen zu konzeptualisieren. Dabei wird deutlich, dass die Zivilgesellschaft, je nach Systemkontext, als Faktor der Veränderung auftritt wie auch Indikator des Wandlungsprozesses ist.

142 DAHRENDORF 1991, S. 257.

143 Vgl. dazu MERKEL 2000, S.; LAUTH 1998, S. 99f.; aber auch FREISE 2004, S. 48 und FEIN 1997, S. 38f.

144 Vgl. FEIN 1997, S. 46.

In der Phase der Liberalisierung des autokratischen Regimes fällt der Zivilgesellschaft die Rolle der Regimeopposition in einem totalitären Staat zu. Sie bildet gegenüber dem Regime eine kooperative, koalitionsfähige und wenig ausdifferenzierte Einheit. Je besser sie es vermag, die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen konfliktübergreifend einzubinden, desto größer ist die Herausforderung für das vorherrschende Regime. Im Sinne des Liberalismus besteht ihre primäre Aufgabe in der Sicherung der Privatsphäre und der negativen Freiheitsrechte. In dieser Phase handelt die Zivilgesellschaft als strategische Zivilgesellschaft.¹⁴⁵ Beispiele hierfür sind die zivilen Oppositionen *Solidarność* und die *Charta 77*.

Mit dem Sturz des totalitären Regimes transformiert sich die strategische Zivilgesellschaft in eine konstruktive Zivilgesellschaft, die verstärkt kommunikative und kooperative Beziehungen mit den noch bestehenden Herrschaftseliten aufbaut, dessen ungeachtet aber den kollektiven Druck aufrecht erhält. Mit der Ablösung der alten Eliten wird ein Teil der zivilgesellschaftlichen Eliten durch das entstandene Machtvakuum von der Politik absorbiert. In dieser Phase darf die Zivilgesellschaft nicht länger Opposition per se sein, sondern sollte sich zudem konstruktiv am Aufbau neuer demokratischer Institutionen beteiligen und hinter den neu etablierten Institutionen zurücktreten. Dabei kommt es auch zur langsamen Ausdifferenzierung politischer Auffassungen, die jedoch in einer zivilen Streitkultur kanalisiert werden sollten. In dieser Phase ist ein enormer Anstieg zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu verzeichnen. Gründe für die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen und den politischen Einfluss der Zivilgesellschaft sind die nachlassenden Repressionen und damit verbundenen Risiken für den Einzelnen, die momentane staatliche Schwäche und der revolutionäre Übergangscharakter, der beträchtliche Handlungsmöglichkeiten in der Politik eröffnet.¹⁴⁶ Dieses Phänomen soll am Beispiel des Bürgerforums später erläutert werden.

Nach Abschluss der Institutionalisierung der Verfassung und der demokratischen Institutionen setzt eine deutliche Abschwungphase ein. Die Demobilisierung der Zivilgesellschaft ist teilweise auch Konsequenz ihres eigenen Erfolgs: Ihre zentralen Forderungen, das Unrechtsregime zu stürzen und die demokratische Staatsform einzuführen, wurden erreicht und die Vertreter der Zivilgesellschaft selbst zum großen Teil vom politischen System absorbiert. Die Verfestigung demokratischer Institutionen und Verfahren sowie das Auftreten von Parteien auf der politischen Bühne begrenzten zusehends die Handlungsspielräume der zivilgesellschaftlichen Akteure und eröffneten neue Formen der Interessenvermittlung. Die politische Wirklichkeit der Transformation, die wirtschaftlichen Härten und enttäuschten Hoffnungen bewirkten des Weiteren ein vermehrtes Desinteresse der Bevölkerung am öffentlichen Leben und einen Rückzug ins Private.¹⁴⁷ Diese Entzauberung der Zivilgesellschaft im Konsolidierungsprozess ist ihre eigentliche Bewährungsprobe, in der das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft neu definiert, die bisher schwach ausgeprägten intermediären

¹⁴⁵ Vgl. MERKEL 1998, S. 8f.

¹⁴⁶ Vgl. MERKEL 1998, S. 9-11; MERKEL 2000, S. 33.

¹⁴⁷ Vgl. MERKEL 2000, S. 33f.

Strukturen verfestigt und die Bürgerpartizipation gesteigert werden müssen, um im Spannungsfeld zivilgesellschaftlichen Handelns und rechtsstaatlicher Vorgaben selbstkritisch und selbstbeschränkend agieren zu können. Voraussetzung dafür ist die Herausbildung einer demokratieförderlichen politischen Kultur sowie die Anerkennung des Staates als Kooperationspartner und Garant rechtsstaatlicher Prinzipien.¹⁴⁸ Diese im Rahmen des demokratischen Konsolidierungsprozesses angestrebte Entwicklung ist in Ostmitteleuropa nicht unproblematisch. Oftmals überlappen sich althergebrachte Verhaltensmuster und Begriffsmantiken älterer gesellschaftlicher Kontexte mit dem Ziel des Aufbaus einer demokratiestützenden Zivilgesellschaft nach westlichem Vorbild. Die Übergänge zur so genannten ambivalenten Zivilgesellschaft, die eben gerade nicht demokratische Tugenden fördert und gesellschaftliche Konflikte durch Interessenvermittlung mildert, sind oftmals fließend.¹⁴⁹ Auch die tschechische Republik befindet sich in einem Stagnationsszenario: zwar ist die Konsolidierung des Systems weit fortgeschritten, die Ausprägung der Zivilgesellschaft jedoch derzeit schwach.

4.1.1 Revolution der Moral – Zivilgesellschaft in der Zeit der Liberalisierung

Der Sturz des Kommunismus in der Tschechoslowakei ist wohl zu einem erheblichen Maße auf exogene Faktoren zurückzuführen: die Perestroika in der UdSSR, die Umbrüche in den Nachbarländern Polen und Ungarn und nicht zuletzt der Fall der Berliner Mauer in der DDR. Nichtsdestotrotz ist ab Herbst 1988 auch in der Tschechoslowakei eine Ausweitung und Politisierung der oppositionellen Basis zu verzeichnen, provoziert durch die unverändert allumfassende Macht der kommunistischen Nomenklatura und inspiriert durch Versprechungen der russischen Perestroika.¹⁵⁰ blieb die Regimeopposition bis Herbst 1988 auf die Charta 77 beschränkt, so entstanden ab diesem Zeitpunkt zahlreiche neue Gruppierungen mit zunehmend konkreten politischen Forderungen.¹⁵¹ Zu den bedeutendsten Akteuren der letzten Monate gehörten die *Bewegung für bürgerliche Freiheit* (HOS = Hnutí za občanskou svobodu), die *Demokratische Initiative* (Demokratická iniciativa), die reformkommunistische Gruppe *Wiedergeburt* (Obroda) sowie die *Unabhängige Friedensorganisation* (Nezavislé mírové sdružení) und die *Tschechischen Kinder* (České děti). Anlässlich des Jahrestags der ersten Tschechoslowakischen Republik formulierte die HOS im Oktober 1988 ein Manifest *Demokratie für alle*, in dem, unter Berufung auf die rechtsstaatliche Tradition der Tschechoslowakei, Voraussetzungen für eine demokratische Staatsordnung skizziert wurden. Dieses Manifest stellte einen Wendepunkt in der Oppositionsarbeit der Zivilgesellschaft dar, da die darin erstmals konkret formulierten politischen Forderungen den Führungsanspruch der kommunistischen Partei offen in Frage stellten. Bezeichnend für das Erwachen der Zivilgesellschaft in den späten Achtzigern ist zudem die Tatsache, dass nun durchgeführte Aktionen nicht

148 Vgl. MERKEL 1998, S. 10f.; FEIN 1997, S. 38.

149 Vgl. MERKEL 1998, S. 12; LAUTH 1998, S. 100 und FEIN 1997, S. 45.

150 Vgl. THAA 1996, S. 246 und 327; MANSFELDOVA 1998, S. 14f.

151 Vgl. THAA 1996f, S. 322ff.; MANSFELDOVA 1998, S. 14f.; MANSFELDOVA 2000, S. 100.

mehr nur in der Verantwortung einiger weniger Intellektueller lagen, sondern von einem Gros der vormals passiv-schweigenden Bevölkerung mitgetragen wurden. Die Anzahl der Samizdat-Publikationen stieg stetig. Selbst die jahrzehntelang aus- und gleichgeschaltete Katholische Kirche meldete sich mit Forderungen nach Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat mit großer Resonanz zu Wort.¹⁵²

Anlässlich des zwanzigsten Todestags von Jan Palach begann die zivilgesellschaftliche Macht ab Januar 1989, sich öffentlich und für jeden sichtbar in Form von Demonstrationen auf die Straße zu verlagern. Weitere Demonstrationen, an denen mitunter hunderttausende Menschen teilnahmen, folgten. Die Partei ging brutal und mit äußerster Härte gegen die Demonstranten vor und zeigte durchweg keinerlei Dialogbereitschaft. Thaa resümiert dazu: „Die samtene Revolution in der Tschechoslowakei ist der geradezu klassische Fall spontaner Entfaltung politischer Macht gegenüber einer durch Gewalt und vorpolitische Akzeptanz zusammengehaltenen Herrschaftsordnung.“¹⁵³ Die Brutalität und Reformangst des Regimes erzeugten bis November 1989 eine Scheinstabilität, welche unter dem Druck der Zivilgesellschaft allerdings schnell bröckelte. Am 17. November 1989 protestierten Studenten in Prag. Spontan entwickelte sich diese Demonstration zu einer Massenkundgebung mit mehr als 50.000 Teilnehmern. Alle zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligten sich an den Demonstrationen, auch die Charta 77, die bis dato direkten politischen Herausforderungen eher skeptisch gegenüber gestanden hatte. Die gemeinsamen Anstrengungen gegen das Regime mündeten am 19. November in der Gründung des *Bürgerforums* (Občanské fórum) als umfassende Organisation der Oppositionsgruppen. Dieses stellte nun seinerseits konkrete Forderungen an die Machthaber, signalisierte jedoch gleichzeitig prinzipielle Dialogbereitschaft. Die Gespräche am Runden Tisch gestalteten sich aufgrund der hartnäckigen Haltung der alten Elite allerdings schwierig. Mit der Bildung einer „Regierung der nationalen Versöhnung“ am 10. Dezember unter maßgeblicher Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Zeiten der Dissidenz und der Wahl Václav Havels zum Staatspräsidenten am 29. Dezember war der Umsturz symbolisch wie auch faktisch besiegt.¹⁵⁴

Das Agieren der tschechoslowakischen Opposition während der Samtenen Revolution entspricht dem der konstruktiven Zivilgesellschaft, die trotz beginnender Ausdifferenzierungen Geschlossenheit und Stärke gegenüber dem Gegner beibehält. Das Bürgerforum bündelte alle Interessen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Die Stärke des Bürgerforums lag gleichwohl nicht nur in seiner Geschlossenheit, sondern ferner in seiner moralischen Überlegenheit, in seiner Dialog- und nicht in seiner Kampfbereitschaft. Die Zivilgesellschaft habe den Staat nicht überwältigt, sondern moralisch entwaffnet und entblößt, konstatiert Thaa. Die moralische Autorität der Opposition, die sich trotz der vormals spärlichen Unterstützung ins Bewusstsein der Bevölkerung eingeprägt hat, spielte dabei eine nicht unwesentliche Rol-

152 Vgl. THAA 1996, S. 322-325; MANSFELDOVA 1998, S. 14f.; MANSFELDOVA 2000, S. 100f.; TŮMA 2004, S. 39; ASH 1990, S. 227-235.

153 THAA 1996, S. 320.

154 Vgl. TŮMA 2004, S. 39ff.; THAA 1996, S. 322-329; MANSFELDOVA 1998, S. 16.

le und trug erheblich zum friedlichen Ablauf des Systemwechsels bei. Laut Thaa beeinflusste diese nun erwachte bürgerliche Identität außerdem das Ausmaß der Demonstrationen, in denen er einen nachgeholten Akt der Selbstreinigung erkennt.¹⁵⁵ Das moralisch fundierte Konzept der Zivilgesellschaft wurde in der Revolution von 1989 zu einem wichtigen Faktor des Umsturzes und bewies, dass „private Überzeugung zur öffentlichen Meinung werden kann. Und dass eine Nation imstande ist, sich vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen“¹⁵⁶. Aufgrund des unerwarteten Erfolgs der Bevölkerung glaubten die Opponenten, dass mit dem Verschwinden des kommunistischen Staates die abgetauchte Zivilgesellschaft sich explosionsartig entfalten würde und feierten die Revolution als Sieg der Zivilgesellschaft.¹⁵⁷

4.1.2 Aufstieg und Niedergang des Bürgerforums in der Zeit der Institutionalisierung

Die Umwandlung des in der Tradition der Antipolitik stehenden Bürgerforums von einer Sammelbewegung sämtlicher oppositioneller Bewegungen in ein ausdifferenziertes Parteiensystem westlichen Standards symbolisiert zugleich die Metamorphose der Zivilgesellschaft.

Die neue politische Elite rekrutierte sich größtenteils aus den Kreisen der Dissidenz. Zivilgesellschaftliche Akteure trafen demnach die ersten wichtigen Entscheidungen und lenkten die Transformation in Richtung Demokratie. Die in hohe Ämter gelangten Dissidenten, wie beispielsweise Präsident Havel oder Außenminister Jiří Dienstbier, erzeugten die Illusion der „civil society in power“¹⁵⁸.

Das Bürgerforum entsprach in der Tat in vielerlei Hinsicht Havels Vorstellungen von Antipolitik und wurde anfänglich als Triumph der Zivilgesellschaft über den autoritären Staat gefeiert.¹⁵⁹ Es war eine eher spontan entstandene Bürgerbewegung, die anfänglich keine politische Bewegung sein wollte, sich folglich auch jeglicher Bürokratie und Hierarchie verweigerte und über keine gewählten Vertretungen verfügte. Sprecher des Bürgerforums wurden Persönlichkeiten, die sich durch ihren Hintergrund und ihre Fähigkeiten auszeichneten. Auf lokaler Ebene gründeten sich zahlreiche kleine Bürgerforen, die mit dem eigentlichen Bürgerforum lose in Verbindung standen, ohne dass für die Gründung eines lokalen Bürgerforums oder für die Zusammenarbeit irgendwelche Regeln bestanden hätten.¹⁶⁰ Das Bürgerforum basierte auf der Idee eines breiten Konsenses, entwickelte jedoch niemals geeignete Mechanismen, um interne Konflikte beizulegen. Mit der begonnenen Transformation hin zu einem demokratischen System und Marktwirtschaft mussten erstmals Entscheidungen getroffen werden, die kontroverse Meinungen provozierten. Der Konsens wurde brüchig. So-

155 Vgl. THAA 1996, S. 328-335.

156 ASH 1990, S. 71.

157 Vgl. MARADA 1997, S. 16.

158 SMOLAR 1996, S. 28.

159 In dieser Funktion wurde das Bürgerforum auch bei den ersten freien Wahlen, die eher den Charakter eines Volksreferendums hatten, im Juni 1990 mit 51% der Stimmen bestätigt; vgl. MYANT 2005, S. 253f.

160 Vgl. MARADA 1997, S. 12f.; TUCKER 2000, S. 427.

wohl über die wirtschaftliche Transformation des Landes als auch über die politische Identität des Bürgerforums selbst bestanden Uneinigkeiten. Eine Fraktion um Wirtschaftsminister Václav Klaus propagierte eine schnellstmögliche Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft sowie die Umwandlung des Bürgerforums in ein Mehrparteiensystem. Die andere, bestehend aus ehemaligen Dissidenten, wollte den offenen und spontanen Charakter des Bürgerforums als Verkörperung der Zivilgesellschaft beibehalten. Ihre Opposition richtete sich nun nicht mehr gegen den Staat als solchen, sondern gegen die Institution der politischen Partei. In diesem grundlegenden Konflikt, der das Bürgerforum zeit seiner Existenz beherrschte, ging es somit um nicht mehr und nicht weniger als die Organisation des Politischen an sich, um das Verhältnis von Repräsentation durch Parteien und Partizipation in Form von offen zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Die Auseinandersetzung im Bürgerforum zwischen Anhängern einer repräsentativen Demokratie und Befürwortern der Antipolitik erinnert stark an Hannah Arendts Schilderungen über die Rätepolitik in revolutionären Übergangsphasen in ihrem Werk *Über die Revolution*. Die spontan entstandenen, nicht hierarchisch organisierten Räte funktionieren ganz im Sinne eines antiken Politikverständnisses auf Basis einer durch gemeinschaftliches Handeln kommunikativ generierten Macht. Doch auch Arendt betrachtet die Umwandlung in ein hierarchisch und bürokratisch gegliedertes Parteiensystem als unumgänglich in einem Nationalstaat, dessen politischer Mittelpunkt der Staat ist.¹⁶¹

Die vorherrschenden Ambivalenzen und praktischen Probleme, die das Bürgerforum in sich vereinte, provozierten den Niedergang der Antipolitik. Aufgrund seiner Unentschlossenheit und des schwergängigen Entscheidungsfindungsprozesses, der konkurrierenden Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Foren und der nicht transparenten Entscheidungen verlor das Bürgerforum in der Öffentlichkeit zusehends an Popularität. Die Medien forderten offen dessen Transformation in eine Partei.¹⁶² Auch in den Kreisen der ehemaligen Dissidenz stieß das Bürgerforum auf Kritik. Václav Bělohradský, ehemaliger Charta-Aktivist und Philosoph, dessen Schriften u.a. Václav Havel als Inspiration dienten, unterschied diesbezüglich zwischen einem Regimewechsel und einem Regierungswechsel: Das Bürgerforum sei eine Bewegung, die einen Regimewechsel evoziert habe, als solche könne sie keine Regierung werden.¹⁶³ Je mehr Staatsaktivitäten das Bürgerforum übernahm, desto mehr traten interne Spannungen zum Vorschein, die dazu führten, dass das Bürgerforum sich sukzessive in eine große, parteiähnliche Organisation verwandelte. Die Dezentralisierung wurde zurückgefahren und die lokalen Foren in ihren Funktionen eingeschränkt bzw. zugunsten konventioneller Institutionen der Interessenvermittlung wie Gewerkschaften oder Lokalregierungen aufgelöst. Bei einem Kongress des Bürgerforums am 13.10.1990 fand erstmals eine Wahl um den Vorsitz des Bürgerforums statt, aus der Václav Klaus mit einer knappen Mehrheit als

¹⁶¹ Vgl. zum Bürgerforum MARADA 1997, S. 11ff.; TUCKER 2000, S. 428ff.

¹⁶² Vgl. MARADA 1997, S. 12f.; TUCKER 2000, S. 428-431.

¹⁶³ Vgl. TUCKER 2000, S. 428.

Sieger hervorging. Damit stimmte die Mehrheit des Bürgerforums zugleich für eine rechts-konservative Politik und die Transformation zum Parteiensystem, für das Klaus stand. Am 25.02.1991 folgte die Desintegration des Bürgerforums, und es entstand ein Mehrparteiensystem. Klaus und seine Anhänger gründeten die rechts-konservative ODS (Občanská demokratická strana = demokratische Bürgerpartei), wohingegen die Anhänger der Antipolitik die OH (Občanské hnutí = Bürgerbewegung) gründeten. Präsident Havel blieb in seiner Ablehnung gegenüber der konventionellen Parteipolitik parteilos. Dass die Antipolitik und die damit verbundenen Vorstellungen von einer moralischen Zivilgesellschaft als mögliche Alternative zu einem parteiendominierten System jedoch keine Basis mehr in der Zivilbevölkerung hatten, bewies die zweite Wahl im Juni 1992, bei der die OH nicht einmal mehr die 5%-Hürde nahm, die ODS hingegen als Sieger hervorging.¹⁶⁴

Im kurzem Zeitraum der Jahre 1990-1992 war der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft am größten. Die Zahl der Vereine stieg in dieser Zeit sprunghaft an. Die lokalen Bürgerforen boten genügend Raum für politische Beteiligung der Bürger. Die herrschende Elite war sehr empfänglich für Kooperation mit Institutionen der Zivilgesellschaft. Eine Teilnehmerin resümiert rückblickend: „Aus politischer Sicht kam der Zivilgesellschaft am meisten die Zeit zwischen 1990 und 1992 zugute. [...] Das war eine sehr euphorische und idealistische Zeit, die günstig war für alles Neue und Bunte.“¹⁶⁵ Das Konzept der Zivilgesellschaft im Sinne der Antipolitik wurde in dieser Periode indes stark politisiert und teilweise gar als machbare Systemalternative aufgefasst. Diese Annahme wurde durch den Niedergang des Bürgerforums widerlegt.

4.1.3 Zivilgesellschaft im Wandel zur Zeit der Konsolidierung

Mit der Etablierung des Parteiensystems und der Einengung des Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Akteure bedurfte das Verhältnis Staat-Zivilgesellschaft der Neudefinition. Insbesondere Präsident Havel machte es zu einem prominenten Thema der politischen Debatte. In einer 1994 stattfindenden Fernsehdiskussion mit Ministerpräsident Václav Klaus kritisierte er dessen autoritären Regierungsstil und forderte eine stärkere Einbeziehung lokaler und zivilgesellschaftlicher Ressourcen. „We find ourselves at an intersection that presses us to consider, once again, the character of the state we have created.“¹⁶⁶ In den folgenden Streitgesprächen zwischen Klaus und Havel, die Klaus als den Kampf zwischen zwei Weltansichten¹⁶⁷ charakterisierte, ging es um nicht mehr und nicht weniger als um die Bestimmung zentraler Begriffe wie Freiheit und Demokratie, die durch das Prisma der Zivilgesellschaft betrachtet wurden. Dies gleicht mitunter einer Suchbewegung, in der der Versuch un-

164 Vgl. TUCKER 2000, S. 430-433; MYANT 2005, S. 255f.

165 Dr. Hana Frištenská zitiert nach HUSTER 2005, S. 81.

166 HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 12.

167 Vgl. PONTUSO 2002, S. 160.

ternommen wird, neue Wege einzuschlagen, ohne ehemalige Ideen und Erfahrungen aus den Augen zu verlieren.

4.1.3.1 Dualismus der Konzepte

4.1.3.1.1 Václav Havels Moralismus

Ausgangspunkt der semantischen Neubewertung von Rolle und Funktion der Zivilgesellschaft war Havels Neujahrsrede von 1994. Darin machte er deutlich, dass die grundlegenden Institutionen der Demokratie geschaffen worden seien und dass es nun darum gehe, diejenigen Institutionen politisch zu fördern, welche zwischen Gesellschaft und Staat vermitteln. Mit anderen Worten forderte Havel den (Wieder-)Aufbau der Zivilgesellschaft mithilfe staatlicher Einrichtungen, d.h. konkrete legislative und exekutive Schritte, um erstens den so genannten Dritten Sektor zu fördern, zweitens die lokale Ebene und die öffentliche Verwaltung zu dezentralisieren und drittens die Kooperation mit Institutionen der Interessenvermittlung wie Gewerkschaften und Berufskammern auszubauen.¹⁶⁸

Dem geht die Erkenntnis voraus, dass die Zivilgesellschaft mit Aufhebung des kommunistischen Regimes nicht automatisch entstanden, sondern dass vielmehr ein Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen und bürgerlichem Bewusstsein zu verzeichnen ist. Angesichts der verbreiteten gesellschaftlichen Apathie und dem tief liegenden Misstrauen gegenüber der politischen Öffentlichkeit zeigt sich Havel besorgt über die anhaltende Spaltung der Gesellschaft in Machthabende und Machtlose. Havel zufolge sei der Mensch komplexer als das „rational-choice“-Modell, das von der ODS propagiert wurde. Der Mensch strebe nach Gesellschaft, menschlicher Anerkennung und Prinzipien, die über das materielle Wohlergehen hinauswachsen.¹⁶⁹

„Civil society enables people to realize themselves truly and entirely as the beings that they potentially are, that is, as the species called *zoon politikon*, or social animal. Human beings are not only manufacturers, profit-makers or consumers. They are [...] creatures who want to be with others, who yearn for [...] cooperation, who want to participate in the life of a group [...] and who want to influence that which happens around them [...]. People desire to be appreciated for that which they give to the environment around them.“¹⁷⁰

Zivilgesellschaft kann somit dieser Raum sein, in dem Individuen ihren natürlichen Bedürfnissen nach gesellschaftlicher Gemeinschaft und Assoziation nachgehen und auf diesem Wege ihre Umwelt mitgestalten können.

“What is a civil society? I think it is a society with a large measure of self-government, where citizens assume their role in public affairs. Citizens must shoulder their share of responsibility for social development. Civil society is a social space that fosters the feeling of solidarity between people and love for one’s community. There are various minority needs that a representative democracy cannot, in its present form, safeguard. Civil society encourages ordinary people to participate in government, thereby strengthening relations between citizens and their state.“¹⁷¹

¹⁶⁸ Vgl. MARADA 1997, S. 14ff.; HUSTER 2005, S. 70.

¹⁶⁹ Vgl. PONTUSO 2002, S. 159-165.

¹⁷⁰ Václav Havel zitiert nach PONTUSO 2002, S. 160.

¹⁷¹ HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 18.

Im Sinne Tocquevilles erzeugen zivilgesellschaftliche Assoziationen demnach die für die Konsolidierung der Demokratie notwendigen zivilen Tugenden wie etwa gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein und fördern die Interessenvertretung auch unterrepräsentierter Gruppen im Staat. „This kind of civil society bring with it [sic!], essentially, a twofold impact: firstly, it allows a human being to develop all of the facets of human personality, including that which makes a person a social animal, desirous of taking part in the life of his or her community; secondly, it constitutes a true guarantee of political stability.“¹⁷² Zivilgesellschaft ist somit einerseits wichtig für die freie Entwicklung und Entfaltung des Individuums, andererseits verbessert sie auch die Konsolidierungschancen einer Demokratie.

Ausgehend von diesen Prämissen kritisiert Havel die Politik der ODS unter der Führung von Václav Klaus scharf, die gegenüber Akteuren der Zivilgesellschaft eine durchweg negative Grundhaltung einnimmt, sich jeglicher Kooperation verweigert, damit aber die Grundlagen der Demokratie an sich in Frage stellt, da Politik für Havel nicht nur über Repräsentation, sondern auch durch Partizipation, d.h. gemeinsames Handeln der Bürger, definiert wird.

“[...] under the motto ‘the citizen and the state’, the citizen was thrown into a hopeless solitude. [...] Consequently, all that was left between the citizen and the state was a party with a capital P. What I most blame them for is an apathetic, or almost hostile attitude, toward everything that bears even a distant resemblance to a civil society, or that which could create it.“¹⁷³

“I do not approve of political parties behaving as if they possess a monopoly on knowledge, truth, and the solutions to problems. I do not think that parties should be an end upon themselves [...] Parties should listen to the multifaced opinions of a pluralistic civil society.“¹⁷⁴

Havels Politikverständnis stand anfangs noch sehr in der Tradition der Antipolitik, so dass er unter Demokratie vor allem eine Lebensart verstand, die ihren Wert immer wieder aus der Spontanität bürgerlicher Arrangements gewinnt und sich gegen formalisierte Beziehungen wendet. Havel rückte jedoch während seiner Präsidentschaft schrittweise von dieser Sichtweise ab und erkannte neben der Bedeutung der Bürgerpartizipation auch den Wert demokratischer Institutionen an.¹⁷⁵ In seinen Buch *Sommermeditationen* räumt er ein:

„Die Vereinigung von Bürgern in unterschiedlichsten Organisationen, [...] ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil und existentielle Voraussetzung jeder strukturierten zivilisierten Gesellschaft [...]. Eine Art Höhepunkt dieser Vereinigungen – und zugleich ein nicht wegzudenkender Bestandteil der modernen Demokratie und Ausdruck der Meinungsvielfalt – ist die Vereinigung in politischen Parteien. Ohne sie kann man sich eine funktionierende demokratische Gesellschaft wahrhaftig kaum vorstellen.“¹⁷⁶

Dennoch lebt das Bild einer antipolitischen Zivilgesellschaft in den Köpfen vieler Akteure der Politik und Zivilgesellschaft weiter.

4.1.3.1.2 Václav Klaus' Pragmatismus

Der Pragmatiker Klaus dagegen lehnt das Konzept der Zivilgesellschaft von vornherein ab. „It's not clear what the concept of civil society means – there is a state on one side and the

172 Václav Havel zitiert nach POTŮČEK 2000, S. 112.

173 Václav Havel zitiert nach POTŮČEK 2000, S. 112.

174 HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 15.

175 MANSFELDOVA 199 8, S. 18; MANSFELDOVA 2000, S. 106; HUSTER 2005, S. 70-83; DVOŘÁKOVÁ 2003, S. 138ff.

176 HAVEL 1992, S. 50f.

citizen on the other and nothing in between.”¹⁷⁷ Mehr noch, er polemisiert und polarisiert die Idee der Zivilgesellschaft, vertreten durch die Anhänger der linken Opposition, und rückt sie in die Nähe einer wirklichkeitsfremden neuen Ideologie, welche die erkämpften Errungenschaften von Freiheit und Demokratie in Frage stellt.

“It seems to me that this ethical universalism, which aspires to the role of a new contemporary religion. [...] They see the existing situation differently as regards the possible mechanisms for changing reality. [...] They rely on a view of the elementary determinants of human behavior that refuses to accept as a starting point the fact that man is an autonomous, rational individual fighting for his own interests. They consider the defense of such a view as an expression of cultural and moral relativism, as subjectivism and worthless nihilism. They see man and world differently than does standard social science. [...] They have a certain feeling of superiority, a feeling that they know best. That is why they think they can and should advise others on what is good, both morally and socially. They believe in the necessity of this method of influencing others behavior.”¹⁷⁸

Die Idee der Zivilgesellschaft, die von Präsident Havel und seinen Anhängern propagiert wird, ist Klaus zufolge ein unrealistisches, entrücktes und elitäres Projekt. “[In the elections] we voted for something else. We voted for a democratic society whose bedrock is individual freedom.”¹⁷⁹ Zivilgesellschaftliche Akteure haben demnach für Klaus keinerlei Legitimität, sich politisch zu engagieren und bedürfen deswegen keiner besonderen Förderung. „It’s a mistake, however, to think that nonprofit organizations are something better than organizations making profit [...] The government should not have to pass laws protecting such institutions.“¹⁸⁰ Klaus verfolgte die Vision einer Gesellschaft freier Bürger und leugnete die Existenz kollektiver Interessen. Die Kombination aus einer Marktwirtschaft ohne Attribute und einer parlamentarischen Demokratie sei Klaus zufolge ausreichend, um die Bedürfnisse der Individuen zu befriedigen und ihnen ein Maximum an Freiheit und Wohlstand zu bescheren. Die von Havel erwünschte Dezentralisierung und Regionalisierung der tschechischen Politik lehnte er ab aus Angst, dies gefährde die begonnenen Wirtschaftsreformen. Zudem sei diese Art der Politik in der tschechischen Bevölkerung nicht historisch verankert. Die Kooperation zwischen den Staatsorganen und den zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Interessenverbänden wurde auf ein Minimum reduziert, wichtige Gesetzesinitiativen, um den rechtlichen Status quo von Nonprofit-Organisationen und Stiftungen zu regeln bzw. zu verbessern, wurden auf Eis gelegt und die Arbeit des *Rates für ökonomische und soziale Vereinbarung*¹⁸¹ immer wieder blockiert. Hinter dieser strikten Ablehnung stand auch die Angst, zivilgesellschaftliche, von Klaus als linke Oppositionelle abgestempelte Akteure könnten negativen Einfluss auf das maßgeblich von ihm vorgegebene politische Geschehen nehmen. Indem er die Parteien als einzig legitimierte demokratische Akteure der Interessenvermittlung betrachtete, bediente er sich gleichzeitig althergebrachter, obrigkeitshöriger Verhaltensmuster.¹⁸² Erst mit dem Rücktritt von Václav Klaus¹⁸³ am 30.11.1997 und dem Wechsel zu einer

177 Václav Klaus zitiert nach DVOŘÁKOVÁ 2003, S. 137.

178 HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 16.

179 HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 18.

180 HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 19.

181 Ein tripartistisches Organ mit Teilnehmern von Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, das auf föderaler wie auch nationaler Ebene im Stile konzertierter Aktionen tätig wurde.

182 Vgl. HUSTER 2005, S. 70-83; FAGAN 2003, S. 55f.; DVOŘÁKOVÁ 2003, S. 138ff.; MYANT 2005, S. 257-260; PONTUSO 2002, S. 153-162.

183 aufgrund einer Korruptionsaffäre

sozialdemokratischen Regierung kam es zur Verbesserung des Verhältnisses zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Staat. In dieser Zeit wurde auch die Stellung von Nonprofit-Organisationen und Stiftungen rechtlich festgelegt, woraufhin in den Jahren zwischen 1997 und 2000 nochmals ein rapider Anstieg an zugelassenen Nonprofit-Organisationen zu verzeichnen ist.¹⁸⁴

Die Debatte zwischen Havel und Klaus ist einerseits positiv zu bewerten, da sie den Begriff der Zivilgesellschaft und seine Bedeutung für die demokratische Transition in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückte. Andererseits berichten Zeitgenossen: „Die gesamte Debatte bei uns ist sehr schematisiert und vereinfacht und keine Seite ist bereit, der jeweils anderen zuzuhören. Das führt zu einem schrecklichen Wirrwarr der Begriffe, die dann zu eigenen Gunsten instrumentalisiert werden.“¹⁸⁵ Die Akteure der Zivilgesellschaft in Tschechien gruppieren sich demzufolge bis heute entlang der zwei Extrempole Havel und Klaus. So wird bis heute beispielsweise zwischen denjenigen Nonprofit-Organisationen, die im Wesentlichen soziale Dienstleistungen anbieten, und genuin zivilgesellschaftlichen Organisationen in Havels Verständnis unterschieden.¹⁸⁶

Die starke Polarisierung zivilgesellschaftlicher Ansichten und Organisationen erwies sich sowohl für die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft, insbesondere die des Dritten Sektors, als auch für das Entstehen einer zivilgesellschaftlicher Partizipation zugeneigten politischen Kultur als hinderlich. Václav Havel artikulierte sicherlich das profundere und umfassendere Verständnis von Demokratie und der Rolle der Zivilgesellschaft darin. Sein großer Verdienst liegt insbesondere darin, dass er den Terminus Zivilgesellschaft als regulative Idee der Demokratie überhaupt wieder in die öffentliche Diskussion einführte, damit auf vorhandene Probleme in der Gesellschaft und in der Regierungspolitik hinwies und auf diese Weise nicht nur zu einer Sensibilisierung zivilgesellschaftlicher Anliegen beitrug, sondern half, den autoritären Regierungsstil von Klaus zu diskreditieren und zu seinem Sturz beizutragen.¹⁸⁷ Havels Positionen fanden jedoch vor allem Anklang bei linksorientierten Intellektuellen, weniger in der Bevölkerung, und standen somit in der elitär-isolierten Tradition der Charta 77. Selbst Petr Pithart¹⁸⁸ kritisierte, dass Havel sich zu stark moralisierend in zu viele Themen des Politikalltags einmischte, dabei aber weniger auf die Bedeutung ordentlich funktionierender Institutionen verwies, sondern die ethische Dimension in den Vordergrund rückte.¹⁸⁹ Obwohl Havel sein Verständnis von Zivilgesellschaft und Demokratie mit der neuen politischen Situation allmählich veränderte und die Notwendigkeit demokratischer Institutionen später durchaus anerkannte, vermittelte er allzu oft den Eindruck, dass Zivilgesellschaft eine Alternative zum existierenden politischen System sei.¹⁹⁰ Prämissen der Antipolitik, wie die Betonung zi-

184 Vgl. HUSTER 2005, S. 80f.; TUCKER 2000, S. 434f.

185 David Stulík zitiert nach HUSTER 2005, S. 77.

186 Vgl. ZIMMER 2004, S. 73.

187 Vgl. HUSTER 2005, S. 76f.; MYANT 2005, S. 262f.

188 ehemaliger Charta-Aktivist und Ministerpräsident der Tschechoslowakei in den Jahren 1990-92

189 Vgl. HAVEL/KLAUS/PITHART 1996, S. 22.

190 Vgl. HUSTER 2005, S. 70.f

vilgesellschaftlicher Spontanität fernab institutioneller Strukturierung, die Konsensorientierung ohne konfliktvermittelnde Mechanismen, die Orientierung an moralischen, teilweise realitätsentrückten Werten sowie die nicht aufgegebene Konfrontationshaltung zum Staat wirken in einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen fort und behindern die Festigung des zivilgesellschaftlichen Sektors. Dvořáková weiß dies in ihren Darstellungen über die tschechischen Bürgerinitiativen *Impulse 99* und *Danke, tretet ab* (Děkujeme, odejděte) aufzuzeigen. Beide Initiativen gründeten sich gegen Ende der neunziger Jahre mit dem Ziel, die politische Situation zu kritisieren und einen gesellschaftlichen Dialog darüber aufzubauen. Beide standen in ihren Vorstellungen Václav Havel sehr nahe, setzten sich aber ansonsten aus Menschen unterschiedlicher Ideen und Hintergründe zusammen. Sie kritisierten die amtierende Regierung schlechthin, ohne positive Entwicklungen zu würdigen und konstruktive Vorschläge zu machen. Nach anfänglichen Erfolgen vermochten beide Gruppen es aufgrund ihrer Uneinigkeit und Unstrukturiertheit nicht, die durchaus vorhandene Unterstützung in der Bevölkerung dauerhaft zu binden. Dvořáková bemerkt, dass sie zwar in der Bevölkerung einen Kern der Frustration ausmachten, nämlich Enttäuschung über die tief sitzende Distanz zwischen Staat und Gesellschaft und über selbstherrliche Entscheidungen der Parteien, aber durch ihr erfolg- und zielloses Agieren eher noch die Frustration in der Bevölkerung hinsichtlich ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten verstärkten.¹⁹¹

Während Havel und seinen Anhängern mitunter noch althergebrachte Vorstellungen von Zivilgesellschaft anhafteten, verfolgte Klaus eine Politik, die in vielerlei Hinsicht die absolute Antithese zum kommunistischen Regime war. Er negierte grundsätzlich kollektive Interessen, betrachtete die Parteien als einzig legitimes Instrument der politischen Bürgerpartizipation und favorisierte ansonsten die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch marktwirtschaftliche Mechanismen. Dennoch glich gerade die ODS einer Kaderpartei, die sich maßgeblich auf die dominante Persönlichkeit von Klaus berief. Sein autoritärer Politikstil stieß auf eine obrigkeitshörige und desintegrierte Gesellschaft. Die Popularität von Klaus basierte primär auf den Erfolgen der Wirtschaftstransformation.¹⁹² Die Entwicklung des Dritten Sektors stagnierte während seiner Regierungszeit, und eine kooperative und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staatsebene und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen konnte sich kaum entwickeln. Rechtliche Rahmenbedingungen sowie die Dezentralisierung von Verwaltung und Politik wurden immer wieder aufgeschoben.

Trotz Verbesserungen in den Beziehungen Staat-Zivilgesellschaft in den letzten Jahren sind beide Ansätze immer noch präsent. Die Zivilgesellschaft ist im Verhältnis zu den Parteien weiterhin schwach. Potůček und Dvořáková befürchten gar als Folge dessen eine weitere Atomisierung der Gesellschaft und eine totale Trennung zwischen sozialer und politischer Sphäre, zwischen politischen Eliten und Gesellschaft.¹⁹³

191 Vgl. DVOŘÁKOVÁ 2003, S. 134-156; weitere Hintergrundinformationen stehen außerdem bei STRÖBINGER 2001, S. 97-102.

192 Vgl. MYANT 2005, S. 257.; HUSTER 2005, S. 74ff.; SEGERT 2001, S. 9ff.

193 Vgl. DVOŘÁKOVÁ 2003, S. 139; POTŮČEK 2000, S. 110f.

4.1.3.2 Zivilgesellschaftliche Entwicklungen im Dritten Sektor

Der Nonprofit-Sektor oder auch Dritte Sektor ist der institutionalisierte Ausdruck der Zivilgesellschaft. Beide Bezeichnungen verdeutlichen die Abgrenzung von staatlichem Handeln einerseits und vom profitorientierten Markt andererseits.¹⁹⁴ Gemäß der gängigen Definition der John Hopkins Universität gehören Organisationen dem Dritten Sektor an, „wenn sie erstens eine formale Strukturierung aufweisen, zweitens organisatorisch unabhängig vom Staat sind, drittens keine Gewinnorientierung aufweisen, viertens über eine eigenständige Verwaltung verfügen, fünftens keine Zwangsverbände darstellen und sich schließlich zumindest anteilsweise durch freiwilliges Engagement und/oder Spenden tragen.“¹⁹⁵

Der Dritte Sektor erfüllt in modernen Gesellschaften mehrere Funktionen, wirtschaftliche, soziale und politische. Er unterstützt politische Prozesse und Institutionen, indem er die Bedürfnisse der Gesellschaft interpretiert und aufnimmt, sie in politische Forderungen umwandelt und in den politischen Prozess einbringt. Die Verbindung von Zivilgesellschaft und dem Dritten Sektor erkannte prinzipiell bereits Tocqueville, indem er das zivilgesellschaftliche Potential gesellschaftlicher Vereine und Netzwerke herausstellte. Neo-tocquevillesche Ansätze heben insbesondere die Herausbildung von interpersonalem Vertrauen, die Unterstützung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen sowie bürgerschaftliches Engagement hervor. Das in solchen Vereinigungen erzeugte Sozialkapital und gemeinschaftliche Verantwortungsgefühl kann zur sozialen Kohäsion und Stabilität des Systems beitragen.¹⁹⁶

Der Dritte Sektor bedarf rechtlicher Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von Nonprofit-Organisationen zum Staat und zur Wirtschaft bestimmen. Schrittweise wurden diese Rechtsgrundlagen in der Tschechischen Republik geschaffen, auch wenn es unter der Regierung Klaus bis 1997 zu einigen Verzögerungen kam. Die Tschechische Republik ist ein demokratischer Rechtsstaat, der die grundlegenden Bürger- und Menschenrechte achtet. Erst im Jahre 1997 wurden jedoch Rechtsakte erlassen, die die rechtliche Stellung von Vereinen und Stiftungen konkretisierten.¹⁹⁷

Neben den üblichen zivilgesellschaftlichen Organisationstypen (Vereine, kirchliche Organisationen, Stiftungen) können für Tschechien noch zwei Arten von Organisationen unterschieden werden: zum einen die Nachfolger sozialistischer Vorfeldorganisationen (vor allem Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Sport- und Freizeitvereine) und zum zweiten neu gegründete Organisationen (vor allem Vereine), die in Tschechien 75% des Sektors umfassen. Dennoch sind die ehemaligen Vorfeldorganisationen von größerer Bedeutung, da sie über mehr Mitglieder und Gelder sowie bessere infrastrukturelle Ressourcen und Kontakte zu Politikern verfügen.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Vgl. OSTERMANN 2006, S. 21.

¹⁹⁵ FREISE 2004, 51.

¹⁹⁶ Vgl. FREISE 2004, S. 54ff.; OSTERMANN 2006, S. 23; POTÚČEK 2000, S. 109.

¹⁹⁷ Vgl. HUSTER 2005, S. 80f.

¹⁹⁸ Vgl. FRIČ 2004, S. 606f.; OSTERMANN 2006, S. 31; KUBIK 2000, S. 185; FREISE 2004, S. 84f.

Die Entwicklung des Dritten Sektors in Tschechien entspricht Merkels Phasen über den Auf- und Abschwung der Zivilgesellschaft. Gab es 1989 noch weniger als 2000 registrierte Non-profit-Organisationen, so wuchs diese Zahl später signifikant an. 1992 befanden sich in der Tschechischen Republik 20.000 registrierte Nonprofit-Organisationen, 1998 schon 40.000 und im Jahre 2002 über 46.000. Der rapide Anstieg in den Jahren 1990 bis 1992 ist mit dem vorhandenen politischen Machtvakuum, den neuen politischen Freiheiten sowie mit der Kooperationsbereitschaft der damaligen Regierung zu erklären.¹⁹⁹ In den neunziger Jahren begann das Wachstum des Dritten Sektors zu stagnieren. Zum einen setzte ein gewisser Sättigungsprozess ein, zum anderen dämpften die unkooperative wenn nicht sogar feindselige Politik der Regierung Klaus sowie die 1995 einsetzende wirtschaftliche Rezession das Wachstum des Sektors. Mit der Überwindung der wirtschaftlichen Krise sowie der verbesserten rechtlichen Stellung ab dem Jahre 1997 ist nochmals ein gewisser Anstieg von Neugründungen zwischen 1997 und 2000 zu verzeichnen. Seit 2001 ist die Anzahl der amtlich registrierten Vereine erstmals wieder rückläufig.²⁰⁰ Trotz der ansehnlichen Entwicklung des Dritten Sektors seit 1989 stagnierte das Wachstum auf einem, besonders im Vergleich mit westlichen Ländern, niedrigen Niveau. Die Vereinsdichte ist gering, die meisten Vereine sind relativ mitgliederschwach. Insgesamt ist die organisatorische Einbindung von 76,1% auf 51,9% zurückgegangen. Zwar ist dies Ausdruck eines natürlichen Gesundschrumpfens des Sektors, der anfänglich noch an den Hinterlassenschaften des alten Regimes trug, doch spiegelt sich darin ein zunehmendes Desinteresse der Bevölkerung an der organisierten Teilnahme am öffentlichen Leben wider.²⁰¹

Neben den bis 1997 relativ ungünstigen Bedingungen ist der Dritte Sektor durch eine infrastrukturelle wie auch ideelle Kluft zwischen „alten“ und „neuen“ Organisationen geprägt. Die „alten“ Organisationen pflegen weiterhin ihre erhalten gebliebenen, guten Beziehungen zu den öffentlichen Institutionen und akquirieren somit einen Großteil der öffentlichen Fördermittel. Die „neuen“ Organisationen hingegen sind auf Mitgliedsbeiträge oder selbst erwirtschaftete Mittel angewiesen.²⁰² Frič weist auf die Problematik hin, dass diese zwei Organisationsformen in zwei unterschiedlichen Welten existieren und sich vollkommen in ihrer Wahrnehmung über ihre Rolle in der Gesellschaft und ihrem Verständnis von Zivilgesellschaft unterscheiden. Die „alten“ Organisationen umfassen in Bezug auf Mitglieder den Großteil des Sektors und sind vornehmlich in nicht-politischen, traditionellen Bereichen wie Sport, Erholung und Freizeit aktiv. Die „neuen“ Organisationen engagieren sich meist in den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Soziales, sind jedoch mitgliederschwach und finanziell oftmals abhängig von instabiler Förderung aus dem Ausland. Sie haben eine aktive Herangehensweise an bürgerliches Engagement, stehen ideell den Ideen Havels nahe und fühlen

199 Vgl. POTŮČEK 2000, S. 114; FRIČ 2004, S. 607.

200 Vgl. FRIČ 2004, S. 613; POTŮČEK 2000, S. 113; HUSTER 2005, S. 78-82; FREISE 2004, S. 86.

201 Vgl. FREISE 2004, S. 86-90; BENDEL 1998, S. 47.

202 Vgl. FREISE 2004, S. 95; FRIČ 2004, S. 619.

sich den „Alten“ moralisch überlegen.²⁰³ Die Kluft zwischen den einzelnen Organisationen bewirkte unter anderem, dass es bis heute keine funktionierende Dachorganisation mit einem Mandat, den Sektor zu repräsentieren, gibt. Die Heterogenität der Interessen und mangelnde Professionalität führten dazu, dass sich der Dritte Sektor selbst ins politische Abseits manövrierte.²⁰⁴

Die Möglichkeiten des Einflusses auf die öffentliche Politik sind daher bislang bescheiden und beschränken sich auf Ausnutzung informeller Kontakte und Lobbying. Die ablehnende Haltung der Politik gegenüber den Diensten von Nonprofit-Organisationen beginnt erst seit kurzem aufzuweichen, als eine Art „schleichende Inbetriebnahme“²⁰⁵ der Zusammenarbeit. Dabei ist auch von Seiten des Staates ein kooperatives Verhältnis zwischen Staat und Drittem Sektor durchaus erstrebenswert, da viele staatliche Probleme nicht mehr ohne Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure gelöst werden können. Hierin offenbart sich aber das Paradox der gleichzeitigen Schwäche und Stärke des postkommunistischen Staates: er ist in einigen Politikfeldern nicht mehr in der Lage, die früheren Aufgaben zu übernehmen; andererseits haftet ihm immer noch das Erbe des omnipotenten sozialistischen zentral organisierten Sozialstaates an. Die Dekonzentrierung und Auslagerung staatlicher Macht werden sowohl durch den Selbsterhaltungstrieb staatlicher Einrichtungen wie auch durch die fortbestehende Staatszentriertheit der Bürger und deren Ansprüche an den Staat behindert.²⁰⁶

4.1.3.3 Zivilgesellschaft und Politische Kultur

Maßgeblichen Einfluss auf den Zustand des Dritten Sektors und der Zivilgesellschaft haben die Einstellungen der Gesellschaft diesen gegenüber. Diesbezüglich können Erkenntnisse der Politischen-Kultur-Forschung aufschlussreich sein. Unter politischer Kultur wird im Allgemeinen die Summe kognitiver und emotionaler Einstellungen und Glaubensüberzeugungen gegenüber einer politischen Ordnung verstanden. Im Rahmen der politischen Kulturforschung werden vor allem die Unterstützung demokratischer Werte und Normen, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die Kerninstitutionen des politischen Systems und wichtige Exekutiveinrichtungen wie auch das politische Selbstwertgefühl der Bevölkerung untersucht.²⁰⁷ Zentral für die Zivilgesellschaft ist das Handeln im öffentlichen Raum, ergo die Partizipationsbereitschaft der Bürger. Bürgerpartizipation ist fernerhin die Grundlage eines starken Dritten Sektors. Inwieweit das demokratische System und zivilgesellschaftlich-partizipatorische Elemente in der tschechischen Bevölkerung reflektiert werden, soll auszugsweise anhand folgender Variablen untersucht werden: das sozialen und politischen Institutionen entgegengebrachte Vertrauen, Einstellungen gegenüber der

203 Vgl. FRIČ 2004, S. 619.

204 Vgl. BENDEL 1998, S. 46-49; FRIČ 2004, S. 620f.

205 FREISE 2004, S. 111.

206 Vgl. FRIČ 2004, S. 622; FEIN 1997, S. 43f.

207 Vgl. GREIFENHAGEN 1997, S. 175ff.

Demokratie als Regierungsform sowie Formen der Partizipation unter Berücksichtigung der Charakteristika der tschechischen Zivilgesellschaft.

Vertrauen in soziale und politische Institutionen

Interpersonales Vertrauen und soziale Integration sind grundlegende Kennzeichen einer Zivilgesellschaft, denn ohne Vertrauen sind gemeinsames Handeln und politische Partizipation in einem demokratischen System nur schwer vorstellbar. Die politische Kulturforschung differenziert zwischen sozialem Vertrauen (Vertrauen in Mitmenschen) und Institutionenvertrauen (Vertrauen in das politische System und seine Akteure). In der Tschechischen Republik herrscht ein relativ hohes soziales Vertrauen (61%), wohingegen das Vertrauen in die politischen Institutionen äußerst gering ist (21%).²⁰⁸ Insbesondere das Vertrauen in Kerninstitutionen wie das Parlament, die Regierung, das Rechtssystem und die Parteien hat seit 1990 deutlich abgenommen. Beim Parlament ist das Vertrauen von 48,2% (1990) auf 12,2% (1999) gesunken. Ähnlich verhält es sich mit den Parteien (1990: 48,3%; 1999: 14,9%).²⁰⁹ Das zu Beginn vergleichsweise hohe Vertrauen ist primär auf die anfängliche revolutionäre Euphorie zurückzuführen. Das nachlassende Vertrauen korrespondiert mit der Enttäuschung über die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Regimes.²¹⁰ Potůček hält das gering ausgeprägte Vertrauen in die Kerninstitutionen des politischen Systems für alarmierend.²¹¹ Von vielen Bürgern wird nicht verstanden, dass in einer Demokratie auch Konflikte öffentlich ausgetragen werden. Dies mag eine Folge der stark konsensorientierten Politik der Charta und des Bürgerforums sein.²¹²

Während die politischen Institutionen mit ausgeprägter Skepsis bedacht werden, spielen die Zivilgesellschaft und der Dritte Sektor fast überhaupt keine Rolle mehr in der Wahrnehmung der Bevölkerung. 30% der Bevölkerung gaben 2001 an, nicht viel oder gar nichts über den Dritten Sektor zu wissen. Insgesamt sind nur 29% der Tschechen Mitglied in einer Nonprofit-Organisation.²¹³ Von verschiedenen untersuchten Politikfeldern wurde das des Dritten Sektors als das unbedeutendste eingestuft, wobei Potůček vermutet, dass die Mehrheit der Bevölkerung nur die neu gegründeten Nonprofit-Organisationen als solche erkennt, nicht aber die ehemaligen sozialistischen Vorfeldorganisationen.²¹⁴ Ehrenamtlicher Arbeit steht man generell skeptisch gegenüber. 70% der Bevölkerung denken, dass ehrenamtliche Arbeit nur ein armseliger Ersatz für das Scheitern des Staates sei und dass es keinen Bedarf dafür gäbe, wenn der Staat seinen Pflichten nachkäme.²¹⁵ Das Misstrauen gegenüber formalen Institutionen ist nicht zuletzt Folge der politisch verordneten Zwangsorganisation im Kommunismus. Deswegen besitzen nur wenige Nonprofit-Organisationen Legitimität und Vertrauen

208 Vgl. FREISE 2004, S. 97f.

209 Vgl. <http://www.worldvaluesurvey.org>, 6.8.2007.

210 Vgl. FREISE 2004, S. 98ff. und 115; MANSFELDOVA 2003, S. 23f.

211 Vgl. POTŮČEK 2000, S. 116f.

212 Vgl. MANSFELDOVA 2003, S. 23f.

213 Vgl. FRIČ 2004, S. 624.

214 Vgl. POTŮČEK 2000, S. 115.

215 Vgl. FRIČ 2004, S. 626.

in der Bevölkerung²¹⁶. Die informellen Freundes- und Familiennetzwerke sind stattdessen weiterhin eher Bezugspunkt im Alltag als Gemeinschaft in Vereinen mit zunächst fremden Menschen.²¹⁷

Einstellungen gegenüber der Demokratie als Regierungsform

Trotz des Misstrauens gegenüber den Institutionen ist eine wichtige Voraussetzung der Legitimität des Systems erfüllt: 92,6% stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie besser als andere Regierungsformen sei.²¹⁸ Die Bevölkerung befürwortet mehrheitlich die Grundprinzipien einer Demokratie, erachtet Bürger- und politische Rechte als wichtig und bevorzugt rechtsstaatliche Verfahren der Konfliktregulierung. Überraschenderweise glauben aber 73,9% der Bürger, sie leben in einem korrupten Staat.²¹⁹ Wird nach einer Alternative zur Demokratie in der Tschechischen Republik gefragt, gibt zwar mehr als ein Drittel (38,3%) die Antwort, dass die Demokratie das beste System sei, aber knapp die Hälfte (44,3%) kann sich eine bessere Alternative für ihr Land vorstellen.²²⁰ Hierin spiegelt sich wiederum die Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Performanz des Staates wider. Die politische Bewertung der Demokratie wird verbunden mit den persönlichen Erfahrungen in der Transformation und mit der ökonomischen Entwicklung. Die hohe Erwartungshaltung wurde durch den diffizilen und langwierigen Transformationsprozess enttäuscht. Problematisch war, dass Demokratie anfänglich als Garant wirtschaftlicher Prosperität verstanden wurde bei gleichzeitig hohen Ansprüchen an den Staat, die dieser nicht erfüllen konnte.²²¹ Im Jahre 2001 betrachteten beispielsweise 65,8% den Staat als für ihr Wohlergehen verantwortlich.²²²

Formen der Partizipation

Partizipation beschränkt sich nicht allein auf politische Wahlen oder die Mitgliedschaft in Vereinen. Es kann unter anderem zwischen privaten und öffentlichen, institutionalisierten und nicht institutionalisierten Formen der Partizipation unterschieden werden. Im Privatbereich sind die Tschechen durchaus politisch aktiv und interessiert²²³, informieren sich regelmäßig über politische Prozesse und beteiligen sich an politischen Diskussionen im Bekanntenkreis. Dieses Interesse am öffentlichen Leben manifestiert sich jedoch nicht in aktiver Teilnahme daran. Die Mitgliedschaft in Vereinen, Parteien, Interessenverbänden und anderen formalen Organisationen ist sehr niedrig. Bendel spricht in diesem Zusammenhang von „Organisationsprüderie“²²⁴. Doch auch die nicht-institutionalisierten Formen der Partizipation wie Teilnahme an Demonstrationen, Beteiligung an politischen Veranstaltungen etc. sind

216 z.B. die Umweltbewegungen

217 Vgl. FREISE 2004, S. 112ff.

218 Vgl. <http://www.worldvaluesurvey.org>, 6.8.2007.

219 Vgl. <http://www.worldvaluesurvey.org>, 6.8.2007.

220 Vgl. MANSFELDOVA 2003, S. 18.

221 Vgl. MANSFELDOVA 2003, S. 18-21; FREISE 2004, S. 115.

222 Vgl. MANSFELDOVA 2003, S. 19ff.

223 Vgl. <http://www.worldvaluesurvey.org>, 6.8.2007: 70% der Tschechen geben an, sich für Politik zu interessieren und sich regelmäßig zu informieren.

224 BENDEL 1998, S. 46.

schwach ausgeprägt. Dies findet seinen Ausdruck in der geringen Spendenbereitschaft für Nonprofit-Organisationen: das durchschnittliche Spendenaufkommen liegt bei 337 Kč²²⁵ pro Jahr, pro Kopf, was selbst im ostmitteleuropäischen Vergleich gering ist. Dies korreliert allerdings nicht mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes, sondern steht vielmehr in Verbindung mit der allgemeinen Auffassung der Bevölkerung, dass der Staat für die Finanzierung gemeinnütziger Organisationen zuständig sei, weshalb Spenden abgelehnt werden.²²⁶

Partizipation setzt ein gewisses Wir-Bewusstsein, einen Bürgersinn voraus. Diese kollektive, gesellschaftliche Geschlossenheit, die das tschechische Volk 1989 noch so eindrücklich demonstrierte, scheint derzeit Mangelware zu sein. Smolar bekommt sogar den Eindruck, dass die Gesellschaft heutzutage atomisierter als zu Zeiten des Kommunismus sei, wo sie zumindest durch die Gegnerschaft zum Staat geeint war.²²⁷ Fein führt die politische Apathie, die geringe Bindekraft von Parteien und Vereinen und die niedrige Wahlbeteiligung darauf zurück, „dass viele Menschen noch nicht ihren ‘Platz’ in der neuen Wirklichkeit gefunden haben“²²⁸. Auch wenn der Dritte Sektor in den letzten fünfzehn Jahren stark angewachsen ist und das Konzept der Zivilgesellschaft zeitweise die öffentliche Debatte dominierte, fand es keinen Anklang bei der Bevölkerung. In einer Umfrage Potůčeks gaben weniger als die Hälfte der Befragten an, dass sie am öffentlichen Leben teilnahmen, wenn die Möglichkeiten dafür ausgeweitet werden würden.²²⁹ Das Wachstum des Dritten Sektors stagniert zwar und Zivilgesellschaft ist kein tragfähiges Konzept mehr für die Masse. Dennoch ist die Tschechische Republik eine Gesellschaft im Wandel, so dass Veränderungen weiterhin denkbar sind.

4.2 Fazit

„Die Zeit periodisch erwachender und periodisch enttäuschter Hoffnungen, der Kreislauf ewiger Illusionen und Desillusionen, der Höllentanz der Freiheit mit dem Tode ist definitiv zu Ende. [...] Das Paradies auf Erden hat nicht gesiegt und wird dies wohl kaum je tun. An einer solchen Vorstellung konnte sich nur der Hochmut derer nähren, die überzeugt sind, daß sie der Geschichte gebieten können.“²³⁰

Diese Worte richtete Präsident Václav Havel am 25. Januar 1990 an den polnischen Sejm. Ganz im Sinne der Antipolitik sah Havel damals seine Aufgabe als Präsident darin, „Geistigkeit in die Politik zu tragen, sittliche Verantwortung, Menschlichkeit, Demut und die Rücksicht darauf, daß etwas Höheres über uns ist, daß unser Tun sich nicht im schwarzen Loch der Zeit verliert.“²³¹ Die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei vermittelte das Gefühl, es handle sich um einen Sieg der Zivilgesellschaft über das Böse. Das vor 1989 entwickelte Konzept der Zivilgesellschaft vermochte es, kurzzeitig Massen von Bürgern gegen das Regime zu mobilisieren und diesen Aufstand der Zivilgesellschaft in einer oppositionellen Sam-

225 ca. 12 €

226 Vgl. FREISE 2004, S. 103-107.

227 Vgl. SMOLAR 1996, S. 34.

228 FEIN 1997, S. 42.

229 Vgl. POTŮČEK 2000, S. 118.

230 HAVEL 1991, S. 21.

231 HAVEL 1991, S. 28.

melbewegung, dem Bürgerforum, zu kanalisieren. Nicht zuletzt der demokratisch ausgerichteten, antipolitischen Dissidentenelite ist es somit zu verdanken, dass der Systemwechsel friedlich gelang und der Übergang zur Demokratie schnell vollzogen wurde. Die vormalig politisch und gesellschaftlich marginalisierten Dissidenten wechselten in höchste politische Ämter. Anfangs boten sich vielfältige Gelegenheiten für zivilgesellschaftliches Engagement. Die aufkommende Illusion einer starken Zivilgesellschaft, die von Teilen des Bürgerforums und der Gesellschaft gar als postdemokratische Alternative zur Parteiendemokratie betrachtet wurde, wurde bald darauf von der Wirklichkeit widerlegt. Der Konsens des Bürgerforums zerbröckelte schnell an kontroversen Entscheidungen, und es gelang nicht, die mobilisierte Kraft der Zivilgesellschaft vom November 1989 dauerhaft zu binden. Mit dem Verschwinden des Bürgerforums und den unerwarteten wirtschaftlichen Härten der Transformation verlor auch das Konzept einer moralischen Zivilgesellschaft an Kohäsionskraft und Tragfähigkeit, nicht zuletzt, weil es sich über den Gegensatz zum totalitären Staat definiert und wirtschaftliche Fragestellungen komplett missachtete hatte.

„Ich glaube, daß unsere junge Demokratie bedroht ist und unsere unlängst erlangte Unabhängigkeit und Freiheit ihre bislang schwerste Prüfung durchmachen. Unser Staat ist diesmal nicht von außen bedroht, sondern wir selbst gefährden ihn durch unseren Mangel an politischer Kultur, dem Mangel an demokratischem Bewusstsein und gegenseitigem Verständnis, durch unsere Unerfahrenheit und durch schlechte Eigenschaften.“²³²

Angesichts dieser Erkenntnis setzte bei Havel ein Umdenkprozess ein. Von da an betrachtete er Zivilgesellschaft stärker als etwas, das staatlicher Förderung bedürfe, um gedeihen zu können. Zivilgesellschaft war in seinen Augen nun nicht länger nur ein moralischer Zustand der Gesellschaft, sondern ein Gefüge von Institutionen und Handlungen, die staatlich gefördert werden können, insbesondere der Dritte Sektor sowie die Ebene der Lokalregierungen. Diese beiden Aspekte wurden während der Regierungszeit von Klaus vollkommen ignoriert, in dessen neo-liberalem Weltbild die Zivilgesellschaft keinen Platz hatte. Erst nach Klaus' Rücktritt begann sich das Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren langsam zu verbessern, und Havels Forderung, die Zivilgesellschaft mit staatlicher Hilfe aufzubauen, gewann an Popularität. Trotzdem gelingt es dem Dritten Sektor mangels Professionalität und Einigkeit nicht, sich als politischer Akteur zu profilieren. Viele zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich selbst immer noch in Havels antipolitischer Position und vermeiden die Kooperation mit dem Staat.

Diese Situation wird auch in der Bevölkerung reflektiert, die dem Dritten Sektor keinen großen Einfluss oder Nutzen zuschreibt. Angesichts der eigenen Existenznöte ist Zivilgesellschaft kein tragfähiger programmatischer Begriff mehr. Eine von Havel anvisierte, der Demokratie zuträgliche Zivilgesellschaft muss auf einem zivilen Grundkonsens beruhen, der sich vor allem in einer Demokratie- und Gemeinschaftsorientierung äußert. Ein demokratisches Bewusstsein ist in der tschechischen Bevölkerung durchaus vorhanden, an Willen zum gemeinschaftlichen Handeln jedoch mangelt es. Die „Angst vor der Freiheit“ äußert sich

232 HAVEL 1991, S. 167.

in einer anwachsenden Atomisierung der Gesellschaft, einer weiterhin bestehenden Trennung zwischen Machthabenden und Machtlosen und einer tief sitzenden Systementtäuschung. Klaus Politik erwies sich in dieser Hinsicht als kontraproduktiv, da sie das Bürgerdasein auf den regelmäßigen Urnengang reduzierte.

In dieser Entwicklung offenbaren sich einige Dilemmata. Spätestens seit dem Sturz der Regierung Klaus wird die Existenz einer stärkeren Zivilgesellschaft als essentiell für die Demokratie angesehen. Die Problematik einer durch den Staat aufgebauten Zivilgesellschaft kratzt an deren Ethos einer gesellschaftlichen, staatsunabhängigen Kraft und birgt die Gefahr der Instrumentalisierung. Andererseits verhindern das derzeitige strukturelle Defizit des Dritten Sektors sowie die desinteressierte Öffentlichkeit ein Erstarken der Zivilgesellschaft. Hier müssen instrumentell-funktionale Erfordernisse und moralische, zivilgesellschaftliche Ideale gut gegeneinander abgewogen werden. Eine Balance zwischen beiden ist erforderlich. Problematisch ist fernerhin, dass zwar intermediäre Einrichtungen Bürgersinn fördern, die Entstehung derselbigen aber bereits einen gewissen Bürgersinn voraussetzt, der momentan nur rudimentär vorhanden ist und nicht vom Staat verordnet werden kann.

Seit Beginn der neunziger Jahre befindet sich das Konzept der Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik wieder in einem Selbstfindungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist, von Erfahrungen aus dem Kommunismus, aber auch aus der Zwischenkriegszeit, überlagert und beeinflusst wird. Mittlerweile ist durchaus ein gewisser Konsens darüber vorhanden, dass Zivilgesellschaft eine komplementäre Ergänzung zu einer demokratisch ausgerichteten Politik darstellt. Zivilgesellschaft wird nicht länger nur über die Gegnerschaft zum Staat definiert, sondern befindet sich in einem Verhältnis der kritischen Kooperation, ist weniger moralisch, sondern wird stärker strukturell im Sinne des Dritten Sektors verstanden. Dieses Verständnis besitzt derzeit keine breite gesellschaftliche Basis, entspricht aber durchaus einem Ziel, dessen Verwirklichung politisch unterstützt werden soll.

5 Resümee

„In unser Leben ist [...] die Geschichte zurückgekehrt“²³³. Mit diesen Worten bringt Havel die Überwindung der geschichtlichen Manipulation im Namen einer abstrakten Idee und die wiedererlangte gesellschaftliche Selbstbestimmung des Geschichtsverlaufs zum Ausdruck. Hierin wird bereits das Wechselverhältnis von Ideen, Begriffen und Geschichte deutlich. Begriffe reflektieren soziopolitische Veränderungen, adaptieren ihren semantischen Gehalt an neue gesellschaftliche Verhältnisse, treten aber gleichsam als Faktor dieses gesellschaftlichen Wandels auf, indem sie gesellschaftlich erwünschte Zielvorstellungen implizieren. Die Begriffsgeschichte eines sozialhistorisch relevanten Begriffs eröffnet somit neue Perspektiven auf die Vergangenheit. Die Begrifflichkeit der Zivilgesellschaft geht auf antike Wurzeln, auf Aristoteles *koinonia politike* zurück. Obwohl bestimmte Bedeutungsgehalte der *koinonia politike* bis heute mit Zivilgesellschaft verbunden werden – das bürgerliche Handeln im öffentlichen Raum, die Herrschaft der Gesetze –, spiegelt die Verwandlung der Zivilgesellschaft, von einem als identisch mit der politischen Organisation verstandenen Konzept hin zu einer von Wirtschaft und Staat getrennten Sphäre, das Aufkommen moderner Staaten und Gesellschaften wider. Dennoch trat das Konzept der Zivilgesellschaft nicht nur als Indikator historischer Veränderungen auf, sondern beinhaltete oftmals normative Postulate und politische Zukunftsentwürfe, mithilfe derer die gegenwärtige Lage kritisiert werden konnte. Das politische System wurde somit durch das Prisma einer normativ ausgerichteten Zivilgesellschaft einer kritischen Bewertung unterzogen, die auf diese Weise zu einem Gestaltungsfaktor arrivieren konnte. In der aktuellen demokratietheoretischen Debatte um die Zivilgesellschaft wird Zivilgesellschaft, als von Staat und Wirtschaft geschiedener Bereich, als wichtige Ergänzung eines demokratischen Systems betrachtet. Zur Debatte steht nicht die politische Organisation als solche, sondern das Verhältnis von privater und politischer Autonomie im Rahmen eines demokratischen Systems.

Der synchrone Ausschnitt der Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft am Beispiel der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik ergibt, dass die Auffassung von Zivilgesellschaft, die nach dem Prager Frühling aufkam, ein stark historisiertes Konzept war. In Abgrenzung zum etatistischen und diktatorischen Allmachtsanspruch der sozialistischen Ideologie verstand die Zivilgesellschaft sich als gesellschaftliches, moralisch fundiertes Gegenmodell, das dem Staat Opposition bot und zukunftsweisende, demokratisch orientierte Ideen formulierte. In der Ausformulierung dieser zivilgesellschaftlichen Oppositionsstrategie griffen die tschechischen Dissidenten dabei auf verschiedene ideengeschichtliche Konzepte zurück und passten sie den soziopolitischen Gegebenheiten des kommunistischen Regimes an. In dem Maße, in dem die Zivilgesellschaft sich über den diametralen Gegensatz zum Staat definierte, war sie Indikator für die politischen Zustände. Und in dem Maße, in dem sie oppositionelle Alternativvorschläge formulierte und zunehmend damit Erfolg hatte, die Legitimität

233 HAVEL 1991, S. 178.

des Staates in Frage zu stellen, erwies sie sich als Faktor von Veränderungen. Die semantische Kraft der Zivilgesellschaft offenbarte sich eindrucksvoll bei der Samtenen Revolution 1989, bei der Zivilgesellschaft zum Leitbegriff der friedfertigen Demonstrationen gegen das Regime wurde. Die Semantik der moralisch fundierten Zivilgesellschaft besaß noch über die Systemwende hinaus genug Kohäsionskraft, um die Oppositionsbewegungen im Rahmen des Bürgerforums zu einen und demokratische Transformationsziele vorzugeben. Mit der Etablierung eines demokratischen Rechtsstaats waren Kernelemente des zivilgesellschaftlichen Projekts wie die Einführung von Demokratie und die Gewährung grundlegender Bürger- und Menschenrechte erfüllt. Das Oppositionsobjekt, der kommunistische Staat, war verschwunden, so dass die soziopolitischen Bedingungen, auf denen das Konzept fußte, überholt waren. Die Auflösung des Bürgerforums, die öffentlich geführte Debatte über Sinn und Rolle der Zivilgesellschaft im neuen Staat und das Entstehen eines freiheitlich strukturierten Dritten Sektors sind Hinweise auf einen begriffssemantischen Wandel der Zivilgesellschaft im Zuge der Transformation. Auf staatlicher Seite hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Existenz einer vitalen Zivilgesellschaft Bedingung für eine erfolgreiche demokratische Entwicklung sei und deswegen staatlich gefördert werden müsse, v.a. Strukturen des Dritten Sektors. Diese öffentlich geführte Diskussion hinterließ allerdings keine Spuren in der Bevölkerung, die Ideen wie Bürgerpartizipation bislang passiv bis feindlich gegenüber steht. Die Vorstellung einer strukturell und funktional verstandenen Zivilgesellschaft, die sich institutionell und kooperativ in das demokratische System einfügt, ist bisher nur in Ansätzen verwirklicht, so dass die Idee der Zivilgesellschaft weiterhin einen normativen Kern uneingelöster Postulate umfasst. Die Prämisse, Zivilgesellschaft als strukturelle Ergänzung eines demokratischen Staates zu begreifen, ist beeinflusst von den westlichen demokratiethoretischen Diskursen sowie von Konzepten der Dissidenten und Erfahrungen aus dem Kommunismus. Die starke westliche Orientierung in Kombination mit einer obrigkeitshörigen politischen Kultur mag einer der Gründe sein, warum dem Begriff der Zivilgesellschaft in der Bevölkerung keinerlei Bedeutung beigemessen wird. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, über den Umfang dieser Arbeit hinauszugehen und die historische Tiefenstruktur tschechischer zivilgesellschaftlicher Konzepte zu untersuchen unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Traditionen aus dem 18.-20. Jahrhundert sowie besonderer Berücksichtigung der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938).²³⁴ Eine derartige umfassende begriffsgeschichtliche Analyse kann möglicherweise die Frage beantworten, in welchem Maß der Export westlicher Modelle für die Tschechische Republik überhaupt sinnvoll ist und ob ein Rückgriff auf zivilgesellschaftliche Erfahrungen aus der Vorkriegszeit nicht Wege und Möglichkeiten aufzeigen kann, das derzeitige Desinteresse und den Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen zu beheben.

²³⁴ Forost hat unter der Leitung von Prof. Schulze Wessel und Dr. Luft im Zeitraum von 2003-2005 ein umfassendes Forschungsprojekt zum Thema *Tschechische zivilgesellschaftliche Konzepte: komparative Untersuchungen zu Grundbegriffen des politischen Denkens* durchgeführt. Die Ergebnisse wurde jedoch leider noch nicht veröffentlicht. Die Projektbeschreibung ist zu finden unter: http://www.forost.lmu.de/forosthope/fo_pro_ph2_III1NEU.htm, Stand: 22.08.2007.

6 Literatur

- Arato, Andrew / Cohen, Jean L. (1992):** Civil Society and Political Theory. Cambridge.
- Ash, Timothy Garton (1990):** Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München-Wien.
- Baer, Josette (1998):** Politik als praktizierte Sittlichkeit. Zum Demokratiebegriff von Thomas G. Masaryk und Václav Havel, Zürich.
- Benda, Václav (1991):** The Parallel Polis, in: Skilling, Gordon H. / Wilson, Paul (Hrsg.): Civic Freedom in Central Europe. Voices from Czechoslovakia, Basingstoke u.a., S. 35-41.
- Bendel, Petra / Kropp, Sabine (1998):** Zivilgesellschaft – ein geeignetes Konzept zur Analyse von Systemwechseln? Ergebnisse eines interregionalen Vergleichs: Lateinamerika und Osteuropa, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft. Nr. 1/1998, S. 39-67.
- Beyme, Klaus von (1994):** Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main.
- Beyme, Klaus von (2000):** Zivilgesellschaft – von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft?, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, S. 51-70.
- Bödeker, Hans Erich (2002):** Reflexionen über Begriffsgeschichte als Methode, in: Bödeker, Hans Erich (Hrsg.): Begriffsgeschichte, Diskursgeschichte, Metapherngeschichte. Göttingen, S. 73-122.
- Brink, Bert van den (1995):** Die politisch-philosophische Debatte über die demokratische Bürgergesellschaft, in: Brink, Bert van den (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/Main, S. 7-28.
- Bugajski, Janusz (1987):** Czechoslovakia. Charter 77's Decade of Dissent, New York.
- Dahrendorf, Ralf (1995):** Über den Bürgerstatus, in: Brink, Bert van den (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/M. 1995, S. 29-43.
- Die Charta 77 (1977), in:** Riese, Hans-Peter (Hrsg.): Bürgerinitiative für die Menschenrechte. Die tschechoslowakische Opposition zwischen dem „Prager Frühling“ und der „Charta 77“, Köln, S. 45-49.
- Dubiel, Helmut (1995):** Der entfesselte Riese? Die 'zivile Gesellschaft' und die liberale Demokratie nach 1989, in: Gerlich, Peter u.a. (Hrsg.): Neuland Mitteleuropa. Ideologiedefizite und Identitätskrisen, Wien, S. 25-32.
- Dvořáková, Vladimíra (2003):** Civil society in the Czech Republic. "Impulse 99" and "Thank you, time to go", in: Kopecký, Petr / Mudde, Cas (Hrsg.): Uncivil Society? Contentious politics in post-communist Europe, London, S. 134-156.
- Engler, Wolfgang (1992):** Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt/Main.
- Fagan, Adam / Jehlicka, Petr (2003):** Contours of the Czech Environmental Movement. A Comparative Analysis of Hnutí Duha (Rainbow Movement) and Jihočeské matky (South Bohemian Mothers), in: Environmental Politics, Nr. 12/2003, S. 49-70.
- Fehr, Helmut (2004):** Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa (1968-2003), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft Nr. 2/2004, S. 48-54.
- Fein, Elke / Matzke, Sven (1997):** Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa, Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin, Nr. 7/1997.

- Freise, Matthias (2004):** Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten, Münster.
- Greifenhagen, Martin und Sylvia (1997):** Politische Kultur, in: Grundwissen Politik, Bonn, S. 167-238.
- Havel, Václav (1980):** Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen, Hamburg.
- Havel, Václav (1989):** Anatomie einer Zurückhaltung, in: Herterich, Frank; Semler, Christian (Hrsg.): Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen, Frankfurt/Main, S. 34-64.
- Havel, Václav (1990b):** Am Anfang war das Wort. Texte von 1969 bis 1990, Reinbek bei Hamburg.
- Havel, Václav (1990c):** Fernverhör. Ein Gespräch mit Karel Hvižďala, Reinbek bei Hamburg.
- Havel, Václav (1991):** Angst vor der Freiheit. Reden des Staatspräsidenten, Reinbek bei Hamburg.
- Havel, Václav (1992):** Sommermeditationen, Berlin.
- Hegel, G.W.F. (1967):** Grundlinien der Philosophie des Rechts. Mit Hegels eigenhändigen Randbemerkungen in seinem Handexemplar der Rechtsphilosophie, Hamburg.
- Hejdánek, Ladislav (1989):** Masaryks Vision, in: Herterich, Frank; Semler, Christian (Hrsg.): Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen, Frankfurt/Main, S. 85-92.
- Horstmann, Rolf-Peter (1997):** Hegels Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, in: Siep, Ludwig (Hrsg.): Grundlinien der Philosophie des Rechts, Berlin, S. 193-216.
- Huster, Diana (2005):** Die Stiftungen in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung Tschechiens von der Samtenen Revolution bis zum EU-Beitritt, Berlin, URL: ><http://www.diss.fu-berlin.de/2005/165/><, Stand: 21.08.2007.
- Juchler, Jakob (1994):** Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993, Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich.
- Klein, Ansgar (2001):** Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung, Opladen.
- Kocka, Jürgen (o.J.):** Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. URL: ><http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/~w3pus/doc/Zivilgesellschaft.doc><, Stand: 31.05.2007.
- Kocka, Jürgen (2000):** Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen, in: Conrad, Christoph / Hildermeier, Manfred / Kocka, Jürgen (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/Main, S. 13-40.
- Konrád, György (1985):** Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt/Main.
- Koselleck, Reinhart (1972):** Einleitung, in: Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 1, Stuttgart, S. 13-27.
- Koselleck, Reinhart (1979):** Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart, S. 9-16.
- Koselleck, Reinhart (1991):** Drei bürgerliche Welten?, in: Michalski, Krysztof (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo Gespräche 1989, Stuttgart, S. 118-129.
- Křen, Jan (2000):** Die Tradition der tschechischen Demokratie, in: Conrad, Christoph / Hildermeier, Manfred / Kocka, Jürgen (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt/Main, S. 179-202.

- Kubik, Jan (2000):** Between the State and Networks of "Cousins": The Role of Civil Society and Non-civil Associations in the Democratisation of Poland, in: Bermeo, Nancy G. / Nord, Philip G. (Hrsg.): Civil Society before Democracy. Lessons from Nineteenth-Century Europe. Oxford, S. 181-207.
- Kusý, Miroslav (1985):** Chartism and 'real socialism', in: Keane, John (Hrsg.): The Power of the Powerless. Citizens against the state in central-eastern Europe, London, S. 152-177.
- Lauth, Hans-Joachim (1999):** Strategische, reflexive und ambivalente Zivilgesellschaften: ein Vorschlag zur Typologie von Zivilgesellschaften im Systemwechsel, in: Zinecker, Heidrun (Hrsg.): Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktwirtschaften. Die Blackbox zwischen Staat und Wirtschaft in den Transitionsländern des Südens und Ostens, Amsterdam, S. 95-120.
- Lee, Kyu-Young (1994):** Zivilgesellschaft als Ansatzpunkt für den Umbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa? Das Beispiel Polen, Frankfurt/Main.
- Lohmann, Georg (2003):** Modell „Zivilgesellschaft“ - Grundlagen, Eigenschaften, Probleme, in: Lohmann, Georg (Hrsg.): Demokratische Zivilgesellschaft in Ost und West, Frankfurt am Main, S. 11-29.
- Lübbe, Hermann (1975):** Säkularisierung. Geschichte eines ideenpolitischen Begriffs, Freiburg/München.
- Mansfeldová, Zdenka (1998):** Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 6-7/1998, 13-19.
- Mansfeldová, Zdenka / Szabó, Máté (2000):** Zivilgesellschaft und Transformationsprozess Ost-Mitteleuropas: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, S. 89-114.
- Mansfeldová, Zdenka (2003):** Democracy in the Czech Republic. An Assessment towards Democracy and Democratic Values of the Czech population 1990-2001. Arbeitspapiere und Materialien, Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Nr. 44/2003.
- Marada, Radim (1997):** Civil Society: Adventures of the Concept before and after 1989, in: Czech Sociological Review, Nr. 1/1997, S. 3-21.
- Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans-Joachim (1998):** Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 6-7/1998, S. 3-12.
- Merkel, Wolfgang / Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim (2000):** Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen, S. 9-50.
- Michnik, Adam (1985):** Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, Berlin.
- Michnik, Adam (1992):** Der lange Abschied vom Kommunismus. Reinbek bei Hamburg.
- Müller, Helmut (1994):** Der doppelte Rollenwechsel. Ostmitteleuropas Intellektuelle und die Revolution von 1989, in: Liberal, Nr. 36/1994, S. 54-61.
- Myant, Martin (2005):** Klaus, Havel and the debate over civil society in the Czech Republic, in: The journal of communist studies and transition politics, Nr. 21/2005, S. 248-267.
- Ostermann, Patrick / Rehberg, Karl-Siegbert / Voigt, Karen (2006):** Transformationsprozesse im Kulturbereich. Eine vergleichende Studie zum „Dritten System“ in Mittel- und Osteuropa, Leipzig.
- Pontuso, James (2002):** Transformation Politics: The Debate between Václav Havel and Václav Klaus on the Free Market and Civil Society, in: Studies in East European Thought, Nr. 54/2002, S. 153-177.

- Potůček, Martin (2000):** The Uneasy Birth of Czech Civil Society, in: *Voluntas. International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, Nr. 2/2000, S. 107-121.
- Reichardt, Sven (2004):** A Concept for Comparative Historical Research, in: Zimmer, Annette (Hrsg.): *Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-organizations Work*, Wiesbaden, S. 35-55.
- Renwick, Alan (2006):** Anti-Political or Anti-Communist? Varieties of Dissidence in East-Central Europe and their implications for the development of Political Society, in: *East European Politics and Society*, Nr. 20/2006, S. 286-318.
- Riedel, Manfred (1969):** Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main.
- Ritter, Joachim / Gründer, Karlfried / Gabriel, Gottfried (Hrsg.) (2004):** Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 12, Basel.
- Samal, Mary Hrabik (1988):** Dissent's Challenge to the East European Political Systems: The Case of Charter 77 in Czechoslovakia, in: *East European Quarterly*, Nr. 4/1988, S. 469-490.
- Schmidt, Rainer (2001):** Die Wiedergeburt der Mitte Europas. Politisches Denken jenseits von Ost und West, Berlin.
- Schultz, Heiner (1979):** Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte, in: Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart, S. 43-74.
- Segert, Dieter (2000):** Grundprobleme beim Aufbau einer Zivilgesellschaft in postkommunistischen Staaten, in: Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft. Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas*, Berlin, S. 11-36.
- Segert, Dieter (2001):** Zivilgesellschaft und Bürgerengagement in Tschechien, URL: ><http://www.b-pb.de/files/0EXM17.pdf><, Stand: 21.08.2007.
- Segert, Dieter (2002):** Mitglied im kommunistischen Lager, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Tschechien, Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 276/2002, S. 14-19.
- Skilling, Gordon H. (1989):** Samizdat and an Independent Society in Central Eastern Europe. London.
- Smolar, Aleksander (1996):** Civil Society After Communism. From Opposition to Atomization, in: *Journal of Democracy*, Nr. 1/1996, S. 24-38.
- Staniszkis, Jadwiga (1991):** Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/Main, S. 326-347.
- Ströbinger, Rudolf (2001):** Tschechien: Bürgergesellschaft wehrt sich gegen Diktat der Politik, in: *Politische Studien*, Nr. 376/2001, S. 97-102.
- Tatur, Melanie (1991):** Zur Dialektik der „Civil Society“ in Polen, in: Dubiel, Helmut / Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/Main, S. 234-255.
- Taylor, Charles:** Die Beschwörung der Civil Society, in: Michalski, Krzysztof (Hrsg.): *Europa und die Civil Society*. Castelfandolfo Gespräche 1989, Stuttgart 1991, S. 52-84.
- Taylor, Charles (1995):** Atomismus, in: Brink, Bert van den (Hrsg.): *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*. Frankfurt/Main, S. 73-106.
- Thaa, Winfried (1996):** Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen.
- Thaa, Winfried (2004):** Zivilgesellschaft – ein schwieriges Erbe aus Ostmitteleuropa, in: *Osteuropa. Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt*, Nr. 5-6/2004, S. 196-215.

- Tucker, Aviezer u.a. (2000):** From Republican Virtue to Technology of Political Power: Three Episodes of Czech Nonpolitical Politics, in: Political Science Quarterly, Nr. 115/2000, S. 421-445.
- Tůma, Oldřich (2004):** Czechoslovakia, in: Pollack, Detlef /Wielgohs, Jan (Hrsg.): Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot, S. 29-47.
- Walzer, Michael (1995):** Was heißt zivile Gesellschaft?, in: Brink, Bert van den (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/M., S. 44-72.
- World Value Survey:** URL: ><http://www.worldvaluesurvey.org><, Stand: 6.8.2007.
- Zimmer, Annette / Freise, Matthias (2004):** Future of Civil Society (Abschlussbericht), in: Maecenata Aktuell: das Informationsmedium des Maecenata-Instituts für Philantropie und Zivilgesellschaft, Nr. 457/2004, S. 70-75.

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

